Hessisches Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

HESSEN

Auswirkungen der Konjunktur-programme für Hessen

- Zusammenfassender Abschlussbericht -

HESSEN

HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH

An Hessen führt kein Weg vorbei.

HESSEN

HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH

Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen

– Zusammenfassender Abschlussbericht –

Dr. Kerstin Frings
PD Dr. Johannes Harsche
Uwe van den Busch
Dr. Claus Bauer
unter Mitarbeit von Björn Schippers

Report Nr. 825
Wiesbaden 2012

Eine Veröffentlichung der **HA Hessen Agentur GmbH**

Postfach 1811

D-65008 Wiesbaden

Abraham-Lincoln-Straße 38-42
D-65189 Wiesbaden

Telefon 0611 / 774-81
Telefax 0611 / 774-8313
E-Mail info@hessen-agentur.de
Internet http://www.hessen-agentur.de

Geschäftsführer: Dr. Rainer Waldschmidt

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dieter Posch
Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen
– Zusammenfassender Abschlussbericht –

Inhalt **Seite**

1	**Einleitung**		**1**
2	**Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage**		**3**
3	**Stabilisierende Wirkung von konjunkturpolitischen Maßnahmen**		**8**
4	**Umfang und Struktur der konjunkturpolitischen Maßnahmen in Hessen**		**11**
	4.1	Rahmenbedingungen der Förderung	11
	4.2	Umsetzung der Förderung	14
5	**Realisierung und Effekte der Infrastrukturinvestitionen: Fallbeispiele**		**21**
	5.1	Fallbeispiel „Astrid-Lindgren-Schule, Fulda“	23
	5.2	Fallbeispiel „Grundschule Seckmauern, Lützelbach“	30
	5.3	Fallbeispiel „Hallenbad Kostheim, Wiesbaden“	37
	5.4	Fallbeispiel „Kindertagesstätte Mäuseburg, Lahntal“	46
	5.5	Fallbeispiel „Rathaus Kaufungen, Kaufungen“	53
6	**Entwicklung des Baugewerbes**		**60**
	6.1	Öffentliche Bauinvestitionen in Hessen	61
	6.2	Entwicklung des hessischen Baugewerbes im Zeitraum 2002 bis 2010	63
	6.2.1	Entwicklung des Bauhauptgewerbes	64
	6.2.2	Entwicklung des Ausbaugewerbes	68
	6.3	Ausgewählte Konjunkturindikatoren für das Baugewerbe	71
	6.3.1	Entwicklung der monatlichen Auftragseingänge und Umsätze im hessischen Bauhauptgewerbe	71
	6.3.2	Ergebnisse ausgewählter Konjunkturumfragen	79
	6.4	Preisentwicklung im Baugewerbe	85
	6.5	Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungseffekte aufgrund von Verflechtungen des Baugewerbes mit anderen Wirtschaftsbereichen	90

Inhalt **Seite**

7 Multiplikatoranalyse zur Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Impulse aus den Konjunkturprogrammen 92

7.1 Theoretische Grundlagen der Multiplikatoranalyse 92

7.2 Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Konjukturprogramme für Hessen gemäß Multiplikatoranalyse 93

8 Fazit 97

Anhang: Ausführungen zur Multiplikatoranalyse 100

Verzeichnis der Gesprächspartner/innen 107

Abbildungsverzeichnis 109

Tabellenverzeichnis 110

Literaturverzeichnis 111

1 Einleitung

Das Land Hessen und der Bund begegneten dem sich Ende 2008 / Anfang 2009 abzeichnenden Konjunktureinbruch mit Investitionsprogrammen, um eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Insgesamt wurden durch das Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes und durch das Hessische Sonderinvestitionsprogramm mehr als 2,6 Mrd. Euro für Investitionsmaßnahmen der öffentlichen Hand in Hessen bereitgestellt.

Die Hessen Agentur hat im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung die ökonomischen Effekte dieser Investitionen für das Land Hessen analysiert. Die Untersuchung der Hessen Agentur erfolgte über den Zeitraum der Investitionsförderung hinweg im Rahmen eines mehrstufigen modularen Vorgehens, zu dessen Ergebnissen bereits berichtet wurde.[1]

Der nun vorliegende abschließende Bericht setzt sich zunächst mit der konjunkturellen Entwicklung auseinander (Kapitel 2) und beschreibt die grundsätzlichen Wirkungsweisen von Investitionen als konjunkturpolitische Maßnahmen (Kapitel 3). Im Anschluss daran werden Umfang und Struktur der Maßnahmen in Hessen auf Basis von Daten des Hessischen Ministeriums der Finanzen, die den Stand annähernd zum Ende der Maßnahmenabwicklung erfassen, analysiert (Kapitel 4). Fallstudien vermitteln ein Bild der leistungsabgabeseitigen Effekte der Infrastrukturmaßnahmen (Kapitel 5).[2] Die ausgewählten Beispiele bilden einen zentralen Bestandteil des vorliegenden Untersuchungsberichts und zeigen das Maßnahmenspektrum auf, für das Landesmittel zur Verfügung gestellt wurden. Im Rahmen der Fallstudien wurden Gespräche mit den örtlichen Akteuren durchgeführt und zusammen mit den vorliegenden Maßnahmenberichten sowie Pressemeldungen systematisch ausgewertet. Im Fokus der Fallstudien stehen Hintergrund, Inhalt und Ziel der Maßnahmen, deren zeitliche Abwicklung, Erfahrungen bei der Auftragsvergabe sowie die leistungsabgabeseitigen Effekte der Maßnahmen. Anschließend wird die Entwicklung im hessischen Bau- und Ausbaugewerbe näher betrachtet (Kapitel 6), da es sich bei den Investitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme schwerpunktmäßig um Bau- und Ausbaumaßnahmen handelt. Dieser Schlüsselsektor für den Programmerfolg wird auf Basis von amtlichen Statistiken und Konjunkturumfragen analysiert.[3] Ergänzend zur Datenanalyse wurden Expertengespräche mit Vertretern der Bauwirtschaft durchgeführt. Die im Zuge der Analysen empirisch gewonnenen Erkenntnisse zum

1 Der vorliegende Bericht baut auf den Ergebnissen vorangegangener Berichte auf und aktualisiert sie. Vgl. Dimitrova, G., Frings, K. u. Schippers, B. (2010) und Frings, K. u. Petkova, G. (2011).

2 Im Rahmen eines früheren Berichts wurde anhand der Vergabe von Aufträgen bereits die Leistungserstellung näher beleuchtet. Vgl. Frings, K. u. Petkova, G. (2011).

3 Die Beschränkung der Betrachtung auf das Baugewerbe besagt nicht, dass nicht auch andere Sektoren von den Effekten der konjunkturpolitischen Maßnahmen profitieren. Die nationale Input-Output-Rechnung belegt in diesem Kontext die Verflechtung des Baugewerbes mit anderen Branchen.

regionalen Mittelverbleib fließen schließlich in eine Multiplikatoranalyse ein, bei der die Effekte der zusätzlichen Nachfrage durch die Konjunkturprogramme auf Einkommen und Beschäftigung abgeschätzt werden (Kapitel 7). Abschließend werden die Ergebnisse zum Gesamterfolg der Investitionsprogramme zusammengefasst (Kapitel 8).

2 Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wurde von Finanzmarktproblemen in den USA ausgelöst und ging in den Jahren 2008 und 2009 mit einer turbulenten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einher. Für Deutschland bedeutete die Krise den stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Bestehen der Bundesrepublik.[4] Auch die hessische Wirtschaft konnte sich dem Abwärtssog nicht entziehen.

So fiel das hessische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr gemäß Ergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder preisbereinigt um 4,1 % geringer aus. Im Jahr 2010 war dann bereits wieder ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zu beobachten. Das hessische Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 3,6 %. Die Ausfuhren Hessens gingen im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise nach Ergebnissen des Hessischen Statistischen Landesamtes massiv um 15,6 % im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr zurück, erholten sich dann aber ebenfalls rasch und lagen 2010 nominal um 19,2 % über dem Vorjahresniveau. Die positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts setzte sich im ersten Halbjahr 2011 fort. Für Hessen betrug der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 nach vorläufigen Ergebnissen 4,3 %. Auf Bundesebene nahm die Wirtschaftsleistung im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt ebenfalls um 3,6 % zu. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 fiel nach vorläufigen Ergebnissen mit 3,9 % deutschlandweit etwas schwächer aus als in Hessen.

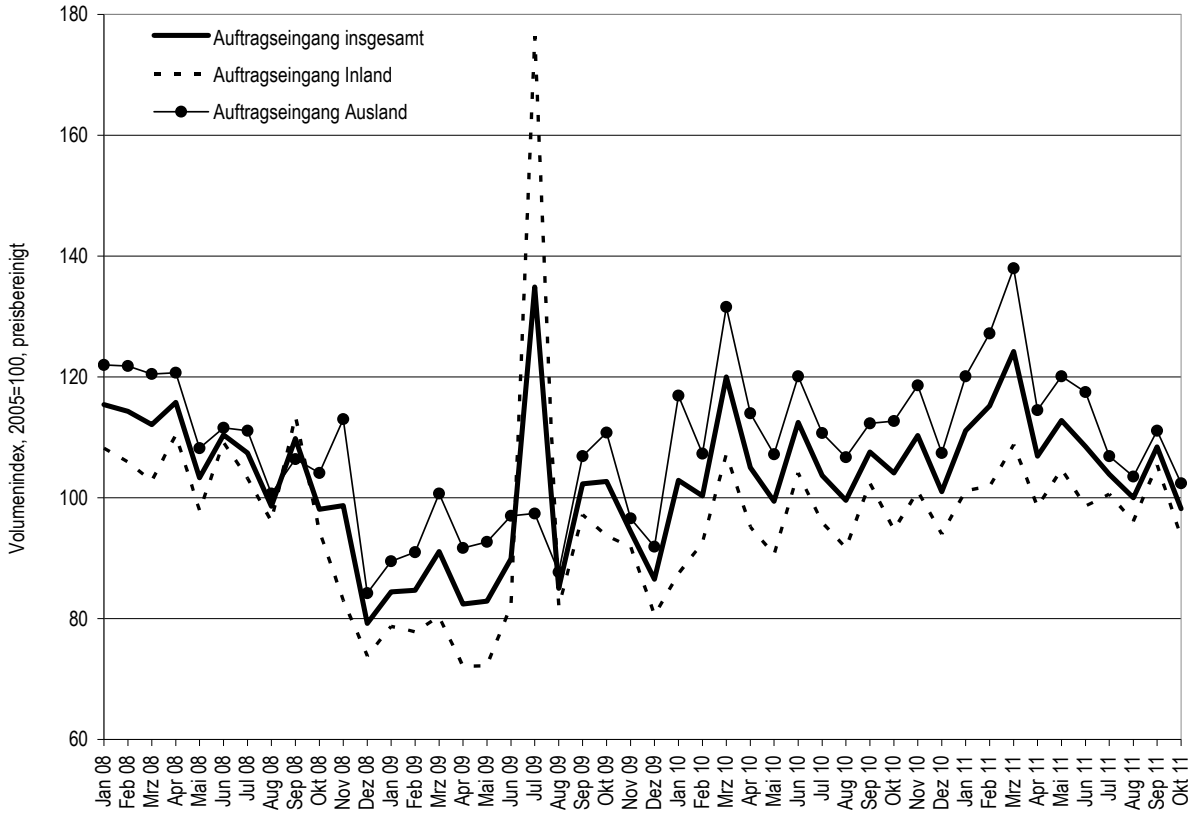
Für das Verarbeitende Gewerbe in Hessen ist festzustellen, dass die Entwicklung des Auftragseingangs bereits im Verlauf des ersten Halbjahres des Jahres 2008 abwärts gerichtet war. Im Herbst 2008 folgte dann ein deutlicher Einbruch des Auftragseingangs (vgl. Abbildung 1). Sowohl die Binnennachfrage als auch die Bestellungen aus dem Ausland waren betroffen. Der Auftragseingang im Dezember des Jahres 2009 fiel dann zwar wieder um 9,2 % höher aus als derjenige des entsprechenden Vorjahresmonats. Dennoch war der gesamte preisbereinigte Auftragseingang des hessischen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2009 um 11,3 % geringer als im Vorjahr. Der Auftragseingang aus dem Inland blieb um 9,5 % und derjenige aus dem Ausland um 12,6 % hinter dem des Vorjahres zurück. Für die außerordentliche Zunahme des Auftragseingangs im Juli 2009 ist nach den Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes ein Großauftrag im sonstigen Fahrzeugbau ursächlich gewesen.

Im Jahr 2010 entwickelte sich der Auftragseingang dann tendenziell positiv. Der gesamte preisbereinigte Auftragseingang des hessischen Verarbeitenden Gewerbes

4 Vgl. zum Beispiel Räth, N. (2009).

stieg im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 13 %, dabei derjenige aus dem Inland um 6,6 % und derjenige aus dem Ausland um 18,3 %. Der gesamte Auftragseingang im Dezember des Jahres 2010 übertraf denjenigen des entsprechenden Vorjahresmonats um 16,8 %. Diese Entwicklung weist auf eine rasche konjunkturelle Erholung nach der Krise hin. Bis März 2011 setzte sich die Zunahme des Auftragseingangs sowohl für die Binnennachfrage als auch für die Bestellungen aus dem Ausland fort. Danach war ein Rückgang zu beobachten. Als Resultat dieser nachlassenden Dynamik hat der Auftragseingang dann im Oktober des Jahres 2011 insgesamt wieder um 5,7 % unter demjenigen des entsprechenden Vorjahresmonats gelegen. Der Auftragseingang aus dem Inland fiel im Oktober 2011 um 1,3 % niedriger aus als im entsprechenden Vorjahresmonat, während der Auftragseingang aus dem Ausland um 9,1 % zurückging.

Abbildung 1: Entwicklung des Auftragseingangs im hessischen Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Mit einer leichten zeitlichen Verzögerung zeigt sich der Verlauf der Wirtschaftskrise auch in der Entwicklung des Umsatzes, also des Werts der abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte. Gemäß der amtlichen Statistik fiel der gesamte preisbereinigte Umsatz des hessischen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2009 um

11,9 % geringer aus als im Vorjahr. Im Jahr 2010 erholte sich der Umsatz wieder, so dass der gesamte preisbereinigte Umsatz des hessischen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2010 um 9,8 % höher ausfiel als im Vorjahr. Beim Inlandsumsatz betrug der Anstieg 9,5 %, beim Auslandsumsatz 10,3 %. Der Umsatz im Oktober des Jahres 2011 blieb um 1,4 % hinter dem Umsatz des entsprechenden Vorjahresmonats zurück.

Die Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt konnten durch das Instrument der Kurzarbeit gemildert werden. Nachdem das Ausmaß der Kurzarbeit nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit zunächst stark angestiegen war und im April 2009 mit über 90.000 Personen in Kurzarbeit insgesamt den Höhepunkt erreichte, waren die Zahlen für Hessen massiv rückläufig (im Juni 2011 knapp 5.500 Personen über alle Anspruchsgrundlagen hinweg).[5] Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war im Dezember 2009 nur um 0,4 % kleiner als im Dezember des Vorjahres. Im Dezember 2010 fiel die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dann um 1,6 % größer aus als im Dezember des Vorjahres. Spiegelbildlich dazu war die Zahl der Arbeitslosen im Dezember 2009 um 1,3 % größer als im Dezember des Vorjahres. Im Dezember 2010 fiel die Zahl der Arbeitslosen dann um 6,3 % niedriger aus als im Dezember des Vorjahres. Die tendenziell positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2011 fortgesetzt, so dass im Dezember 2011 hessenweit nur noch rund 169.000 Personen und damit 8 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat als arbeitslos registriert waren. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen lag für Hessen im Dezember 2009 bei 6,3 %, sank dann bis Dezember 2010 auf 5,9 % und betrug im Dezember 2011 schließlich 5,4 %. Damit hat die Arbeitslosenquote ein relativ niedriges Niveau erreicht. Zugleich fällt sie für Hessen geringer aus als für Deutschland insgesamt mit 6,6 % im Dezember 2011. Insofern sind die Auswirkungen der Krise für den Arbeitsmarkt relativ gering gewesen.

Über die Entwicklung der Stimmung in der Wirtschaft am aktuellen Rand geben beispielsweise der ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland oder die entsprechenden Unternehmensbefragungen der Kammern Aufschluss. Potenzielle Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung wie die Schuldenkrise im Euroraum beeinflussen deren Ergebnisse. Der ifo-Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft erreichte im Februar 2011 mit 115,4 Punkten den höchsten Wert seit Beginn der Wirtschaftskrise (der niedrigste Wert war im Dezember 2008 mit 84,6 Punkten erreicht worden). Danach trübte sich die Stimmung ein. Im Oktober 2011 lag der Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft bei 106,4 Punkten. Ab November war dann wieder eine leichte Stimmungsaufhellung zu beobachten. So erreichte der Geschäftsklimaindex

5 Eine vertiefte Darstellung der Entwicklung der konjunkturell bedingten Kurzarbeit (nach § 170 SGB III) in Hessen findet sich in Werner, B. (2011). Anzumerken ist, dass zum 30.September 2010 die Daten zur Kurzarbeit rückwirkend revidiert wurden.

der gewerblichen Wirtschaft im November 106,6 Punkte, im Dezember 2011 dann 107,2 Punkte. Im Vergleich zum Vormonat zeigt sich im Dezember 2011 eine weitgehend unveränderte Stimmung in Verarbeitendem Gewerbe, während der Geschäftsklimaindex in Bauhauptgewerbe, Einzelhandel und Großhandel anstieg. Die Geschäftslage der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft insgesamt kann weiterhin als überwiegend gut bezeichnet werden. Die Erwartungen zur Geschäftsentwicklung im nächsten halben Jahr sind am aktuellen Rand wieder hoffnungsvoller als noch im Oktober 2011.[6] Im Dienstleistungsgewerbe zeigt sich das Geschäftsklima im Dezember 2011 ebenfalls leicht erholt.[7] Für Hessen liegt der IHK-Geschäftsklimaindex im Herbst 2011 bei einem Wert von 121 Punkten. Mit einem Wert von über 100 Punkten ist die Stimmung der Unternehmen grundsätzlich weiterhin als positiv anzusehen. Gegenüber der Befragung im Frühsommer hat sich die Stimmung dennoch branchenübergreifend eingetrübt, nachdem sich Geschäftslage und Erwartungen der Unternehmen insgesamt seit den ersten Anzeichen konjunktureller Erholung im Jahr 2009 bis dahin positiv entwickelt hatten.[8] Die Konjunkturberichterstattung des hessischen Handwerks ist aufgrund der Nachfrage nach Leistungen des Bau- und Ausbauhandwerks durch zusätzliche Auftragsvergaben, Erleichterung der Vergaberichtlinien sowie der Verdopplung des Steuerbonus für Handwerkerleistungen zu einer positiven Bewertung der Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes gelangt.[9] Im Herbst 2011 stellt sie ebenfalls fest, dass der Geschäftsklimaindex mit 84,6 Punkten trotz leichtem Rückgang gegenüber dem Vorquartalswert weiterhin auf hohem Niveau bleibt. Insbesondere die Betriebe des Ausbaugewerbes zeigen sich mit der Geschäftslage zufrieden, gefolgt von den industriellen Zulieferern und dem Bauhauptgewerbe. Dennoch weisen die Erwartungen des Handwerks zu Auftragseingang und Umsatz in den kommenden drei Monaten auf eine nachlassende konjunkturelle Dynamik hin.[10]

Im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland geht die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, der führende Wirtschaftsforschungsinstitute angehören, davon aus, dass sich die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum belastend auf die Konjunktur auswirken wird. Es wird mit einem Rückgang der Wachstumsdynamik in Deutschland, aber nicht unbedingt mit einer schweren Rezession gerechnet. So wird für das Jahr 2012 deutschlandweit eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,8 % prognostiziert, nach einer voraussichtlichen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,9 %[11] für das Jahr 2011. Die ar-

6 Vgl. Abberger, K. (2012) und http://www.cesifo-group.de/de/link/10indexgsk, Stand: Januar 2012.

7 Vgl. http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d1index/13ktdl, Stand: Januar 2012.

8 Vgl. Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (Hrsg.) (2011).

9 Vgl. Hessischer Handwerkskammertag (Hrsg.) (2011), S. 17f.

10 Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (Hrsg.) (2011).

11 Seit Anfang 2012 liegen vorläufige Berechnungen des Statistischen Bundesamts vor, die für 2011 in Deutschland von einer Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,0 % ausgehen. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012).

beitsmarktpolitischen Auswirkungen können durch flexible Arbeitszeitinstrumente gemildert werden, so dass die Projektgruppe für das Jahr 2012 eine weitere Verringerung der Arbeitslosenquote erwartet. Anzumerken ist, dass bei dieser Prognose von einer Restrukturierung der griechischen Staatsschulden und nicht von einer weiteren Verschärfung der Schulden- und Vertrauenskrise ausgegangen wird. Neue Konjunkturprogramme werden von der Projektgruppe angesichts der Signalwirkung in der Schuldenkrise, die für die Länder im Euroraum Bemühungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen notwendig macht, nicht befürwortet.[12] Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weist ebenfalls auf die Verunsicherung an den Märkten und politische Unwägbarkeiten hin, die derzeit eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung erschweren. Für das Jahr 2012 erwartet auch der Sachverständigenrat, dass die Konjunktur schwächer ausfällt, aber zugleich die Arbeitslosenzahlen weiter sinken. Für das Jahr 2012 wird deutschlandweit eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,9 % prognostiziert. Alternative Szenarien des Sachverständigenrats gehen für eine Verschärfung der Krise im Euroraum von einer Wachstumsrate von 0,4 % oder bei einer dadurch ausgelösten Stagnation des Welthandels sogar von einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5 % aus.[13] Entsprechend der vom Hessischen Statistischen Landesamt in Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften der hessischen Industrie- und Handelskammern sowie der hessischen Handwerkskammern, der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Hessen sowie deren Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung veröffentlichten Gemeinschaftsprognose für die hessische Konjunkturentwicklung 2012 ist eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts Hessens um voraussichtlich rund 1,2 % gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. In Relation zu Deutschland insgesamt entspricht dies einer überdurchschnittlichen Zunahme. Zugleich werden im Hinblick auf die Situation am hessischen Arbeitsmarkt insgesamt eine weitere leichte Zunahme der Beschäftigung und ein fortgesetzter Rückgang der Arbeitslosigkeit prognostiziert.[14] Auch der konjunkturelle Ausblick der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) fällt bedingt positiv aus. So wird für Hessen mit einem verlangsamten Wachstum und einem knappen Erreichen der Beschäftigungsschwelle gerechnet.[15] Nachdem die Konjunkturprogramme wirksam geworden sind und sich die Konjunktur nach der Krise rasch wieder belebt hatte, herrscht damit für das Jahr 2012 letztlich ein verhaltener Optimismus. Die Rückgewinnung des Vertrauens an den Märkten und die Umsetzung notwendiger struktureller Reformen und Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte im Euroraum und auch in Deutschland sind jedoch für die künftige Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage wesentlich.

12 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.) (2011), S. 29ff. und S. 53.

13 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2011), S. 10ff.

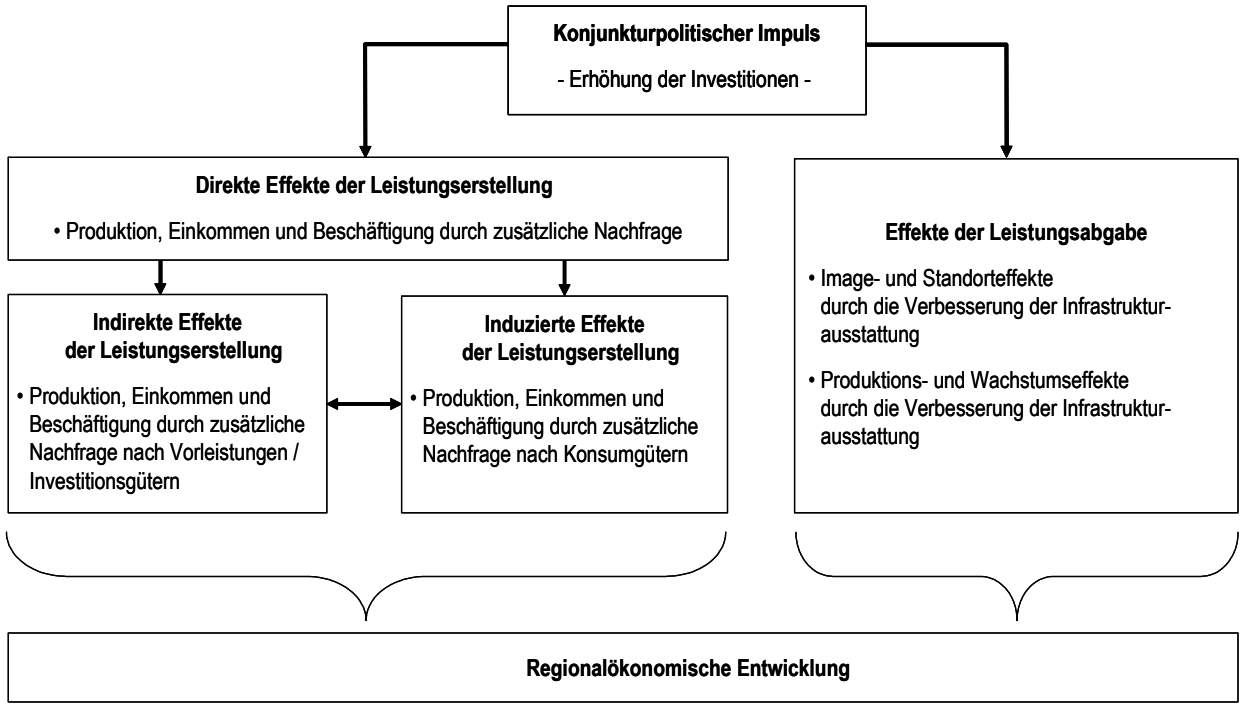
14 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2011), S. 11ff. und S. 41f.

15 Vgl. Helaba Landesbank Hessen-Thüringen (Hrsg.) (2011), S. 17.

3 Stabilisierende Wirkung von konjunkturpolitischen Maßnahmen

Angesichts des sich abzeichnenden Konjunktureinbruchs Ende 2008 / Anfang 2009 wurden vom Bund und den Ländern – darunter Hessen – verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand bilden ein zentrales Element des Bundesprogramms und auch des hessischen Landesprogramms. Abbildung 2 zeigt die idealtypische Wirkungsweise von verstärkten Investitionstätigkeiten schematisch auf. Die Investitionen schlagen sich sowohl nachfrageseitig im Rahmen der Leistungserstellung als auch angebotsseitig im Zuge der Leistungsabgabe nieder.

Abbildung 2: Effekte von Investitionsmaßnahmen



Quelle: Hessen Agentur.

Effekte der Leistungserstellung: Die Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand stellen im volkswirtschaftlichen Zusammenhang einen Binnennachfrageimpuls für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Der konjunkturpolitische Impuls wird zunächst bei den Auftragnehmern wirksam, welche die Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand umsetzen (direkter Effekt).[16] Der Leistungserstellungsprozess durch die Auftragnehmer hängt wiederum von der Verfügbarkeit notwendiger Vorleistungen oder

16 Im Wesentlichen handelt es sich um Auftragnehmer aus der Bauwirtschaft. Die Entwicklung des hessischen Baugewerbes ist in Kapitel 6 dargestellt.

Investitionsgüter ab. Wenn seitens der Auftragnehmer der öffentlichen Hand zusätzliche Nachfrage nach Vorleistungen oder Investitionsgütern generiert wird, bedingen deren Erbringung bzw. Herstellung Produktionstätigkeiten auf einer vorgelagerten Stufe der Wertschöpfungskette (indirekter Effekt). Mit der Produktion einher gehen Beschäftigungseffekte und Einkommen für die Erwerbstätigen. Diese positiven Beschäftigungs- und Einkommenseffekte begünstigen ihrerseits die private Binnennachfrage nach Konsumgütern durch die Endkonsumenten (induzierter Effekt). Über mehrere Perioden hinweg kann der primäre Nachfrageimpuls der Investitionen der öffentlichen Hand so auf verschiedene Branchen ausgedehnt und vervielfacht werden („Multiplikatoreffekt").[17] Schlägt sich der Nachfrageimpuls über die Leistungserstellung zugleich in einem erhöhten Bedarf an Investitionsgütern nieder, weil die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten steigern, vergrößert sich zudem der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock („Akzelerator"-Prozess). Im Idealfall stabilisieren die Investitionen der öffentlichen Hand verstärkt durch Multiplikatoreffekte und Akzelerator-Prozesse so die konjunkturelle Entwicklung und tragen zum Aufschwung bei.

Effekte der Leistungsabgabe: Die infrastrukturellen Voraussetzungen an einem Standort stellen Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handels dar. Sie prägen das Lebensumfeld der Bevölkerung und sind von hoher Bedeutung für die regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Infrastrukturausstattung einer Region bestimmt deren Image und deren Standortattraktivität mit. Die Infrastrukturausstattung als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks kann darüber hinaus die Produktionstätigkeiten und die Wachstumschancen beeinflussen. So können Infrastrukturinvestitionen eine Erhöhung der Produktivität oder eine Erweiterung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten ermöglichen.[18]

Ob und in welchem Umfang diese idealtypischen Effekte von Infrastrukturinvestitionen eintreten, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Unter anderem schmälern „Sickerverluste" – beispielsweise durch das Sparverhalten, Steuern und Abgaben oder auch durch Importe aus anderen Regionen – die nachfrageseitig erhoffte Wirkung. Den Erfolg von antizyklischen Staatsausgaben können weiterhin so genannte „Crowding-out-Effekte" beeinträchtigen, indem sie zu einer Reduktion der privaten Investitionsaktivitäten führen. Zu solchen Verdrängungseffekten kann es beispielsweise aufgrund von Knappheiten der benötigten Produktionsfaktoren und Preissteigerungen, aufgrund von Zinserhöhungen durch die Kreditnachfrage der öffentlichen Hand oder aufgrund von negativen Erwartungen infolge der Verschuldung der öffentlichen Haushalte kommen. Essentiell für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik ist das zeitliche Fenster, um durch die Maßnahmen eine antizyklische Wirkung zu den konjunkturellen Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials zu erreichen. Daneben ist anzumerken, dass die finanzielle

17 Betrachtungen zum Multiplikatoreffekt für Hessen erfolgen in Kapitel 7.

18 Die Fallstudien in Kapitel 5 veranschaulichen die Effekte der Leistungsabgabe.

Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Investitionsprogramme den künftigen Handlungsspielraum der Gebietskörperschaften einschränkt, aber die Maßnahmen auch zu Kosteneinsparungen (z. B. bei energetischen Sanierungen) und zu einer Stabilisierung der Einnahmen der Gebietskörperschaften beitragen können.

4 Umfang und Struktur der konjunkturpolitischen Maßnahmen in Hessen

Sowohl aus dem Bundes- als auch aus dem Landesprogramm wurden zur Bewältigung der Konjunkturkrise in Hessen Fördermittel für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Nachfolgend werden kurz die für die vorliegende Untersuchung wesentlichen Rahmenbedingungen der Investitionsförderung aus beiden Programmen für Hessen dargelegt.[19] Daran anschließend werden die im Rahmen der Förderung bewilligten Maßnahmen insgesamt betrachtet.

4.1 Rahmenbedingungen der Förderung

Bundesprogramm:

Die rechtliche Grundlage bildet das Zukunftsinvestitionsgesetz als Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009, BGBl. I Nr. 11, S. 416ff.

- Höhe des Förderkontingents: Der Bund bezuschusst Investitionen der Kommunen und Länder durch Finanzhilfen in Höhe von 10 Mrd. Euro insgesamt. Auf Hessen entfallen davon fast 718,7 Mio. Euro. Das Bundesprogramm erfordert eine mindestens 25 %-ige Komplementärfinanzierung am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzierungsanteils der förderfähigen Kosten durch das Land einschließlich der Kommunen. Mit dem Kofinanzierungsanteil von Land und Kommunen stehen aus dem Bundesprogramm letztlich 958,3 Mio. Euro für Investitionen in Hessen zur Verfügung. Bei den kommunalen Investitionen, die 70 % des Förderkontingents ausmachen, können die Kommunen Darlehen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren erhalten. Die Darlehenstilgung wird zur Hälfte vom Land übernommen. Der Zinsdienst erfolgt im Zuge des kommunalen Finanzausgleichs. Die Kommunen müssen insofern nur die Hälfte des gesamten Kofinanzierungsanteils tragen (12,5 %).

- Einsatz des Förderkontingents: Die Finanzhilfen dienen Maßnahmen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur (Hochschulen, Schulen) und sonstige Infrastruktur (Landesstraßenbau, kommunale Krankenhäuser und sonstige kommunale Infrastruktur). Für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur werden dabei 65 % der Finanzhilfen bereitgestellt. Ein Fokus liegt auf energetischen Sanierungen.

- Förderzeitraum: Die Bundesmittel können für Investitionen eingesetzt werden, welche am 27. Januar 2009 oder später (bis spätestens zum 31.12.2010) begonnen wurden, bzw. für selbständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens, deren

19 Für weitere Details vgl. www.hmdf.hessen.de, Stand: September 2011.

Finanzierung bislang nicht gesichert war. Im Jahr 2011 werden nur noch Investitionen gefördert, welche bereits zuvor begonnen wurden und im Jahr 2011 einen selbständigen Abschnitt des Vorhabens abschließen und abrechnen können.

Landesprogramm:
Die rechtliche Verankerung stellt das Hessische Sonderinvestitionsprogrammgesetz als Artikel 1 des Gesetzes zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen vom 09. März 2009, GVBl. I Nr. 4, S. 92ff. dar.

- Höhe des Förderkontingents: Das Gesetz sieht ein Förderkontingent von 1,7 Mrd. Euro vor. Das Landesprogramm für investive Maßnahmen der Hochschulen beinhaltet dabei die Kofinanzierung für das korrespondierende Bundesprogramm. Die Darlehen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen für die kommunalen Investitionen haben eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Die Darlehenstilgung ist zu einem Sechstel (16,7 %) durch die Darlehensnehmer und zu fünf Sechsteln aus dem Landeshaushalt vorgesehen. Der Zinsdienst geschieht im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

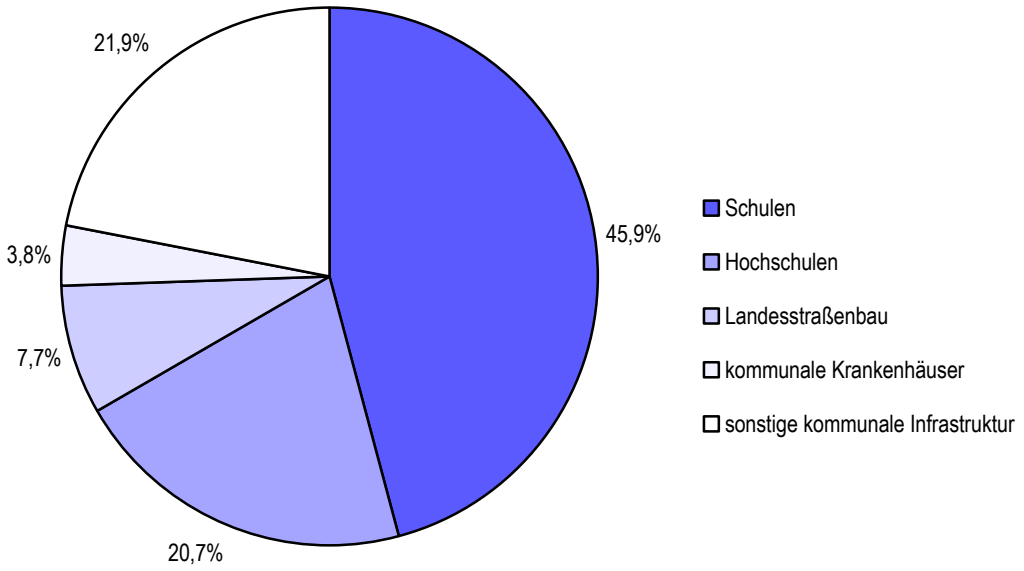
- Einsatz des Förderkontingents: Das Landesprogramm unterstützt gemäß seiner ursprünglichen Intention Investitionen an Hochschulen und Schulen. Neben Baumaßnahmen, Grundsanierungen und energetischen Sanierungen beinhaltet dies für die Schulen (einschließlich beihilfeberechtigter Ersatzschulen) Pauschalmittel in Höhe von bis zu 20 % des Förderkontingents beispielsweise für Instandsetzungen, EDV- und Raumausstattung. Das Bundesprogramm hat ermöglicht, Landesmittel außerdem für die Finanzierung anderer Investitionsvorhaben im Landesstraßenbau und im Bereich der sonstigen kommunalen Infrastruktur zu nutzen. Zu den sonstigen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen zählen Vorhaben des Brandschutzes, Sportstätten, Kindertageseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser, Kultureinrichtungen, Straßen und sonstige bauliche Maßnahmen der sozialen Infrastruktur. Zudem haben die Bundesmittel eine Aufstockung der für die Hochschulen zur Verfügung stehenden Gesamtsumme erlaubt.

- Förderzeitraum: Das Landesprogramm sieht grundsätzlich einen Beginn der Investitionsmaßnahmen im Jahr 2009 und deren Inbetriebnahme bis 2011 vor.

Zusammengenommen haben der Bund und das Land Hessen (inklusive Kofinanzierungsmittel) Fördergelder für Investitionsmaßnahmen in Hessen von insgesamt mehr als 2,6 Mrd. Euro bereitgestellt – fast zwei Drittel davon über das Landesprogramm. Die Maßnahmen sollten grundsätzlich zusätzliche Vorhaben darstellen, deren kurzfristige Wirksamkeit mit Blick auf die konjunkturelle Situation intendiert war.

Abbildung 3 zeigt die Verteilung des für Hessen zur Verfügung stehenden Förderkontingents nach Förderbereichen.

Abbildung 3: Verteilung des Förderkontingents nach Förderbereichen



	Mittel Bundesprogramm* (in 1.000 Euro)	Mittel Landesprogramm** (in 1.000 Euro)	Summe (in 1.000 Euro)
Schulen	436.025	763.977	1.200.002
Hochschulen	186.870	353.890	540.760
Landesstraßenbau	100.610	99.390	200.000
kommunale Krankenhäuser	100.000	-	100.000
sonstige kommunale Infrastruktur	134.781	436.024	570.805
Maßnahmen insgesamt	958.286	1.653.281***	2.611.567

* inkl. Kofinanzierungsmittel des Landes bzw. des Landes und der Kommunen; ** inkl. Kofinanzierungsmittel der Kommunen; *** Das Landesprogramm für investive Maßnahmen der Hochschulen beinhaltet darüber hinaus die Kofinanzierung für das korrespondierende Bundesprogramm.

Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Der rechnerischen Verteilung des Förderkontingents auf die regionalen Einheiten ist bei den kommunalen Investitionen ein fester Schlüssel zu Grunde gelegt worden, welcher sich im Schulbereich (abzüglich der für beihilfeberechtigte Ersatzschulen vorgesehenen 50 Mio. Euro) überwiegend nach der Schülerzahl, zum Teil aber auch nach der Anzahl an Schulen der kommunalen Träger sowie der Fläche richtete. Im Bereich der sonstigen kommunalen Infrastruktur hat sich die rechnerische Verteilung an der Einwohnerzahl orientiert. Die Partizipation auch finanzschwacher Kommunen sollte durch eine relativ geringe Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung ermöglicht werden.

4.2 Umsetzung der Förderung

Die Förderrichtlinien haben die Anmeldungen der Investitionsprojekte, für welche aus dem kommunalen und dem kommunalersetzenden Bereich Fördermittel des Bundes- oder Landesprogramms eingesetzt werden sollen, bis Ende April 2009 vorgesehen. Die Bearbeitung des größten Teils der Anträge betreffend der kommunalen Investitionen konnte nach Auskunft des Hessischen Ministeriums der Finanzen innerhalb von zehn Wochen nach Fristablauf abgeschlossen werden. Die hohe Zahl an angemeldeten Maßnahmen erlaubte eine vollständige Belegung der Förderkontingente durch förderfähige Maßnahmen, für die das Hessische Ministerium der Finanzen die Zustimmung erteilen konnte. Zustimmungen wurden auch für so genannte Ersatzmaßnahmen erteilt, um den Kommunen eine möglichst hohe Flexibilität hinsichtlich der Maßnahmenumsetzung zu ermöglichen.

Das Landesprogramm sieht einen Beginn der Investitionsmaßnahmen grundsätzlich im Jahr 2009 vor, während das Bundesprogramm einen Beginn noch bis Ende 2010 ermöglicht. Im Rahmen bisheriger Untersuchungen vorgenommene Betrachtungen zur Maßnahmenabwicklung belegen, dass bereits zum 31.12.2009 die Auftragsvergabe für die meisten der bewilligten Maßnahmen weit fortgeschritten war.[20] Zum Ende des Jahres 2011 können die beiden Programme aufgrund der zeitlichen Rahmensetzungen weitestgehend als abgewickelt gelten. So sind bereits Ende 2009 hessenweit rund 13 % der Maßnahmen aus beiden Programmen in Betrieb genommen gewesen, insgesamt mehr als die Hälfte aller Maßnahmen waren es Ende 2010, die übrigen Maßnahmen folgten nahezu durchweg im Laufe des Jahres 2011.[21]

Insgesamt umfasst die Liste der Maßnahmen 5.361 (5.529)[22] Projekte. Das Fördervolumen (einschließlich Kofinanzierungsmittel des Landes und / oder der Kommunen) beläuft sich für diese Projekte voraussichtlich auf rund 2,5 Mrd. Euro (2,6 Mrd. Euro). Damit dürfte das Förderkontingent insgesamt weitestgehend ausgeschöpft werden. Zusammen mit rund 829 Mio. Euro zusätzlich aufgebrachter Eigen- oder Drittmittel für die Maßnahmen ergibt sich ein Investitionsvolumen von voraussichtlich mehr als 3,3 Mrd. Euro (3,4 Mrd. Euro). Der Anteil der zusätzlichen Eigen- und Drittmittel an diesem Investitionsvolumen liegt bei 25 % (24 %).

20 Vgl. Dimitrova, G., Frings, K., Schippers, B. (2010), S. 19ff.

21 Alle Angaben zu den bewilligten Maßnahmen in diesem Teilkapitel beziehen sich auf den vom Hessischen Ministerium der Finanzen mitgeteilten Stand zum 02.12.2011. Die Ergebnisse sind bei laufender Abwicklung der Programme vorläufig und hängen von den vorliegenden Rückmeldungen der jeweiligen Verantwortlichen zur Umsetzung der Maßnahmen ab. Beim Landesprogramm sind die Maßnahmen des Landesstraßenbaus mit Stand 02.12.2011 teilweise noch nicht als laufend oder bereits abgeschlossen gemeldet.

22 Die Werte inklusive der geplanten Maßnahmen des Landesstraßenbaus im Rahmen des Landesprogramms sind in Klammern gesetzt.

Tabelle 1 weist die Anzahl der Maßnahmen sowie des Förder- und des Investitionsvolumens nach programmatischer Herkunft aus.

Tabelle 1: Verteilung der Maßnahmen nach Programmen

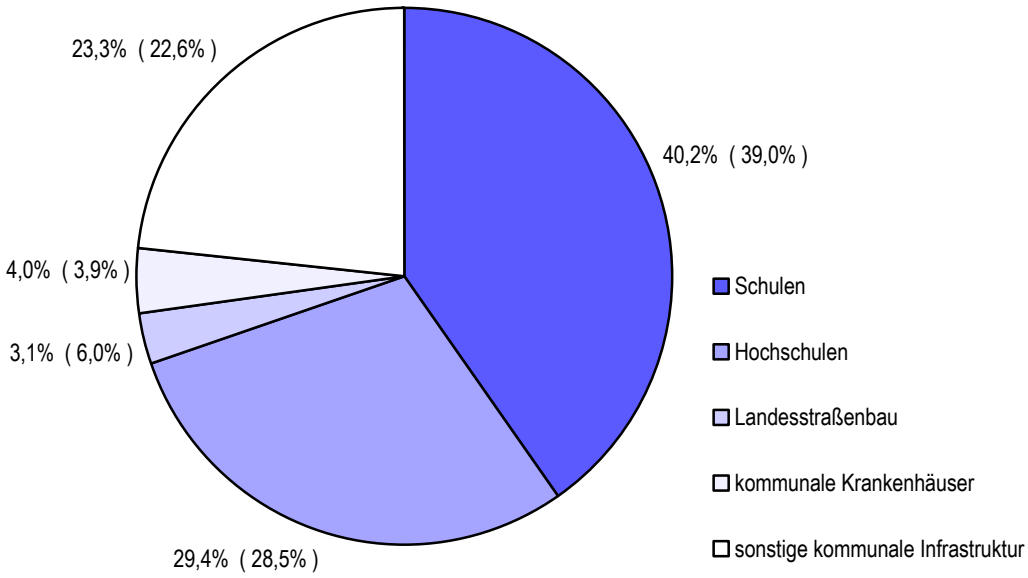
	Bundesprogramm	Landesprogramm*		Summe*	
Anzahl der Maßnahmen	1.898	3.463	(3.631)	5.361	(5.529)
Fördervolumen** (in 1.000 Euro)	954.131	1.524.155	(1.625.305)	2.478.286	(2.579.436)
Investitionsvolumen*** (in 1.000 Euro)	1.097.288	2.209.957	(2.311.107)	3.307.246	(3.408.396)

* Beim Landesprogramm sind die Maßnahmen des Landesstraßenbaus teilweise noch nicht als laufend oder bereits abgeschlossen gemeldet. In der Tabelle sind die Werte inklusive der geplanten Maßnahmen des Landesstraßenbaus im Rahmen des Landesprogramms in Klammern gesetzt.
** inkl. Kofinanzierungsmittel; *** Summe aus Fördervolumen und zusätzlichen Eigen- oder Drittmitteln
Summendifferenzen ergeben sich aufgrund von Rundungen.

Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Abbildung 4 zeigt die Verteilung des Investitionsvolumens nach Förderbereichen. Rund 70 % (68 %) der Investitionsvolumina entfallen auf den Bildungsbereich, darunter 40 % (39 %) auf den schulischen Bereich (inklusive etwa 4 % Pauschalmittel zwecks Instandsetzungen, EDV- und Raumausstattung oder Ähnlichem) und 29 % (29 %) auf den Hochschulbereich. Weitere rund 23 % (23 %) der Investitionsvolumina sind der sonstigen kommunalen Infrastruktur zuzurechnen, also Vorhaben des Brandschutzes, Sportstätten, Kindertageseinrichtungen, Verwaltungsgebäuden, Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäusern, Kultureinrichtungen, sonstigen baulichen Maßnahmen der sozialen Infrastruktur oder Straßen. Sportstätten haben gemessen an den Investitionsvolumina der sonstigen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen die größte Bedeutung, danach folgen Kindertageseinrichtungen und soziale Infrastruktur. Schließlich entfallen rund 4 % (4 %) der Investitionsvolumina auf die kommunalen Krankenhäuser sowie weitere 3 % (6 %) auf den Landesstraßenbau. Der Anteil der zusätzlichen Eigen- oder Drittmittel am Investitionsvolumen variiert für die einzelnen Maßnahmen stark. In der Summe ist der Anteil der zusätzlichen Eigen- oder Drittmittel an den Investitionsvolumina vor allem bei Maßnahmen im Bereich der Kultureinrichtungen, der Hochschulen und der Ersatzschulen beträchtlich.

Abbildung 4: Verteilung des Investitionsvolumens der Maßnahmen* nach Förderbereichen



Förderbereich	Anzahl der Maßnahmen	Investitionsvolumen** (in 1.000 Euro)	Anteil am Investitions-volumen insgesamt (in %)	Zusatzmittel*** (in 1.000 Euro)	Anteil der Zusatz-mittel*** am Investitions-volumen (in %)
Schulen	1.365	1.329.488	40,2 (39,0)	136.662	10,3
darunter: öffentliche Schulen	1.078	1.239.658	37,5 (36,4)	96.827	7,8
darunter: Ersatzschulen	287	89.830	2,7 (2,6)	39.834	44,3
Hochschulen	155	972.008	29,4 (28,5)	454.333	46,7
Landesstraßenbau	188 (356)	102.465 (203.615)	3,1 (6,0)	0 (0)	0,0 (0,0)
kommunale Krankenhäuser	34	133.226	4,0 (3,9)	33.226	24,9
sonstige kommunale Infrastruktur	3.619	770.058	23,3 (22,6)	204.738	26,6
darunter: Brandschutzvorhaben	407	86.468	2,6 (2,5)	20.053	23,2
darunter: Sportstätten	603	183.079	5,5 (5,4)	50.353	27,5
darunter: Kindertageseinrichtungen	525	133.388	4,0 (3,9)	37.576	28,2
darunter: Verwaltungsgebäude	190	55.014	1,7 (1,6)	15.168	27,6
darunter: Dorfgemeinschafts- u. Bürgerhäuser	541	67.973	2,1 (2,0)	15.335	22,6
darunter: Kultureinrichtungen	43	44.135	1,3 (1,3)	24.600	55,7
darunter: soziale Infrastruktur	640	112.891	3,4 (3,3)	25.516	22,6
darunter: Straßen	670	87.110	2,6 (2,6)	16.139	18,5

* Beim Landesprogramm sind die Maßnahmen des Landesstraßenbaus teilweise noch nicht als laufend oder bereits abgeschlossen gemeldet. In der Abbildung sind die Werte inklusive der geplanten Maßnahmen des Landesstraßenbaus im Rahmen des Landesprogramms in Klammern gesetzt.
** Summe aus Fördervolumen und zusätzlichen Eigen- oder Drittmitteln; *** zusätzliche Eigen- oder Drittmittel
Rundungsbedingt kann es zu Summendifferenzen und zu Anteilswerten, die sich nicht immer auf 100 % summieren, kommen.

Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Tabelle 2 zeigt die Verteilung des Investitionsvolumens nach Regierungsbezirken sowie nach Kreisen und kreisfreien Städten. Während die regionale Verteilung des Förderkontingents im Bereich der Schulen (ohne Ersatzschulen) und der sonstigen kommunalen Infrastruktur grundsätzlich auf einem festen Schlüssel basiert, berücksichtigt die Verteilung des Investitionsvolumens auch zusätzlich aufgebrachte Eigen- oder Drittmittel und andere Infrastrukturmaßnahmen wie z. B. in den Bereichen Ersatzschulen, Hochschulen, Landesstraßenbau und kommunale Krankenhäuser.

Tabelle 2: Verteilung des Investitionsvolumens der Maßnahmen* nach Regionen

Region	Anzahl der Maßnahmen		Investitionsvolumen** (in 1.000 Euro)		Anteil am Investitionsvolumen insgesamt (in %)	
RB Darmstadt	2.616	(2.676)	1.807.781	(1.844.856)	54,7	(54,1)
Stadt Darmstadt	199	(199)	137.608	(137.608)	4,2	(4,0)
Stadt Frankfurt	150	(150)	533.376	(533.376)	16,1	(15,6)
Stadt Offenbach	35	(35)	49.727	(49.727)	1,5	(1,5)
Stadt Wiesbaden	164	(164)	113.976	(113.976)	3,4	(3,3)
LK Bergstraße	330	(337)	108.672	(113.672)	3,3	(3,3)
LK Darmstadt-Dieburg	137	(144)	131.102	(136.617)	4,0	(4,0)
LK Groß-Gerau	99	(99)	82.764	(82.764)	2,5	(2,4)
Hochtaunuskreis	121	(124)	80.570	(82.600)	2,4	(2,4)
Main-Kinzig-Kreis	373	(394)	160.306	(172.996)	4,8	(5,1)
Main-Taunus-Kreis	149	(152)	76.247	(78.697)	2,3	(2,3)
Odenwaldkreis	163	(164)	36.870	(37.170)	1,1	(1,1)
LK Offenbach	149	(151)	109.486	(111.636)	3,3	(3,3)
Rheingau-Taunus-Kreis	205	(218)	71.283	(76.583)	2,2	(2,2)
Wetteraukreis	342	(345)	115.796	(117.436)	3,5	(3,4)
RB Gießen	1.108	(1.171)	856.490	(884.160)	25,9	(25,9)
LK Gießen	279	(299)	243.557	(250.807)	7,4	(7,4)
Lahn-Dill-Kreis	192	(201)	104.818	(110.008)	3,2	(3,2)
LK Limburg-Weilburg	213	(225)	70.302	(75.112)	2,1	(2,2)
LK Marburg-Biedenkopf	271	(278)	367.104	(372.104)	11,1	(10,9)
Vogelsbergkreis	153	(168)	70.708	(76.128)	2,1	(2,2)
RB Kassel	1.637	(1.682)	642.975	(679.380)	19,4	(19,9)
Stadt Kassel	101	(101)	164.163	(164.163)	5,0	(4,8)
LK Fulda	315	(328)	155.463	(162.608)	4,7	(4,8)
LK Hersfeld-Rotenburg	112	(119)	62.107	(67.737)	1,9	(2,0)
LK Kassel	244	(251)	74.911	(83.721)	2,3	(2,5)
Schwalm-Eder-Kreis	334	(342)	77.223	(82.323)	2,3	(2,4)
LK Waldeck-Frankenberg	361	(365)	67.213	(74.213)	2,0	(2,2)
Werra-Meißner-Kreis	170	(176)	41.894	(44.614)	1,3	(1,3)

* Beim Landesprogramm sind die Maßnahmen des Landesstraßenbaus teilweise noch nicht als laufend oder bereits abgeschlossen gemeldet. In der Tabelle sind die Werte inklusive der geplanten Maßnahmen des Landesstraßenbaus im Rahmen des Landesprogramms in Klammern gesetzt.
** Summe aus Fördervolumen und zusätzlichen Eigen- oder Drittmitteln
Rundungsbedingt kann es zu Summendifferenzen und zu Anteilswerten, die sich nicht immer auf 100 % summieren, kommen.

Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfallen gemäß Tabelle 2 rund 55 % (54 %) des gesamten voraussichtlichen Investitionsvolumens, auf den Regierungsbezirk Gießen rund 26 % (26 %) und auf den Regierungsbezirk Kassel weitere rund 19 % (20 %). Der auffällig hohe Anteil des Landkreises Marburg-Biedenkopf am Investitionsvolumen lässt sich vor allem auf zwei Neubauprojekte an der Universität Marburg mit jeweils über 100 Mio. Euro an Investitionen zurückführen. Allein diese beiden Maßnahmen machen mehr als die Hälfte des gesamten Investitionsvolumens des Kreises Marburg-Biedenkopf aus.

Mit zunehmender Gemeindegröße kommen tendenziell – zum Teil strukturell bedingt – auch eher größere Investitionsprojekte vor. Tabelle 3 zeigt die Verteilung des Investitionsvolumens nach Gemeindegrößenklassen – soweit die Maßnahmen auf Gemeindeebene zugeordnet sind. Rund 15 % (15 %) der Maßnahmen entfallen auf Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern. Diese Maßnahmen umfassen allerdings nur rund 3 % (3 %) des gesamten voraussichtlichen Investitionsvolumens. Großstädte mit 100.000 und mehr Einwohnern weisen hingegen einen Anteil an allen Maßnahmen von rund 12 % (12 %) und einen deutlich größeren Anteil am Investitionsvolumen von rund 30 % (29 %) auf.

Tabelle 3: Verteilung der Maßnahmen* nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Anteil an Maßnahmen insgesamt (in %)		Anteil am Investitionsvolumen** insgesamt (in %)	
unter 5.000 Einwohner	15,2	(14,7)	3,3	(3,3)
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	50,5	(49,5)	26,0	(25,7)
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	17,3	(16,8)	34,7	(33,7)
100.000 und mehr Einwohner	12,1	(11,7)	30,2	(29,3)
nur auf Landkreisebene ausgewiesen	4,9	(7,2)	5,7	(8,0)

* Beim Landesprogramm sind die Maßnahmen des Landesstraßenbaus teilweise noch nicht als laufend oder bereits abgeschlossen gemeldet. In der Tabelle sind die Werte inklusive der geplanten Maßnahmen des Landesstraßenbaus im Rahmen des Landesprogramms in Klammern gesetzt.
** Summe aus Fördervolumen und zusätzlichen Eigen- oder Drittmitteln
Für alle Anteilswerte gilt, dass sich diese rundungsbedingt nicht immer auf 100 % summieren, sondern geringfügig abweichen können.

Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Das Fördervolumen (einschließlich Kofinanzierungsmittel) für die einzelnen Maßnahmen beläuft sich in mehr als der Hälfte aller Fälle auf weniger als 100.000 Euro (vgl. Tabelle 4). In rund 23 % (22 %) der Fälle beträgt das Fördervolumen sogar weniger als 20.000 Euro. Vorwiegend handelt es sich bei den Maßnahmen mit unter 100.000 Euro Fördervolumen um Projekte im Bereich der sonstigen kommunalen Infrastruktur. Rund 84 % (83 %) aller Maßnahmen in dieser Fördervolumengrößenklasse entfallen zusammengenommen auf die sonstige kommunale Infrastruktur, weitere rund 15 % (15 %) auf den Schulbereich. Mehr als jede zehnte Maßnahme hat aber auch ein Fördervolumen von 1 Mio. Euro und mehr. Darunter weisen rund

0,5 % (0,5 %) der Projekte mehr als 10 Mio. Euro Fördervolumen auf. Es handelt sich insbesondere um Maßnahmen aus den Bereichen Hochschulen, Schulen, Krankenhäuser sowie im Einzelfall um eine Kultureinrichtung. Das Investitionsvolumen, in welches die zusätzlichen Eigen- oder Drittmittel einfließen, beläuft sich für einzelne Baumaßnahmen im Hochschulbereich sogar auf mehr als 100 Mio. Euro.

Tabelle 4: Verteilung der Maßnahmen* nach Größenklassen

Größenklasse	Anteil der Maßnahmen mit entsprechendem Fördervolumen** (in %)		kumulierter Anteil der Maßnahmen mit entsprechendem Fördervolumen** (in %)		Anteil der Maßnahmen mit entsprechendem Investitionsvolumen*** (in %)		kumulierter Anteil der Maßnahmen mit entsprechendem Investitionsvolumen*** (in %)	
unter 20.000 Euro	23,0	(22,3)	23,0	(22,3)	21,6	(20,9)	21,6	(20,9)
20.000 bis unter 50.000 Euro	16,6	(16,1)	39,6	(38,4)	15,7	(15,2)	37,3	(36,1)
50.000 bis unter 100.000 Euro	13,8	(13,4)	53,4	(51,8)	13,7	(13,3)	51,0	(49,4)
100.000 bis unter 500.000 Euro	28,6	(29,3)	82,0	(81,1)	28,5	(29,2)	79,4	(78,7)
500.000 bis unter 1 Mio. Euro	7,8	(8,5)	89,8	(89,6)	8,6	(9,2)	88,0	(87,9)
1 Mio. bis unter 10 Mio. Euro	9,7	(9,9)	99,5	(99,5)	11,4	(11,6)	99,5	(99,5)
10 Mio. bis unter 50 Mio. Euro	0,5	(0,5)	100,0	(100,0)	0,5	(0,5)	99,9	(99,9)
50 Mio. Euro und mehr****	0,0	(0,0)	-	(-)	0,1	(0,1)	100,0	(100,0)

* Beim Landesprogramm sind die Maßnahmen des Landesstraßenbaus teilweise noch nicht als laufend oder bereits abgeschlossen gemeldet. In der Tabelle sind die Werte inklusive der geplanten Maßnahmen des Landesstraßenbaus im Rahmen des Landesprogramms in Klammern gesetzt.

** inkl. Kofinanzierungsmittel; *** Summe aus Fördervolumen und zusätzlichen Eigen- oder Drittmitteln

**** Während das Fördervolumen der Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturprogramme jeweils unter 50 Mio. Euro beträgt, kann das Investitionsvolumen für einzelne Maßnahmen aufgrund zusätzlich eingebrachter Eigen- und Drittmittel größer ausfallen. Es handelt sich dabei durchweg um Maßnahmen aus dem Hochschulbereich.

Für alle Anteilswerte gilt, dass sich diese rundungsbedingt nicht immer auf 100 % summieren, sondern geringfügig abweichen können.

Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Förderkontingent insgesamt für Hessen weitestgehend ausgeschöpft wird und die Maßnahmen größtenteils in einem relativ engen Zeitfenster realisiert wurden. Mit rund 70 % (68 %) Anteil am gesamten Investitionsvolumen hat der Bildungsbereich besonders profitiert. Die Kommunen konnten neben den Maßnahmen an den Schulen vor allem zahlreiche sonstige Infrastrukturvorhaben (Brandschutz, Sportstätten, Kindertageseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäuser, Kultureinrichtungen, sonstige bauliche Maßnahmen der sozialen Infrastruktur, Straßen) umsetzen. Auf derartige Maßnahmen sind rund 23 % (23 %) des gesamten Investitionsvolumens entfallen. Regional sind dem Regierungsbezirk Darmstadt rund 55 % (54 %) des gesamten Investitionsvolumens zuzuordnen, dem Regierungsbezirk Gießen rund 26 % (26 %) und dem Regierungsbezirk Kassel rund 19 % (20 %). Dabei haben die Großstädte mit 100.000 und mehr Einwohnern einen Maßnahmenanteil von rund 12 % (12 %), während sich der Anteil solcher Großstädte am Investitionsvolumen auf rund 30 % (29 %) beläuft. Das Investitionsvolumen der einzelnen Maßnahmen variiert stark,

wobei mit zunehmender Gemeindegröße tendenziell auch eher größere Investitionsprojekte vorkommen. Dies ist zum Teil strukturell bedingt. Etwa die Hälfte aller Maßnahmen hat ein Investitionsvolumen, das weniger als 100.000 Euro beträgt. Zu den Maßnahmen mit den höchsten Investitionsvolumina (mehr als 10 Mio. Euro) zählen vor allem Projekte an Hochschulen, Schulen und Krankenhäusern.

5 Realisierung und Effekte der Infrastrukturinvestitionen: Fallbeispiele

In Kapitel 4.2 sind Zahl und Vielfalt der Maßnahmen, die im Rahmen der Konjunkturprogramme gefördert wurden, dargestellt worden. Die nachfolgend präsentierten Beispiele, die einen Eindruck von den leistungsabgabeseitigen Effekten der Infrastrukturmaßnahmen vermitteln,[23] veranschaulichen ebenfalls das breite Maßnahmenspektrum, für das Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Die Beispiele verdeutlichen auch, dass die Konjunkturprogramme dazu beigetragen haben, einen Teil des kommunalen Investitionsstaus zu lösen.

Die Auswahl der Beispiele für die Fallstudien wurde im Rahmen der Untersuchung auf bauliche Einzelmaßnahmen im Rahmen des Landesprogramms beschränkt. Das Hessische Sonderinvestitionsprogramm, welches zusätzlich zu den Konjunkturpaketen des Bundes aufgelegt wurde, zeichnet die konjunkturpolitischen Aktivitäten Hessens in der Wirtschafts- und Finanzkrise aus. Die ausgewählten Maßnahmen waren zu Beginn der Fallstudien bereits in Betrieb genommen. Zudem lag der Verwendungsnachweis vor. Dadurch wurden zum Teil umfangreiche Großprojekte ausgeschlossen, die allerdings auch nur einen geringen Anteil der realisierten Maßnahmen bilden. Da sich der ganz überwiegende Teil der bewilligten Maßnahmen auf den schulischen Bereich und die Bereiche der sonstigen kommunalen Infrastruktur bezieht, bot sich eine Fokussierung auf diese Felder an (u. a. Fallbeispiele aus den Bereichen Sportstätten, Kindertageseinrichtungen, Verwaltungsgebäude). Auch der Schwerpunkt im Bereich der energetischen Sanierung spiegelt sich in der Auswahl der Fallbeispiele wider. Die Festlegung der Kriterien für die Auswahl der Beispiele erfolgte in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Dennoch kann aufgrund der limitierten Zahl der Fallstudien nur ein begrenzter Blick in die vielfältigen Effekten der Infrastrukturmaßnahmen vermittelt werden. Das gesamte Wirkungsspektrum wird nicht abgebildet (z. B. Auswirkungen von Maßnahmen im Hochschulbau oder Landesstraßenbau).

Im Zeitraum August bis Oktober 2011 wurden im Zuge der Fallstudien Gespräche mit den örtlichen Akteuren durchgeführt und die Maßnahmen vor Ort besichtigt.[24] Schwerpunkt der Gespräche waren Hintergrund, Inhalt und Ziel der Maßnahmen, deren zeitliche Abwicklung, Erfahrungen bei der Auftragsvergabe sowie die leistungsabgabeseitigen Effekte der Maßnahmen. Die mündlichen und – ergänzend – zum Teil auch schriftlichen Stellungnahmen der örtlichen Akteure wurden zusam-

23 Für einen Überblick über die theoretische Wirkung der konjunkturpolitischen Maßnahmen vgl. Kapitel 3. Im Jahr 2010 wurde bereits anhand der Vergabe von Aufträgen die Leistungserstellung näher beleuchtet. Dabei wurde unter anderem ermittelt, dass zum Erhebungszeitpunkt etwa 80 % der im Rahmen der Konjunkturförderprogramme vergebenen Aufträge in Hessen verblieben sind. Vgl. hierzu Frings, K. u. Petkova, G. (2011).

24 Die Gesprächspartner im Rahmen der Fallstudien sind dem Verzeichnis am Ende des Berichts zu entnehmen.

men mit den Verwendungsnachweisen und Maßnahmenberichten im Rahmen der Förderung sowie Pressemeldungen systematisch ausgewertet.[25]

25 Die mündlichen und schriftlichen Angaben der örtlichen Akteure sind eine wesentliche Quelle aller nachfolgenden Fallstudien.

5.1 Fallbeispiel „Astrid-Lindgren-Schule, Fulda“

Kurzbeschreibung:	Klassenerweiterung um 4 Räume an der Astrid-Lindgren-Schule in Fulda
Anmeldender:	Stadt Fulda (Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel)
Investitionsvolumen:	rund 550 Tsd. Euro
Finanzierungsstruktur:	Landesprogramm: 547 Tsd. Euro (5/6 Landesvolumen, 1/6 kommunales Volumen) zusätzliche Eigen- und Drittmittel: rund 3 Tsd. Euro
Inbetriebnahme:	Oktober 2010
Hintergrund:	Stadtteilentwicklung, steigende Schülerzahlen
Ergebnisse:	- zusätzliche Nachfrage im Rahmen der Leistungserstellung - Beitrag zur standortnahen schulischen Versorgung - Auswirkungen auf die Unterrichtssituation - Effekte für die Kinderbetreuung im Kindergarten - Erhöhung der Stadtteilattraktivität

Hintergrund und Ziel der Maßnahme

In den 1990er Jahre entwickelte die Stadt Fulda Nutzungsalternativen für die durch den Truppenabzug des Militärs frei werdende Fläche rings um das ehemalige US-Airfield (Hubschrauberlandeplatz) bei Sickels. Auf der im Westen der Stadt gelegenen Konversionsfläche ist dann zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Wohnsiedlung – Fulda Galerie – entstanden. An diese schließen sich auch gewerblich genutzte Flächen an.[26]

26 Für nähere Informationen zum Projekt Fulda Galerie http://www.fulda-galerie.de, Stand: Oktober 2011.

Diese Entwicklung hat die Ansiedlung eines Nahversorgungszentrums und erhebliche Investitionen in die Infrastruktur (z. B. in Straßen, Kanäle, Spielplätze, Kindergarten, Grundschule) erforderlich gemacht. Unter anderem wurde dort im Jahr 2006 die Astrid-Lindgren-Schule neu errichtet, wobei der damalige Entwurf des Gebäudes bereits die Möglichkeit einer potenziellen Erweiterung beinhaltete.

Das stetig wachsende Wohngebiet der Fulda Galerie zählt inzwischen bereits mehr als 1.600 Einwohner. Darunter sind zahlreiche junge Familien, die als Zielgruppe für eine Ansiedlung im Fokus des Konzepts für die Stadtteilentwicklung stehen. Dementsprechend viele Kinder leben dort. Jeder fünfte Einwohner ist zum Stichtag 31.10.2011 jünger als 10 Jahre.[27] Die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule trägt nach Angaben der Stadt Fulda der Bevölkerungsentwicklung der Stadtteile Fulda Galerie, Sickels und Niederrode inklusive Reinhards Rechnung. Die erwarteten Schülerzahlen im Einzugsbereich der Astrid-Lindgren-Schule sind stark gestiegen, was für die im Rahmen des Konjunkturprogramms durchgeführte Schulerweiterung ausschlaggebend war.

Beschreibung der Maßnahme

Die Stadt Fulda hat die Konjunkturprogramme des Jahres 2009 dementsprechend unter anderem für die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule in Fulda in Anspruch genommen. Nach Bekanntgabe der Förderfähigkeit der beantragten Maßnahme durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen im Mai 2009 konnte der Maßnahmenbeginn im Oktober 2009 verzeichnet werden.[28] Die Konjunkturprogramme und deren schnelle Umsetzung insgesamt haben in dieser Zeit erhebliche Kapazitäten in der Stadtverwaltung gebunden. Die bauliche Fertigstellung der Maßnahme erfolgte im Oktober 2010. Der Schulbetrieb wurde während der Bauausführung aufrechterhalten. Die neuen Klassenräume werden bereits seit August 2010 genutzt.

Die Astrid-Lindgren-Schule in Fulda ist eine unter Berücksichtigung der gültigen Standards (z. B. in energetischer Hinsicht) 2006 erbaute Grundschule in städtischer Trägerschaft, deren Einzugsgebiet sich über die Stadtteile Fulda Galerie, Sickels, Niederrode inklusive Reinhards erstreckt. Das frühere Schulgebäude im Stadtteil Sickels konnte durch den Neubau in Bereich Fulda Galerie für die Einrichtung eines Kindergartens in Sickels genutzt werden.

Im Schuljahr 2011/2012 besuchen 213 Schülerinnen und Schüler die Astrid-Lindgren-Schule (62 Kinder in der ersten Klasse, 55 Kinder in der zweiten Klasse, 44 Kinder in der dritten Klasse, 52 Kinder in der vierten Klasse). Etwa zwei Drittel

27 Diese Angaben zur Bevölkerung im Bezirk Fulda Galerie basieren auf Daten der Statistikstelle des Bürgerbüros. Die Zahlen beziehen sich auf Einwohner mit Hauptwohnsitz im Bezirk Fulda Galerie zum Stichtag 31.10.2011.

28 Als Maßnahmenbeginn ist gemäß Förderrichtlinie der Vertragsabschluss über wesentliche Teile des Vorhabens zu verstehen.

dieser Schülerinnen und Schüler haben einen Migrationshintergrund, wobei die Herkunftsländer der Kinder bzw. ihrer Familien vielfältig sind. Die Schülerinnen und Schüler werden von 17 Lehrkräften unterrichtet und betreut.

Zur Schule gehören neben Verwaltungsräumen und Klassenzimmern beispielsweise auch eine integrierte Sporthalle und ein an den Schulhof angrenzender Sportplatz, ein Werkraum, eine Mensa sowie eine Küche. Durch den barrierefreien Zugang und den Aufzug im Gebäude erfüllt die Schule auch wesentliche räumliche Voraussetzungen für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen.

Die Astrid-Lindgren-Schule verfügt über ein Leitbild und eine Erziehungsvereinbarung, an deren Entwicklung Eltern und Lehrkräfte beteiligt waren. Das Angebot der Grundschule umfasst wochentags eine pädagogische Mittagsbetreuung, die im Herbst 2011 von 64 Kindern in Anspruch genommen wurde. Nach Angaben der Schulleitung können auch individuelle Betreuungspläne erstellt werden. Vorlaufkurse für noch nicht schulpflichtige Kinder aus dem weiteren Umkreis werden seitens der Schule ebenso angeboten wie Förderkurse für Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften, Sprachkurse, Arbeitsgemeinschaften im musischen und im sportlichen Bereich sowie Hochbegabtenförderung. Bewegung und Ernährung besitzen für die Schule, die in diesen Bereichen Teilzertifikate erworben hat, einen hohen Stellenwert. Die Grundschule thematisiert außerdem beispielsweise Fragen der Gesundheitsförderung und der Gewaltprävention. Verschiedene Projekte werden auch mit Unterstützung durch die umliegenden Betriebe durchgeführt.

Das Schulgebäude ist zusätzlich ein Mittelpunkt des öffentlichen Lebens im neuen Stadtteil Fulda Galerie und bietet Raum für die verschiedensten Aktivitäten. So steht der Schulhof außerhalb der Schulzeiten auch Jugendlichen offen und die integrierte Sporthalle wird auch von Vereinen genutzt. Im Gebäude untergebracht ist auch die Stadtteilbibliothek, die zweimal wöchentlich öffnet und rege in Anspruch genommen wird. Die Schule organisiert hier Ausstellungen. Bürgerversammlungen und auch andere Veranstaltungen finden bei Bedarf in den Räumlichkeiten der Schule statt wie beispielsweise Treffen der örtlichen Frauengruppe. In der Schulmensa können zudem private Feierlichkeiten abgehalten werden.

Die bei der Errichtung zunächst zweizügig ausgelegte Grundschule ist im Rahmen des Konjunkturprogramms um vier Klassen erweitert und dadurch zu einer dreizügigen Schule ausgebaut worden (vgl. Abbildung 5). Der Anbau erfolgte in Massivbauweise und fügt sich unmittelbar in den bereits vorhandenen Gebäudekubus ein. Hierzu ist eine von Stahlbetonstützen getragene Hohlkörperdecke eingezogen worden, so dass das Obergeschoss um die benötigte Fläche für die vier zusätzlichen Klassenräume inklusive Flur vergrößert werden konnte. Insgesamt handelt es sich um eine Zunahme in der Fläche um 325 qm. Die nach Süden ausgerichteten Fens-

terflächen der Klassenzimmer sind mit Sonnenschutzglas ausgestattet, um eine übermäßige Aufwärmung der Räume zu verhindern. Da an dieser Gebäudefront der Schulhof sowie der Sportplatz anschließen, wobei Letzterer auch für Ballspiele genutzt wird, wurde ein ballwurfsicheres Sonnenschutzglas verwendet.

Abbildung 5: Astrid-Lindgren-Schule in Fulda

Quelle: Stadt Fulda (Pressestelle).

Auftragsvergabe

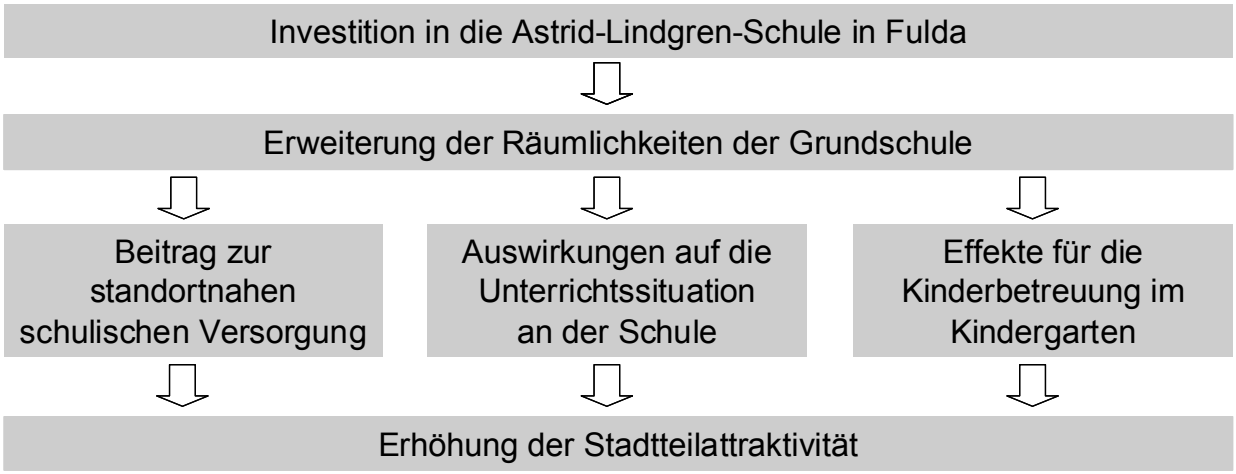
Bei der Auftragsvergabe kamen in erster Linie Firmen aus der näheren Umgebung zum Zuge. Etwa drei Viertel des Auftragsvolumens entfiel allein auf Firmen aus dem Landkreis Fulda, so dass von der Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule positive Effekte auf die heimische Wirtschaft ausgingen. Die Ausschreibung erfolgte zu einem relativ frühen Zeitpunkt, so dass keine Beeinträchtigungen der Ausschreibungsbeteiligung festgestellt werden konnten. Auch wurden keine Verzögerungen oder Engpässe bei der Auftragsbearbeitung beobachtet. Das Spektrum profitierender Firmen reicht vom Architekten und Ingenieur bis zu Betrieben, die Rohbau- und Dacharbeiten, Heizungs-, Sanitär- und Elektroarbeiten, Trockenbau-, Estrich-, Putz-, Fliesen-, Maler-, Schreiner-, Metallbau- oder Schlosserarbeiten ausführen.

Leistungsabgabeseitige Effekte der Maßnahme

Abbildung 6 verdeutlicht schematisiert die leistungsabgabeseitige Wirkungsweise der Infrastrukturinvestition. Die Investitionen an der Astrid-Lindgren-Schule dienen in erster Linie dazu, das Raumangebot dem erwarteten Anstieg der Schülerzahlen anzupassen. Der Erweiterungsbedarf zeichnete sich schon bald nach dem Neubau der Schule aufgrund des starken Zuzugs von Familien mit Kindern im Einzugsbereich ab. Sowohl im Schuljahr 2010/2011 als auch im Schuljahr 2011/2012 sind die neu eingeschulten Kinder auf drei Klassen verteilt worden. Für das Schuljahr 2013/2014 wird erwartet, dass alle Jahrgänge dreizügig sind. Damit wird die im Vorfeld der Baumaßnahme angenommene Entwicklung des Bedarfs an Schulplätzen im Einzugsbereich der Astrid-Lindgren-Schule bestätigt.

Mit Blick in die Zukunft gehen Stadt und Schulleitung von einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen aus. Bei vorgegebenen Schülerhöchstzahlen für die Klassen von maximal 25 Schülerinnen und Schülern in der Grundschule[29] werden die vorhandenen Raumkapazitäten daher – trotz der bereits erfolgten Erweiterungsmaßnahme – mittelfristig möglicherweise erneut an ihre Grenzen stoßen.

Abbildung 6: Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Astrid-Lindgren-Schule“ in Fulda



Quelle: Hessen Agentur.

Die Entscheidung zur Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass von den Eltern in der Regel eine räumlich möglichst nahe Bereitstellung von Schulplätzen (und Betreuungsangeboten wie beispielsweise der pä-

29 Vgl. Verordnung über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen, unter http://www.kultusministerium.hessen.de, Stand: Oktober 2011.

dagogischen Mittagsbetreuung) gewünscht wird. Durch eine hinreichende Bereitstellung von Schulplätzen für die Kinder im Einzugsbereich der Astrid-Lindgren-Schule werden für Eltern und Kinder ansonsten anfallende Wege zu weiter entfernten Schulen vermieden. Die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule sichert insofern die standortnahe schulische Versorgung.

Die infrastrukturellen Gegebenheiten bilden den Rahmen für den Schulunterricht, die Vermittlung des Lernstoffs durch die Lehrkräfte und das Lernen der Schülerinnen und Schüler. Durch die räumliche Erweiterung kann eine größere Zahl an Kindern unterrichtet werden, ohne dass sich beengte räumliche Verhältnisse hinderlich auswirken. Inwieweit ein positiver Zusammenhang zwischen Klassengröße und Unterrichtsqualität bzw. Entwicklungsperspektiven der Schülerinnen und Schüler vorliegt, ist in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion umstritten. Argumente für kleinere Klassen – gerade auch an Grundschulen – sind zum Beispiel die Möglichkeit, im Rahmen des Unterrichts stärker individuell auf die Schülerinnen und Schüler sowie insbesondere benachteiligte Kinder einzugehen, oder Effekte auf das Wohlbefinden und die Gesundheit von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern.[30] Nach der Erweiterung der Raumkapazitäten und dem Ausbau zu einer dreizügigen Grundschule liegt die Klassengröße an der Astrid-Lindgren-Schule in der Regel unterhalb der Schülerhöchstzahlen, welche die Verordnung des Landes über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen vorsieht.

Mit der Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule sind zudem Effekte für die Kinderbetreuung im Bereich des Kindergartens verbunden. Die Erweiterung der Schule erlaubt es, in dem Gebäude zusätzlich und über einen separaten Eingang erreichbar bis auf weiteres eine Kindergartengruppe des unmittelbar benachbarten Kindergartens des Wohngebiets Fulda Galerie unterzubringen. Die Raumkapazitäten können flexibel genutzt werden.

Für junge Paare, Alleinerziehende und Familien mit Kindern erhöht sich die Attraktivität eines Wohnorts durch entsprechende Angebote der schulischen Versorgung, eine gute Unterrichtssituation sowie die Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Verschiedene international vergleichende Studien belegen einen Zusammenhang zwischen dem Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und der Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen.[31] So wird nach Aussagen der Stadt Fulda im Rahmen des Projekts Fulda Galerie unter anderem mit dem bestehenden Schul- und Kinderbetreuungsangebot am Standort geworben, um junge Paare, Alleinerziehende und Familien mit Kindern zum Kauf von Bauland zu bewegen. Familien und Alleinerziehende mit Kindern können die Grundstücke zu ermäßigten Preisen erwerben. Die rege

30 Vgl. zum Beispiel Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.) (2009).

31 Vgl. zum Beispiel Eichhorst, W. u. Thode, E. (2010).

Nachfrage nach Bauland und die Entwicklung der Fulda Galerie zeigen, dass es gelungen ist, diese Zielgruppen zu erreichen und zum Zuzug zu bewegen. Die Neubaugebiete der Stadt Fulda müssen sich dabei auch im Standortwettbewerb mit umliegenden Gemeinden behaupten. Anzumerken ist hierzu, dass sich in der Stadt Fulda insgesamt die Zahl der Einwohner zwischen den Jahren 2000 und 2010 um gut 1.800 erhöht, was einem relativen Zuwachs von 2,9 % entspricht. Fulda zählt damit zusammen mit seinen unmittelbaren Nachbargemeinden Eichenzell, Petersberg und Künzell zu den dynamischsten Gemeinden im gesamten Regierungsbezirk Kassel. Ein Grund hierfür dürfte auch die gute Verkehrsinfrastrukturausstattung mit den Autobahnen A 7 und A 66 sowie dem ICE-Knoten sein. Seit dem Jahr 2005 hat die Stadt Fulda zudem signifikant als Arbeitsort an Bedeutung gewonnen. In nur fünf Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 7 % angestiegen. Nach der aktuellen Regionalprognose der Hessen Agentur dürfte sich die überdurchschnittlich positive demografische Entwicklung der Stadt Fulda auch in Zukunft weiter fortsetzen. So ist bis zum Jahr 2030 mit einem weiteren Bevölkerungszuwachs in Höhe von rund 3 % zu rechnen.[32]

Fazit

Die Räumlichkeiten an der Astrid-Lindgren-Schule werden – wie auch die Ergebnisse der Schulinspektion, die in diesem Zusammenhang Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern befragt hat, belegen – positiv gesehen. Das Gebäude vermittelt einen freundlichen und gepflegten Eindruck, so dass sich nach Ansicht der Schulleitung sowohl das Personal als auch die Kinder wohlfühlen können. Hierzu hat auch beigetragen, dass bei der Planung des Gebäudes die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule beteiligt wurden und Anregungen, zum Beispiel zur Optimierung der Raumaufteilung, aufgegriffen werden konnten.

Die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule wurde durch die Pressearbeit der Stadt Fulda und eine Berichterstattung in den lokalen Medien – beispielsweise in der „Fuldaer Zeitung“ und den regionalen Nachrichtenportalen im Internet – begleitet. Die Entwicklung der Schule ist insbesondere auch für den Erfolg des Projekts Fulda Galerie von hoher Bedeutung. Ohne das Konjunkturprogramm sei die Erweiterung der Grundschule, so die Aussage der Verantwortlichen, in den nächsten Jahren kaum zu realisieren gewesen.

32 Vgl. http://www.hessen-gemeindelexikon.de, Stand: Januar 2012.

5.2 Fallbeispiel „Grundschule Seckmauern, Lützelbach“

Kurzbeschreibung:	Sanierung der Heizzentrale der Grundschule in Lützelbach-Seckmauern sowie der zugehörigen Steinbachtalhalle, Anschluss der Schule an die Heizzentrale der Halle (Öl / Pellets), Pelletlagerraum
Anmeldender:	Landkreis Odenwald (Regierungsbezirk Darmstadt)
Investitionsvolumen:	rund 251 Tsd. Euro
Finanzierungsstruktur:	Landesprogramm: 250 Tsd. Euro (5/6 Landesvolumen, 1/6 kommunales Volumen) zusätzliche Eigen- und Drittmittel: rund 1 Tsd. Euro
Inbetriebnahme:	März 2010
Hintergrund:	(umwelt-)politische Zielsetzung, Sanierungsbedarf
Ergebnisse:	- zusätzliche Nachfrage im Rahmen der Leistungserstellung - ökologische Auswirkungen und Beitrag zur Förderung des Images der Region als Vorreiter im Bereich erneuerbarer Energien - betriebswirtschaftliche Auswirkungen und Beitrag zur dauerhaften Entlastung des kommunalen Haushalts - Effekte auf die regionale Wirtschaft durch eine veränderte Rohstoffnachfrage - Effekte auf das Umweltbewusstsein bzw. die umweltpolitische Bildung der Bevölkerung

Hintergrund und Ziel der Maßnahme

Die drei südhessischen Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis haben am Projekt „Bio-REGIONEN Holz“ der hessischen Landesregierung

teilgenommen und sich zur „BIOREGIO Holz Odenwald-Bergstraße“ zusammengeschlossen. Angestrebt wurde insbesondere die systematische Umstellung der Wärmeversorgung der kreiseigenen Liegenschaften von fossilen Energieträgern auf Holz. Die lokalen Voraussetzungen in der relativ stark bewaldeten Region wie das Rohstoffvorkommen, ansässige Sägebetriebe und Forst-Dienstleistungsunternehmen prädestinieren die Region für die Nutzung von Holzbrennstoffen, wie im abschließenden Bericht zur BIOREGIO Holz Odenwald-Bergstraße dargelegt wird.[33] Die Sanierung der Heizanlage in Lützelbach ist in diesem Kontext zu sehen. Der Odenwaldkreis zeichnet sich generell durch intensive Bestrebungen im Bereich erneuerbare Energien und Klimaschutz aus, wie beispielsweise auch die Netzwerkinitiative „Cluster Erneuerbare Energie Odenwaldkreis (CLEO)“ oder die Beteiligung des Landkreises am Projekt „KlimaRegio“ belegen.[34] Politisches Ziel des Kreises ist langfristig die bilanziell vollständige Erzeugung der benötigten Energie mit regionalen Ressourcen, und dies unter Einbindung der regionalen Wirtschaft.

Die Kreisverwaltung sieht bei ihren Liegenschaften einen hohen Sanierungsbedarf, der die technische Gebäudeausrüstung insgesamt und speziell auch die Heizungsanlagen betrifft. Die bisherigen Heizungsanlagen der Grundschule im Lützelbacher Ortsteil Seckmauern und der Steinbachtalhalle stammen aus den 1980er Jahren. Lediglich der Schaltschrank in der Halle wurde 2008 ausgetauscht. Insofern lag speziell für diese Einrichtungen ein hoher Bedarf zur vollständigen Sanierung bzw. Modernisierung des Heizsystems vor. Die vorhandenen Anlagen waren ineffizient und veraltet. Eine zentrale, für mehrere Gebäude nutzbare Heizungsanlage und die Umrüstung auf erneuerbare Energien (Pellets) sind vor diesem Hintergrund von der Kreisverwaltung als wirtschaftlich sinnvolle Variante der Sanierung eingeschätzt worden.

Beschreibung der Maßnahme

Die Konjunkturprogramme des Jahres 2009 stellten für die Kreisverwaltung eine Chance zur Investition in den vorhandenen Gebäudebestand dar. Sie sind unter anderem für die energetische Sanierung der Grundschule in Lützelbach-Seckmauern genutzt worden. In einer weiteren Maßnahme erfolgte außerdem die Ausstattung der zur Schule gehörenden Sportflächen (Laufbahn, Weitsprungbahn) mit Kunststoffbelägen. Nach Bekanntgabe der Förderfähigkeit der beantragten Maßnahme durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen im Juni 2009 wurde mit der Sanierung der Heizungsanlage bereits im August 2009 im Zuge der Demontage der bisherigen technischen Ausrüstung begonnen. Nach erfolgter Bauausführung konn-

33 Vgl. http://www.bioregio-odenwald-bergstrasse.de/pdf/Abschlussbericht%202009_Web_ohne_Kostenabr.pdf, Stand: Mai 2011, S. 5f.

34 Für nähere Informationen zu den Initiativen des Odenwaldkreises vgl. http://www.odenwaldkreis.de, Stand: August 2011.

te diese Maßnahme dann im März 2010 in Betrieb genommen werden. Die Abnahme durch den Bauherrn erfolgte 2011.

Die Maßnahme betrifft den Altbau und den Neubau der Grundschule in Seckmauern sowie die angrenzende Steinbachtalhalle. Die öffentliche Grundschule ist zweizügig ausgebaut und wird im Jahr 2011 von rund hundert Schülern besucht, die vor allem aus Seckmauern und dem benachbarten Ortsteil Haingrund stammen. Die Mehrzweckhalle wird von der Schule und von lokalen Vereinen genutzt, was eine hohe Auslastung gewährleistet. Außer für Sportaktivitäten steht die Steinbachtalhalle beispielsweise auch für kulturelle und gesellige Veranstaltungen zur Verfügung. So gehört zur Halle auch ein Bühnenanbau, der sich in Gemeindeeigentum befindet.[35]

Die bisherige Ölheizung der Schule wurde im Rahmen der Baumaßnahme stillgelegt. Eine unterirdische Nahwärmeleitung mit einer Übergabestation, die eine Leistung von 125 kW erbringt, verbindet nun die Schule mit der Steinbachtalhalle, deren Anlagentechnik modernisiert wurde (Wärmeerzeuger, Wärmeverteilung, Warmwasseranlage, Trinkwasserhauptverteilung etc.). Durch die neue Anlage werden nun sowohl die Grundschule als auch die Steinbachtalhalle beheizt. Sämtliche Heizkörper und relevanten Versorgungsleitungen in den betreffenden Gebäuden wurden einem hydraulischen Abgleich unterzogen, um das Funktionieren der Anlage mit dem gewünschten Ergebnis sicherzustellen. Eine zukünftige Erweiterung der Anlagennutzung zugunsten des benachbarten Kindergartens wird seitens der Kreisverwaltung als synergetisch sinnvoll gewertet und ist daher technisch bereits bei der Baumaßnahme vorgesehen worden.

Die Sanierung umfasste in Bezug auf die Heizwärmeerzeugung die Installation eines bivalenten Energiesystems in der Heizzentrale der Steinbachtalhalle. Dieses bivalente Energiesystem wird einerseits aus einem Pelletkessel mit 100 kW Kesselleistung und einem bis zu 10 Tonnen fassenden Lager für Holzpellets oberhalb der Heizzentrale, andererseits aus einem Niedertemperaturkessel für Öl mit 240 kW Leistung gebildet. Die bisherigen Heizanlagen basierten hingegen ausschließlich auf dem Rohstoff Öl. Um auch eine effiziente Nutzung der erneuerbaren Energien zu gewährleisten, sind im Vorfeld bereits eine Fassadensanierung und der Einbau neuer Fenster vorausgegangen. Der Pelletkessel übernimmt die Erzeugung der Grundlastwärme. Über Zwischenspeicher ist eine Pufferung möglich. Die maximal mögliche Betankung des Pelletlagers erlaubt dabei einen Betrieb der Heizanlage von ca. vier bis sechs Wochen. Zur Deckung von Bedarfsspitzen z. B. im Winter oder bei Schulbeginn kommt die Ölheizung zum Einsatz.

35 Für nähere Informationen zur Grundschule Seckmauern vgl http://www.gs-seckmauern.de, Stand: September 2011.

Abbildung 7: Heizungsanlage der Grundschule Seckmauern in Lützelbach

Quelle: Odenwaldkreis (Bau- und Immobilienmanagement).

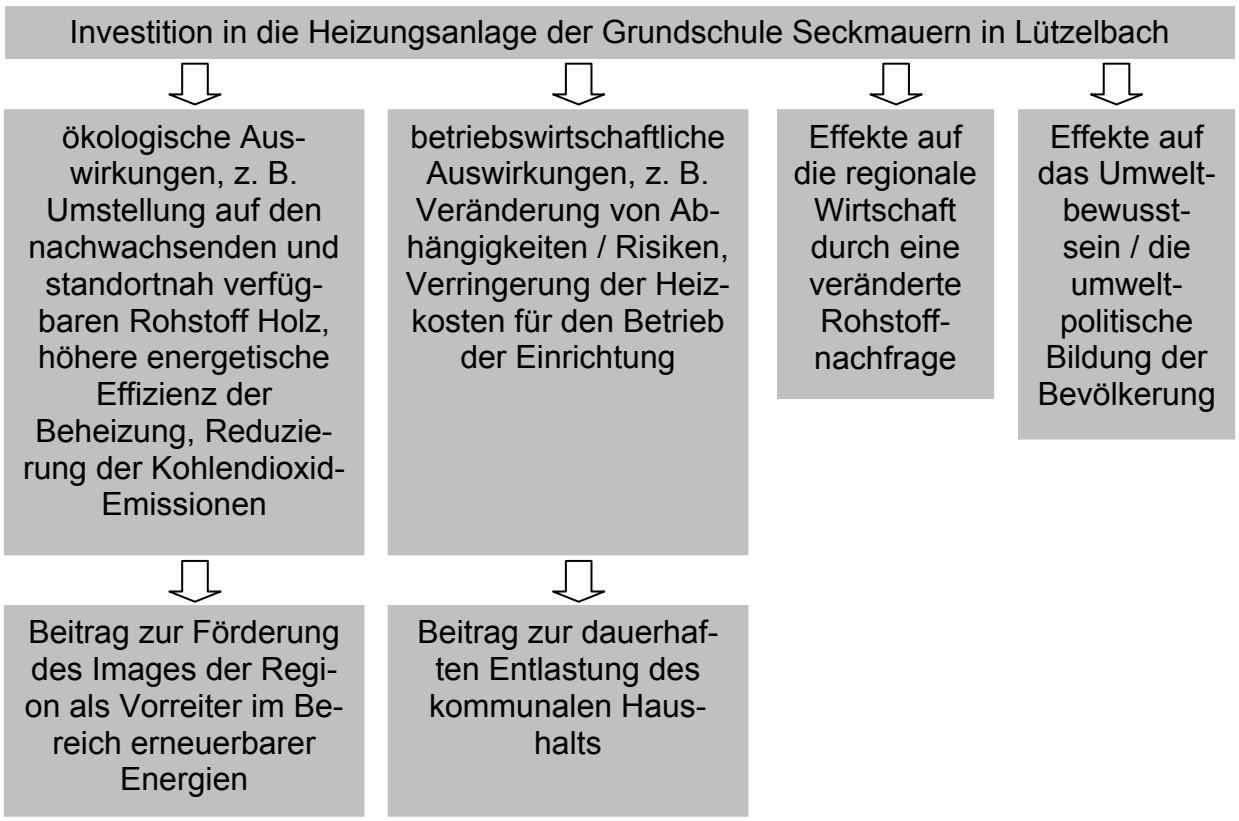
Auftragsvergabe

Bei der Auftragsvergabe für die Sanierung der Heizungsanlage kamen weitestgehend regionale Firmen aus dem Odenwaldkreis, zum Teil sogar direkt aus Lützelbach zum Zuge. Kurze Anfahrtswege und schnelle Reaktionszeiten waren beim Umbau während laufendem Schulbetrieb von großem Vorteil. Auch die Holzpellets werden von regionalen Händlern bezogen. Neben dem Ingenieurbüro, das mit der Planung betraut wurde, profitierten unter anderem Handwerksunternehmen aus den Bereichen Heizungsbau, Bau-, Maurer-, Elektro- und Schreinerarbeiten von der Maßnahme. Kapazitätsengpässe konnten im Verlauf der Baumaßnahme nicht beobachtet werden.

Leistungsabgabeseitige Effekte der Maßnahme

Die nachstehende Abbildung 8 stellt schematisiert die leistungsabgabeseitige Wirkungsweise der Infrastrukturinvestition dar.

Abbildung 8: Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Grundschule Seckmauern“ im Odenwaldkreis



Quelle: Hessen Agentur.

Infolge der vorgenommenen Investition kann der Heizbedarf der Grundschule Seckmauern einschließlich der Steinbachtalhalle überwiegend durch den nachwachsenden Rohstoff Holz gedeckt werden. Aus ökologischer Sicht stellt dies einen Beitrag zur Schonung der endlichen Ressource Öl dar. Ca. drei Viertel des Leistungsbedarfs können nach den bisherigen Erfahrungen des Odenwaldkreises mit der neuen Heizanlage über Holzpellets abgedeckt werden. Der Rohstoff ist standortnah verfügbar, so dass gemäß der Einschätzung der Kreisverwaltung eine Versorgung ohne lange Transportwege sichergestellt ist.

Die Ölkessel der alten Heizanlagen der Grundschule Seckmauern und der Steinbachtalhalle hatten zusammen eine Leistung von rund 410 kW. Die neue Heizanla-

ge hat eine Leistung von insgesamt 340 kW. Zu einer Senkung des Energieverbrauchs bzw. einer effizienten energetischen Nutzung tragen in diesem Zusammenhang auch die im Vorfeld an der Einrichtung vorgenommenen Dämmungsarbeiten bei.

Ein weiterer aus ökologischer Sicht begrüßenswerter Aspekt stellt nach Einschätzung der Kreisverwaltung die Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen durch die Sanierung der Heizanlage dar. Dadurch wird ein Beitrag zur Reduzierung des Treibhauseffektes geleistet. Es wird von einer Kohlendioxid-Einsparung von etwa 75 Tonnen jährlich ausgegangen.

Für den Odenwaldkreis, der sich als Vorreiter in der Anwendung von erneuerbaren Energien etablieren möchte und langfristig die bilanziell vollständige Erzeugung der benötigten Energie mit regionalen Ressourcen und unter Einbindung der regionalen Wirtschaft anstrebt, sind Projekte wie die Sanierung der Heizanlage in Lützelbach ein Baustein auf dem Weg zur Erreichung dieser Zielsetzungen. Diese dürften in der Öffentlichkeit zum Aufbau eines entsprechenden Images beitragen.

Außerdem ergeben sich durch die Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz geänderte Abhängigkeiten und Risiken hinsichtlich der Versorgung. Aufgrund der Rohstoffverfügbarkeit in Standortnähe wird seitens der Kreisverwaltung von verhältnismäßig geringen Transport- und Versorgungsrisiken zur Gewährleistung der Beheizung der Gebäude ausgegangen.

Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive ist zudem von Bedeutung, dass die Sanierung der Heizanlage zu einer Verringerung der Kosten für den Betrieb der Einrichtungen geführt hat. Nach Einschätzung der Kreisverwaltung sind die jährlichen Energiekosten für den Betrieb der Einrichtungen gegenüber der Situation vor Maßnahmendurchführung um 15 bis 20 % gesunken. Das Einsparpotenzial wird angesichts im langfristigen Trend voraussichtlich steigender Rohstoffpreise, insbesondere auch erwarteter Preisanstiege beim Heizöl, als besonders wichtig empfunden.

Die Kreisverwaltung sieht vor diesem Hintergrund die Wirtschaftlichkeit der Investition als gegeben an und erwartet mittelfristig eine Amortisation der zunächst hohen Investitionskosten für die Sanierung der Heizanlage. Die verringerten laufenden Kosten für den Betrieb der Einrichtungen wirken sich positiv auf die Haushaltslage des Kreises aus.

Zudem wird durch den regionalen Bezug der Holzpellets über die unmittelbare Leistungserstellung im Rahmen der Maßnahme hinaus zur regionalen Wertschöpfung beigetragen. Holzpellets sind ein Brennstoff, der aus Holz und Sägenebenprodukten hergestellt wird. Diese Verwertung von Abfallprodukten der Holzindustrie im Rahmen der Pelletsproduktion stellt für die regional ansässigen Betriebe eine zusätzli-

che Einkommensoption dar. Die Einbindung der regionalen Wirtschaft in die benötigte Energieerzeugung ist daher ein zentraler Aspekt des Konzepts des Odenwaldkreises. Dies entspricht dem Ansatz einer nachhaltigen Regionalentwicklung, bei dem die Stoffkreisläufe und einzelnen Stufen der Wertschöpfungskette möglichst innerhalb der Region stattfinden.

Die Maßnahme leistet zudem auch einen Beitrag zur umweltpolitischen Aufklärung und Aktivierung. Die Sanierung der Heizanlage mit Rückgriff auf ein bivalentes Energiesystem ist während der Umsetzung der Maßnahme bei Schulkindern, Eltern, Lehrkräften und Nachbarschaft auf ein starkes Interesse gestoßen, wie von den zuständigen Mitarbeitern der Kreisverwaltung berichtet wird. Der Pilotcharakter der Anlage wurde in diesem Zusammenhang erläutert und Bedenken einer Belastung der Nachbarschaft durch die Anlage konnten zerstreut werden. Von hieraus resultierenden Nachahmeffekten können weitere Impulse für die regionale Wirtschaft ausgehen. Die Anlage kann nach Aussage der Kreisverwaltung auch im Rahmen des Schulunterrichts zur Veranschaulichung der umweltpolitischen Ziele und technischen Möglichkeiten der Nutzung nachwachsender Rohstoffe herangezogen werden.

Fazit

Die erfolgreiche Sanierung der technischen Gebäudeausrüstung an der Grundschule Seckmauern einschließlich Steinbachtalhalle wurde bereits im Rahmen zweier Veranstaltungen präsentiert und auch in der lokalen Presse, z. B. im Magazin „odenwald*regional*“ oder dem „Darmstädter Echo“ vorgestellt. Im Dezember 2009 fand die Abschlussveranstaltung der „BIOREGIO Holz Odenwald-Bergstraße“ auf dem Schulgelände statt. Hierbei bestand Gelegenheit zur Besichtigung der Heizzentrale und des Pelletlagers in der Steinbachtalhalle. Weiterhin war die sanierte Heizanlage im Oktober 2010 ein Aktionspunkt der „Europäischen Biomasse-Tage der Regionen“ in Hessen, bei denen die Öffentlichkeit sich über die Möglichkeiten der Nutzung nachwachsender Rohstoffe informieren konnte. All dies verdeutlicht die hohe Ausstrahlungskraft des Projekts.

5.3 Fallbeispiel „Hallenbad Kostheim, Wiesbaden“

Kurzbeschreibung:	Sanierung des Hallenbads Kostheim
Anmeldender:	Stadt Wiesbaden (Regierungsbezirk Darmstadt)
Investitionsvolumen:	rund 834 Tsd. Euro
Finanzierungsstruktur:	Landesprogramm: 834 Tsd. Euro (5/6 Landesvolumen, 1/6 kommunales Volumen)
Inbetriebnahme:	Oktober 2009
Hintergrund:	Sicherung der Grundversorgung, Sanierungsbedarf, Anpassung an geänderte Standards
Ergebnisse:	- zusätzliche Nachfrage im Rahmen der Leistungserstellung - Verringerung der laufenden Betriebskosten und des künftigen Investitionsbedarfs - Beitrag zur dauerhaften Entlastung des kommunalen Haushalts - positive Folgewirkungen für Hygiene, Sicherheit und Wohlbefinden der Kunden - Steigerung der Gästezahlen - Sicherung der Grundversorgung und Verbesserung der Wohnortqualität - ökologische Auswirkungen und Erhöhung der Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung

Hintergrund und Ziel der Maßnahme

Zu den traditionell kommunal wahrgenommenen Aufgaben gehört die Sicherung der Grundversorgung im Bäderbereich. In Wiesbaden unterhält der mattiaqua – Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit der Stadt Wiesbaden insgesamt drei Hallenbä-

der, vier Freibäder, zwei Thermen, zwei Freizeitgelände und eine Kunsteisbahn. Das von mattiaqua betriebene Hallenbad Kostheim[36] gewährleistet die Grundversorgung im Bäderbereich als Stadtteilbad für den Raum Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim (die sogenannten AKK-Stadtteile im Südosten Wiesbadens).

Nach Angaben des Betreibers wurde für das in den 1970er Jahren eröffnete Bad ein dringender Sanierungsbedarf festgestellt. Insbesondere wies der Beckenkopf des als Kombination mit Sprung-, Schwimmer- und Nichtschwimmerbereich angelegten Schwimmbeckens nach langjähriger Betriebsdauer eine gravierende Undichtigkeit auf. Dies hatte einen hohen Wasserverlust mit entsprechenden Kosten wie auch eine fortschreitende Schädigung von Gebäudeteilen zur Folge.

Zudem bestand Handlungsbedarf zur Anpassung der Sanitäranlage an die geltende Trinkwasserverordnung bzw. an aktuelle Standards. Die bisherige Versorgung der Duschen mit zentral vorgemischtem Duschwasser wurde unter hygienischen Gesichtspunkten als potenziell problematisch eingestuft. Eine technische Umrüstung der Duschanlage entsprechend den Vorgaben der gültigen Verordnung bzw. des Arbeitsblatts W 551 des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V.[37] war daher nach Auskunft des Betreibers unumgänglich.

Wesentliche Zielsetzungen der Maßnahme im Kostheimer Hallenbad, die im Rahmen des Konjunkturprogramms erfolgte, sind daher die Wiederherstellung der Dichtigkeit und vollumfänglichen Funktionalität des Beckenkopfes sowie die Verbesserung der Hygiene gewesen. Damit sollten die notwendigen Voraussetzungen für die dauerhafte Fortsetzung des Badebetriebs geschaffen werden. Weiterhin ist aber auch ein erhöhter Komfort für die Badegäste angestrebt worden.

Beschreibung der Maßnahme

Nach Bekanntgabe der Förderfähigkeit der beantragten Maßnahme und der Ausschreibung der Maßnahmen im Juni 2009 konnte der Baubeginn zeitnah – nämlich im Juli 2009 – erfolgen.[38] Eine zeitweise Schließung der Schwimmhalle und damit der Ausfall des Badebetriebs waren erforderlich. Dies konnte allerdings durch den im Sommer laufenden Betrieb des nahegelegenen Freibades Maaraue zumindest teilweise kompensiert werden. Nach erfolgter Bauausführung konnte das sanierte Hallenbad dann bereits im Oktober 2009 wieder in Betrieb genommen werden.

36 Für nähere Informationen zum Hallenbad Kostheim http://www.wiesbaden.de/sport/baeder/kostheim/index.php, Stand: Oktober 2011.

37 Vgl. http://www.dvgw.de, Stand: Oktober 2011.

38 Als Maßnahmenbeginn ist gemäß Förderrichtlinie der Vertragsabschluss über wesentliche Teile des Vorhabens zu verstehen.

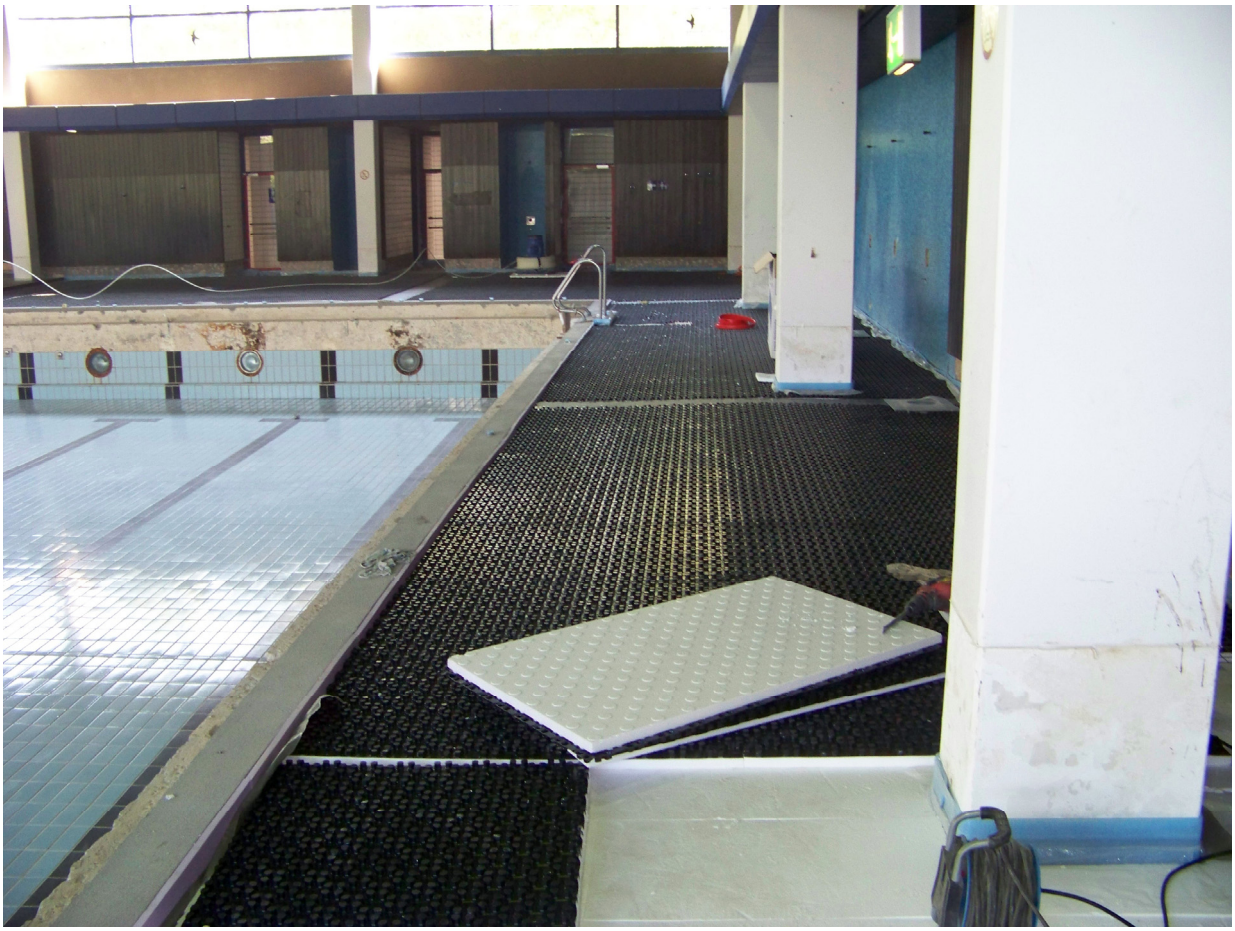
Genutzt wird das Hallenbad Kostheim von der ortsansässigen Bevölkerung, aber auch von Schulen, Sport- und Schwimmvereinen sowie weiteren Nutzergruppen (insbesondere Polizei und Bundeswehr). Insgesamt dürfte von einem Einzugsgebiet mit einem Radius von ca. 25 bis 30 km auszugehen sein, das damit weit über die AKK-Stadtteile hinausreicht.

Zur Einrichtung des Bades gehören neben dem Schwimmbereich – kombiniert aus einem 25-Meter-Schwimmerbecken, einem Nichtschwimmerbecken und Sprungbucht – unter anderem ein Mutter-Kind-Bereich (Kleinkinderbecken), eine Saunalandschaft mit Frischluftzone (257 qm Innensauna, 245 qm Außensauna) sowie der 4.000 qm große Außenbereich mit Liegewiese, Sportflächen (Tischtennisplatten, Beachvolleyball-Feld) und Wasserspielplatz. Den Badegästen stehen ein Restaurant und 100 Parkplätze zur Verfügung. Zum Programm gehören auch Angebote wie Schwimm-, Gymnastik- oder Aquafitness-Kurse.

Das Personal des Hallenbades Kostheim umfasste im September 2011 zwei Personen in der Leitung, vier Personen in der Schichtführung, zwei Personen im Kassendienst, eine Person in der Kursleitung sowie mehrere Personen, die als Badewärter/innen tätig sind.

Die Sanierung des Hallenbads Kostheim beinhaltete die Sanierung von Beckenkopf und Beckenumgang (Abbruch, Abdichtung und keramische Auskleidung), die Umgestaltung der Beckenhydraulik und die Anpassung der Beckenwasserbeheizung, die Erneuerung der Fußbodenheizung sowie den Austausch der Unterwasserbeleuchtung (Einsatz von LED). Weitere Teilmaßnahmen waren die Anpassung der Sanitäranlage (Duschen) an die Vorgaben der Trinkwasserverordnung, der Austausch von defekten Türen bzw. Rollgittern sowie der defekten Doppelverglasung der Schwimmhalle und die Erstellung eines barrierefreien Zugangs zum Außenbereich (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Sanierung des Hallenbads Kostheim in Wiesbaden



Quelle: Stadt Wiesbaden (mattiaqua – Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit).

Der Beckenkopf besteht aus einem keramischen Rinnenstein mit passender Abdeckung. Der Beckenkörper ist vollumfänglich von einer solchen Rinne eingefasst. Dies dient im Wesentlichen dazu, Schwall- und Verdrängungswasser aufzunehmen, welches anschließend in die Beckenwasseraufbereitungsanlage weitergeleitet wird. Im Rahmen der Sanierung wurde dieser Beckenumgang abgehoben und erneuert. Dies beinhaltete die Aufbringung einer Mehrschichtabdichtung ebenso wie die Montage der in der Schwimmhalle erforderlichen Bodenabläufe mit integriertem Brandschutz. Auch die Fußbodenheizung wurde in diesem Zusammenhang erneuert. Der keramische Bodenbelag wurde optisch ebenso wie der Bereich der Kaltwasserduschen in der Schwimmhalle umgestaltet.

Eine weitere wesentliche Veränderung der Beckenanlage fand im Bereich Beckenwasserhydraulik statt. Die horizontale Durchströmung wurde in eine Strahlenturbolenz überführt. Der technologische Unterschied zwischen diesen beiden Strömungs-

systemen betrifft die Wasserverdrängung und die Wasserrückführung in die Aufbereitungsanlage. Während im Fall der horizontalen Durchströmung sich Wasserzuführung und Wasserabführung auf einander gegenüberliegenden Beckenwandseiten befinden, sind im System mit Strahlenturbolenz ringsum in sämtlichen Wandflächen des Schwimmbeckens Druckeinläufe installiert. Die gesamte umgewälzte Wassermenge wird dabei über eine größere Überlaufrinne der Aufbereitungstechnik zugeführt, während bei der herkömmlichen Hydraulik nach Angaben des Betreibers des Hallenbads lediglich etwa 30 % der Umwälzmenge über das Überlaufsystem zurückgeführt werden konnten.

Zudem wurden die Wärmetauscher für die Aufheizung des Beckenwassers ersetzt. Im Zuge dessen wurde der altgediente Gegenstromapparat gegen einen Plattenwärmetauscher mit Steuerung ausgetauscht.

Bei der Modernisierung der Beleuchtungsanlage wurde die Umstellung auf LED-Technik vollzogen. So erfolgte ein Austausch der bislang eingesetzten Quecksilberdampflampen durch LED-Unterwasserscheinwerfer.

Im Bereich der Umkleide und des Zugangs zur Schwimmhalle wurden die Duschanlagen den Erfordernissen der geltenden Trinkwasserverordnung angepasst. Die hierbei vorgenommenen Änderungen gewährleisten eine Versorgung mit Warmwasser und Kaltwasser entsprechend dem vorgeschriebenen Temperaturbereich. Eine Mischung erfolgt erst bei der Wasserentnahme. Dazu mussten hinsichtlich des Sanitärnetzes der Warmwasserverteiler und verschiedene Versorgungsleitungen erneuert werden. Die einzelnen Komponenten des neu installierten Versorgungssystems bestehen aus Edelstahl und sind daher wenig korrosionsanfällig. Zugleich wurden die Duschen mit neuen Armaturen und Duschköpfen in Form von Edelstahlpanelen versehen. Die neuen Duscharmaturen sind mit Piezo-Taster und Thermostaten zur Regulierung der gewünschten Duschtemperatur ausgestattet. Zur Sicherheit der Gäste umfasst das System zudem einen Verbrühungsschutz und Vorrichtungen zur Ansteuerung von Hygienespülungen und zur thermischen Desinfektion, die durch das Personal den Hallenbads zentral ausgelöst und überwacht werden können.

Im Zuge der Sanierung des Hallenbades Kostheim wurden darüber hinaus ältere, defekte Türen und die Verglasung ersetzt sowie die Zu- und Ausgänge im Bereich Schwimmhalle und Kinderbecken mit elektrischen Rollgittern gegen unbefugtes Betreten gesichert. Ferner wurde die Barrierefreiheit im Hallenbad Kostheim erweitert, indem mittels einer Rampe der Zugang zum Außenbereich bzw. zur Liegewiese ermöglicht wurde.

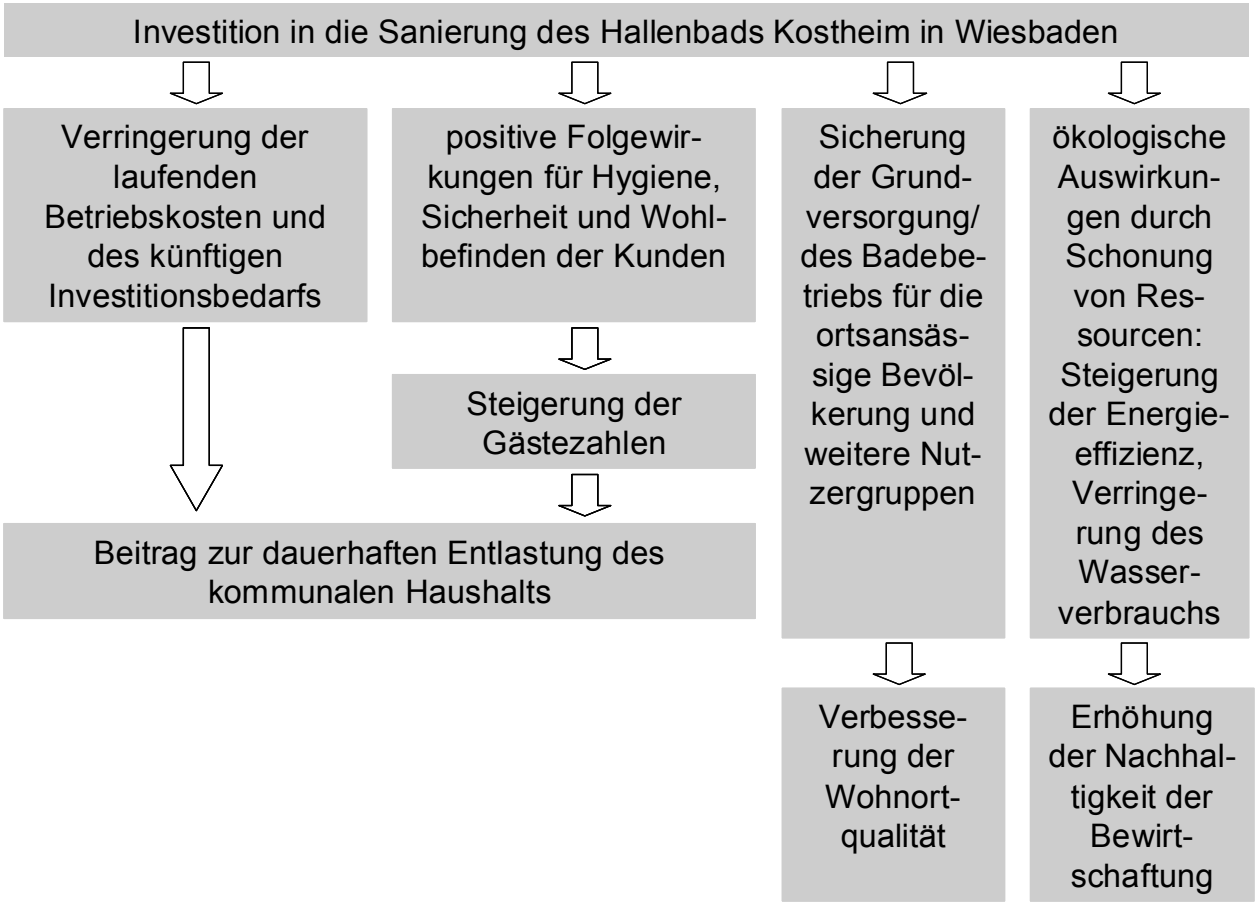
Auftragsvergabe

Fast drei Viertel des Auftragsvolumens entfiel auf Firmen aus Hessen. Häufig waren Firmen mit Sitz in Wiesbaden unter den Auftragnehmern. Die kleineren Aufträge wurden zum Teil über Rahmenverträge mit der Landeshauptstadt Wiesbaden abgewickelt. Die übrigen Aufträge wurden nach Auskunft der Verantwortlichen in andere Bundesländer vergeben. Für einige Aufträge kamen, da es sich um in technologischer Hinsicht sehr spezifische Arbeiten – beispielsweise im Bereich der badetechnischen Sanierung von Großbecken – handelt, bundesweit nur wenige Experten in Frage. Die Bauausführung umfasste die verschiedensten Gewerke. Zu den beauftragten Unternehmen gehören neben Planern und Spezialisten aus der Wassertechnik Betriebe des Baugewerbes, der Bereiche Stahl- und Metallbau, Heizungs- und Sanitärtechnik sowie Elektroinstallation oder beispielsweise auch der Garten- und Landschaftsbau. Ausschreibungen und Umsetzung erfolgten zu einem relativ frühen Zeitpunkt, so dass keine Nachteile bei Auftragsvergabe und -durchführung zu verzeichnen waren.

Leistungsabgabeseitige Effekte der Maßnahme

Die nachstehende Abbildung 10 zeigt schematisiert die leistungsabgabeseitige Wirkungsweise der Infrastrukturinvestition. Durch die Sanierung ist die Dichtigkeit der Beckenanlage wiederhergestellt. Damit verringern sich die laufenden Kosten für den Badebetrieb. Zugleich wird verhindert, dass das Beckenwasser in das Kellergeschoss der Schwimmhalle eindringt und dort Schäden anrichtet. Eine fortschreitende Schädigung des Baubestands hätte zukünftig entsprechend umfangreiche Erhaltungsinvestitionen erforderlich gemacht, um den Betrieb des Bades zur Sicherung der Grundversorgung der Bürger und bestimmter Nutzergruppen aufrecht erhalten zu können. Im Fall des Hallenbads Kostheim betonen die Verantwortlichen die Wichtigkeit des Fortbestands des Bads für die Sicherung der Grundversorgung. Ein weiteres Abwarten hätte auf mittlere Sicht bauliche Investitionen erfordert, deren Ausmaß dasjenige der durchgeführten Sanierungsmaßnahmen übertroffen hätte.

Abbildung 10: Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Hallenbad Kostheim“ in Wiesbaden



Quelle: Hessen Agentur.

Infolge der Verringerung des Wasserverlusts durch die neue Abdichtung werden nach Angaben des Betreibers im Vergleich zum baulichen Zustand vor der Sanierung jährlich 1.300 m^3 Frischwasser eingespart. Legt man Frischwasser-Kosten in Höhe von 2,40 Euro/m^3 sowie Abwasserkosten in Höhe von 2,15 Euro/m^3 zugrunde, so ergibt sich eine Verringerung der Kosten von rund 6 Tsd. Euro p. a.

Auch der Verbrauch von elektrischer Energie ist infolge des Austauschs der Unterwasserscheinwerfer geringer. Aus dem Ersatz von 23 Unterwasserscheinwerfern mit einer Einzelleistung von 400 Watt durch 23 LED-Scheinwerfer mit einer Einzelleistung von 80 Watt resultiert nach Berechnungen des Betreibers eine jährliche Einsparung an Energiekosten von rund 11 Tsd. Euro, so dass sich die neu installierten Scheinwerfer binnen drei Jahren amortisiert haben dürften.

Zudem ist die Energieeffizienz der Wärmeversorgung für das Hallenbad Kostheim gestiegen, da die Wärmetauscher für die Aufheizung des Beckenwassers ersetzt wurden. Die Reduzierung des jährlichen Energieverbrauchs ist nach Angaben des Betreibers mit rund 134 Tsd. Kilowattstunden zu veranschlagen, woraus sich eine monetäre Entlastung von rund 10 Tsd. Euro p. a. ergibt.

Das aus den vorgenannten technischen Umrüstungen resultierende Einsparvolumen für die Landeshauptstadt Wiesbaden bzw. deren Eigenbetrieb beläuft sich nach diesen Schätzungen insgesamt auf rund 27 Tsd. Euro im Jahr.

Zugleich sind mit der Sanierung auch ökologische Effekte einhergegangen. Der neue Wärmetauscher und die neue Unterwasserbeleuchtung tragen ebenso zu Energieeinsparungen bei wie beispielsweise die Ausbesserung der Schwimmhallenverglasung. Die durchgeführte Maßnahme wirkt sich zudem durch die Verringerung des Wasserverbrauchs förderlich auf die Ressourceneffizienz des Badebetriebs aus. Letztlich ist dadurch eine nachhaltigere Bewirtschaftung möglich geworden.

Die Badegäste profitieren in vielfältiger Weise von den verschiedenen baulichen Teilmaßnahmen. So hat sich aufgrund der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse die Sicherheit der Badegäste erhöht, was wiederum auf Seiten der Nutzer zu einer Stärkung des Vertrauens in die technologische Infrastruktur des Hallenbades Kostheim beiträgt. Beispielsweise hat sich die Wasserhygiene in der Beckenanlage durch das Strahlenturbolenz-Zirkulationssystem verbessert. Der Vorteil der neuen technischen Ausstattung liegt nach Auskunft des Betreibers darin, dass die Wasserführung nun vollständig über den Beckenkopf erfolgt. Das Strahlenturbolenzsystem ermöglicht eine beschleunigte Wasserzirkulation. Die Desinfektion des Beckenwassers und die Wasserqualität an der Oberfläche können dadurch nach Aussage der Experten merklich verbessert werden. Der Umbau der Duschanlage trägt nach Aussage der Experten beispielsweise zur Verringerung des Risikos einer Legionellenerkrankung bei.

Aber auch der Komfort für die Badegäste ist infolge der technischen Modernisierung des Hallenbads Kostheim gestiegen. Die neuartige Beleuchtung im Beckenbereich und die stimmige Auswahl der Farben und Fliesengrößen ergeben nach Einschätzung des Betreibers ein im Vergleich zum Zustand vor der Sanierung harmonischeres Gesamtbild. Die erneuerte Fußbodenheizung trägt ebenfalls dazu bei, dass sich die Gäste wohlfühlen, da hierdurch alle Barfußbereiche in der Schwimmhalle angemessen temperiert werden können. Durch die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zu den Außenanlagen wird deren Nutzung zudem für Menschen mit Behinderungen bzw. körperlichen Beeinträchtigungen möglich. Insgesamt ist die Attraktivität des Bades gestiegen.

Die Sanierung und die neuartige Atmosphäre des Bads haben nach Erfahrung des Betreibers bei vielen Gästen Zustimmung gefunden. Auch der Anstieg der Gästezahlen weist auf eine hohe Akzeptanz des Angebots hin. So hat sich die Anzahl der Badegäste zuletzt merklich erhöht. Im Jahre 2010 wurden insgesamt mehr als 180 Tsd. Gäste gezählt gegenüber rund 100 Tsd. Gästen im Jahr 2009 – davon im Jahr 2010 fast 17 Tsd. Angehörige von Schulen, knapp 1 Tsd. Angehörige von Kindertagesstätten, rund 8 Tsd. Angehörige von Vereinen sowie 14 Tsd. Saunagäste. Unter Berücksichtigung der jährlich unterschiedlichen Dauer der Schließzeit ist im Vergleich beider Jahre die Besucherzahl nach Berechnung des Betreibers kalkulatorisch um rund 30 Tsd. Badegäste gestiegen. Die rege Nachfrage nach dem Leistungsangebot trägt einnahmeseitig wiederum zu dessen Finanzierung und zur Verringerung des Bezuschussungsbedarfs der Einrichtung durch den kommunalen Haushalt bei.

Indem das Hallenbad Kostheim auf einen für derartige Anlagen zeitgemäßen Stand gebracht worden ist, wird ein Beitrag zur Grundversorgung der im Einzugsgebiet ansässigen Bevölkerung geleistet. Die mit der Maßnahme einhergehende Ermöglichung der Aufrechterhaltung und Verbesserung des bestehenden Angebots trägt letztlich auch zur Attraktivität der AKK-Stadtteile bei. Zugleich profitieren von den verbesserten Bedingungen im Hallenbad Kostheim Nutzergruppen aus Schulen – beispielsweise im Rahmen des Sportunterrichts –, Vereinen, Polizei und Bundeswehr.

Fazit

Über die Modernisierung des Hallenbades Kostheim ist in der regionalen Presse, beispielsweise im Wiesbadener Kurier, berichtet worden. Das Interesse der Nutzer und die positive Resonanz auf die Maßnahme im Rahmen des Konjunkturprogramms spiegeln sich besonders in einem Artikel anlässlich der Wiedereröffnung des Hallenbads wider, in dem das sanierte Bad als „kleines Gesundheitszentrum“ bezeichnet und gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass die städtische Betreibergesellschaft keine Erhöhung der Eintrittspreise plant.[39] Dies unterstreicht noch einmal, dass es durch die Sanierung des Hallenbads gelungen ist, der regional ansässigen Bevölkerung – und hierbei insbesondere den Bürgern der Stadtteile Mainz-Kostheim, Mainz-Kastel und Mainz-Amöneburg – ein nicht zu unterschätzendes neues Stück Lebensqualität zu geben. Wie beispielsweise der Einbau einer Chlorelektrolyseanlage zeigt, sind seitdem weitere Investitionen erfolgt.

39 Vgl. Wenzel, W. (2009), S. 6.

5.4 Fallbeispiel „Kindertagesstätte Mäuseburg, Lahntal“

Kurzbeschreibung:	An- und Umbau / Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte „Mäuseburg“ in Lahntal-Goßfelden von 3 auf 5 Gruppen
Anmeldender:	Gemeinde Lahntal (Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Gießen)
Investitionsvolumen:	rund 570 Tsd. Euro
Finanzierungsstruktur:	Landesprogramm: 479 Tsd. Euro (5/6 Landesvolumen, 1/6 kommunales Volumen) zusätzliche Eigen- und Drittmittel: rd. 91 Tsd. Euro (davon rund 48 Tsd. zweckgebundener Zuschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf nach Bestimmungen des Kreisjugendplanes)
Inbetriebnahme:	September 2010
Hintergrund:	(familien-)politische Zielsetzung, hohe Kapazitätsauslastung und Erwartung steigender Nachfrage nach Kinderbetreuung, geänderter rechtlicher Rahmen
Ergebnisse:	- zusätzliche Nachfrage im Rahmen der Leistungserstellung - bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Auswirkungen auf Arbeitsmarkt- und Karrierechancen der Eltern sowie deren Einkommen und Lebensqualität - Erhöhung der Attraktivität als Wohnort, Auswirkungen auf die Verfügbarkeit / Akquise von Arbeits- und Fachkräften - Erhöhung der Attraktivität als Betriebsstandort, - Auswirkungen auf Integration und Sozialisation der Kinder sowie deren frühkindliche Bildung

Hintergrund und Ziel der Maßnahme

Die Gemeinde Lahntal hat es sich zum Ziel gesetzt, ein kinder- und familienfreundliches Klima zu schaffen und wendet einen beträchtlichen Teil der Haushaltsmittel für die Kinder- und Jugendbetreuung auf. Ein ganz wesentliches Element bilden hierbei die Erweiterung und die Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder. Mit dem An- und Umbau der bestehenden Kindertagesstätte Mäuseburg in Lahntal-Goßfelden soll hierfür die infrastrukturelle Voraussetzung geschaffen werden.

Die Kapazitäten der Einrichtung in Goßfelden waren zuvor ebenso wie in den benachbarten Ortsteilen Sarnau und Sterzhausen laut Einschätzung der Gemeindeverwaltung ausgeschöpft. In anderen Ortsteilen angebotene Kinderbetreuungsplätze fanden aufgrund der Entfernung vom Wohnort der Familien wenig Akzeptanz. Zudem ist es – so die Gemeindeverwaltung – absehbar, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen speziell für Kinder von unter drei Jahren noch steigen wird. Gerade Kindern dieser Altersgruppe soll die Erweiterung der Kindertagesstätte Mäuseburg daher in besonderem Maße zu Gute kommen.

Auch die hessische „Verordnung zur Neuregelung von Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder“ vom 17. Dezember 2008, die am 1. September 2009 in Kraft getreten ist, macht eine Erweiterung der Kindertagesstätte Mäuseburg in Lahntal-Goßfelden notwendig. Die Verordnung sieht unter anderem eine maximale Gruppengröße von 8 bis 10 Kindern bei Kindern unter drei Jahren, von 15 bis 25 Kindern vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und von 15 bis 20 Kindern ab Schuleintritt vor.[40] Eine Erweiterung des bestehenden Angebots der Kindertagesstätte Mäuseburg von drei auf fünf Gruppen ist daher erforderlich gewesen, um bei verringerter Gruppengröße der Nachfrage nach Betreuungsplätzen gerecht werden zu können. Bis zum Jahr 2012 soll die Gruppenstruktur angepasst und die Umsetzung der Verordnung in der Kindertagesstätte Mäuseburg insofern gewährleistet sein.

Beschreibung der Maßnahme

Die Konjunkturprogramme des Jahres 2009 haben der Gemeinde Lahntal die Möglichkeit geboten, die erforderlichen Investitionen zu tätigen. Nach Bekanntgabe der Förderfähigkeit der beantragten Maßnahme durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen im Juni 2009 konnte der Maßnahmenbeginn im November 2009 erfolgen.[41] Der reguläre Kindergartenbetrieb wurde über die Bauzeit hinweg aufrechterhalten. Die Maßnahme konnte im September 2010 in Betrieb genommen werden.

40 Vgl. Verordnung zur Neuregelung der Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 17. Dezember 2008, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, Nr. 25, 30. Dezember 2008, S. 1047f.

41 Als Maßnahmenbeginn ist gemäß Förderrichtlinie der Vertragsabschluss über wesentliche Teile des Vorhabens zu verstehen.

Die Mäuseburg ist Lahntals ältester Kindergarten. Das Gebäude stammt aus den 1970er Jahren. Im August 2011 haben 52 Kinder die Einrichtung besucht, davon 12 Kinder die Krippe. Der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die in den Einrichtungen der Gemeinde betreut werden, liegt damit bei rund 20 %, was nach Einschätzung der Gemeindeverwaltung der derzeitigen Nachfrage entspricht. Kinder ab dem sechsten Lebensmonat werden in der Mäuseburg ebenso betreut wie Kinder im Vorschul- oder Schulalter. Zum Angebot sowohl für die Kleinstkinder als auch für die älteren Kinder gehören eine Regel-, eine Mittags- und eine Nachmittagsbetreuung, so dass zwischen 7 Uhr morgens und 17 Uhr abends eine Kinderbetreuung gewährleistet wird. Im Rahmen der Mittagsbetreuung wird gegen ein monatliches Verpflegungsentgelt ein warmes Mittagessen angeboten, was von einem beträchtlichen Teil der Familien auch in Anspruch genommen wird. Die Einrichtung bietet eine Vielzahl von Aktivitäten und engagiert sich stark im Bereich der Vorschulerziehung. Ein Bewegungsraum dient insbesondere zur Unterstützung der motorischen Entwicklung. Mit dem Programm „Faustlos“ werden Kindern zudem Wege zur Konfliktlösung aufgezeigt. Neben neun Fachkräften, darunter zwei Erzieher/innen für die Einzelintegration behinderter Kinder, zählten im August 2011 auch drei Praktikant/innen zum Team. Deren Arbeit findet durch den Trägerverein „Kinder sind unsere Zukunft e. V.“ und den „Kindergarten-Förderverein Lahntal e. V.“ Unterstützung.[42]

Unter Verwendung der Mittel des Landeskonjunkturprogramms konnte die Kindertagesstätte Mäuseburg in Lahntal-Goßfelden von drei auf fünf Gruppen inklusive Krippe erweitert werden. Der an das zuvor bereits bestehende Gebäude angrenzende rund 230 qm große Anbau umfasst einen Gruppenraum für die Kinderkrippe inklusive zugehöriger Schlaf- und Waschräume, einen knapp 60 qm großen Bewegungsraum, der bei Bedarf (z. B. bei größeren Veranstaltungen) durch eine bewegliche Trennwand zum großzügigen Flurbereich hin geöffnet werden kann, einen Lagerraum und einen Personalraum. Der Anbau wurde in den Altbau integriert, indem der die Gebäudeteile verbindende Flurbereich mit einheitlichen Bodenbelägen und abgehängten Akustikdecken ausgestattet wurde. Beim Anbau wurde auf energetische Kriterien geachtet. In dem bereits bestehenden Gebäude wurden der Bewegungsraum zu einem Gruppenraum und der Personalraum zu einem Lagerraum umgestaltet. Zwei Abstellräume wurden zu Wasch- bzw. Hauswirtschaftsräumen umgebaut. Weiterhin ist im Eingangsbereich ein Windfang gebaut worden, der auch als Garderobe dienen soll. Auf der Außenfläche ist ein Kleinkinderspielplatz für die Krippenkinder entstanden. Aufgrund des Engagements der Erzieher/innen der Einrichtung in deren Freizeit haben die Räumlichkeiten zudem alle einen neuen Innenanstrich erhalten. Nach Angaben der Gemeindeverwaltung wird ein darüber hinausgehender

42 Für nähere Informationen zum Angebot der Kindertagesstätte Mäuseburg vgl. http://www.ksuz.de/index.php/kitas/kita-gossfelden, Stand: August 2011.

zukünftiger Bedarf vor allem hinsichtlich der energetischen Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes mit Altbau und angrenzender Lahnfelshalle gesehen (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Kindertagesstätte Mäuseburg in Lahntal-Goßfelden

Quelle: Gemeinde Lahntal (Bauamt).

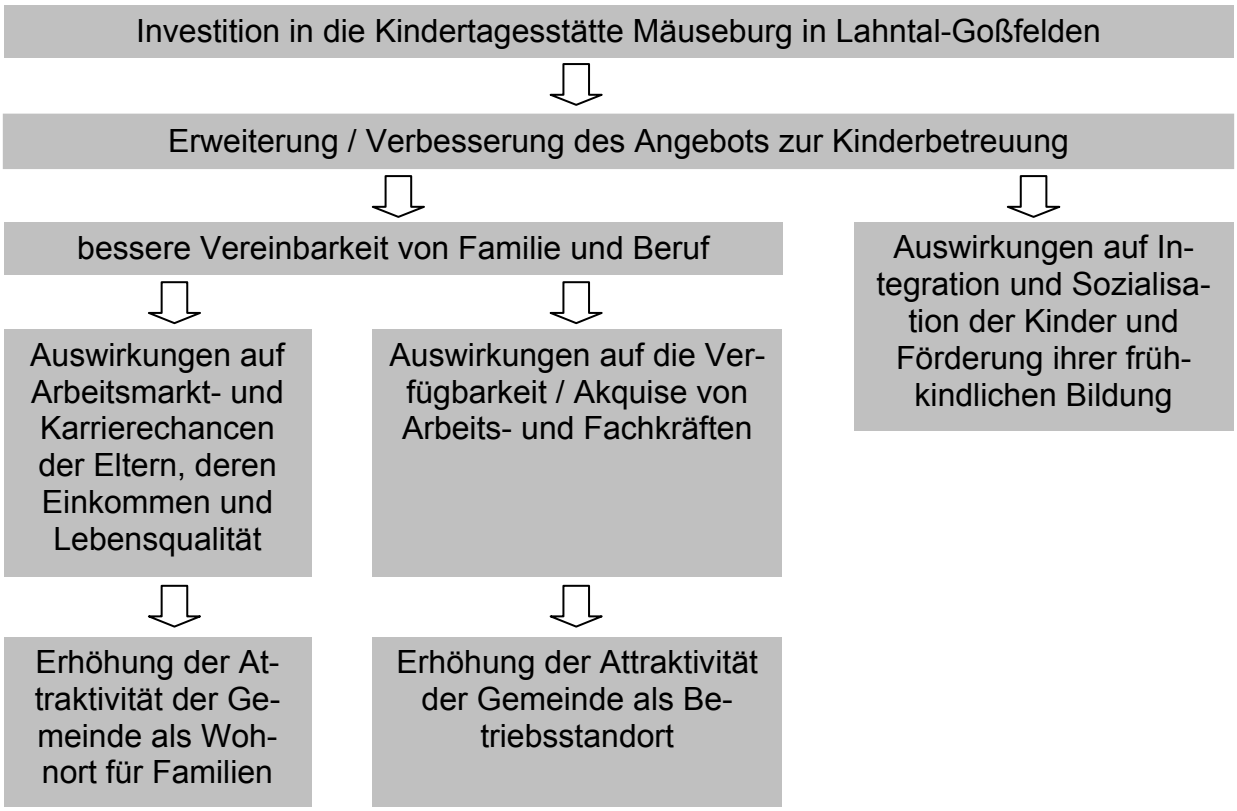
Auftragsvergabe

Die in Zusammenhang mit der Leistungserstellung ausgeschrieben Aufträge konnten weitestgehend alle im regionalen Umkreis, zum Teil sogar an unmittelbar in der Gemeinde ansässige Unternehmen, vergeben werden. Da die Ausschreibung sehr früh erfolgte, konnten gravierende Beeinträchtigungen der Ausschreibungsbeteiligung, wie z. B. fehlende Anbieter, vermieden werden. Die Bauausführung umfasste verschiedenste Gewerke. Neben Planungsarbeiten wurden unter anderem Rohbau- und Dacharbeiten, Heizungs-, Sanitär- und Elektroarbeiten, Trockenbau- und sonstige Innenausbauarbeiten durchgeführt. Zudem wurden Anschaffungen zur Ausstattung bzw. Einrichtung der Räumlichkeiten getätigt.

Leistungsabgabeseitige Effekte der Maßnahme

Die leistungsabgabeseitige Wirkungsweise der Infrastrukturinvestition wird schematisiert anhand von Abbildung 12 ersichtlich.

Abbildung 12: Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Kindertagesstätte Mäuseburg“ in Lahntal-Goßfelden



Quelle: Hessen Agentur.

Die Infrastrukturinvestition hat zur Erweiterung und Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder in der rund 7.000 Einwohner zählenden Gemeinde Lahntal und speziell am Standort Goßfelden beigetragen.[43] Kurzfristige Engpässe bei der Vergabe von Betreuungsplätzen können nach Ansicht des Bürgermeisters – insbesondere für die geburtenstarken Jahrgänge mit hoher Nachfrage – für die Zukunft dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Das Interesse an den Betreuungsplätzen für Kinder sämtlicher Altersstufen sei groß.

Die infrastrukturellen Voraussetzungen an einem Standort, beispielsweise in Bezug auf Kinderbetreuungsangebote, bilden eine wichtige Rahmenbedingung für das Handeln der Wirtschaftsakteure und die regionale Entwicklung. Die Erweiterung und die damit einhergehende Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder wirken sich positiv auf die Situation von Unternehmen sowie von Eltern und Kindern aus.

43 Für nähere Informationen zur Gemeinde Lahntal vgl. http://www.lahntal.de, Stand: August 2011.

Angesichts des demografischen Wandels gewinnen die Ansprüche berufstätiger Mütter und Väter an das Betreuungsangebot für die Kinder an Bedeutung. Die Attraktivität der Gemeinde Lahntal als Wohnort für junge Familien hängt mit dem Betreuungsangebot für die Kinder zusammen. So erklärt sich die Gemeindeverwaltung Lahntal die Zuwächse in ihren Neubaugebieten, die im Verhältnis zum Umland zu einer vergleichsweise positiven Bevölkerungsentwicklung beigetragen haben, außer durch die Nähe zum Oberzentrum Marburg auch mit dem guten Kinderbetreuungsangebot. Die Eltern wünschen vermehrt ihrer Berufstätigkeit nachzugehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu der die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen und die möglichen Betreuungszeiten wesentlich beitragen, bestimmt die Arbeitsmarkt- und Karrierechancen sowie Einkommen und Lebensqualität der einzelnen Betroffenen. Gerade in den Ortsteilen Sarnau und Goßfelden sind nach Aussage der Gemeindeverwaltung relativ viele Pendler, die zumeist in Marburg berufstätig sind, ansässig. Da die Familienstrukturen häufig keine Kinderbetreuung durch Angehörige erlauben, ist die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen relativ hoch. Der Trägerverein „Kinder sind unsere Zukunft e. V." wurde von den Gemeinden Lahntal und Münchhausen daher auch mit der Zielsetzung gegründet, ein qualitativ wie quantitativ gutes Betreuungsangebot zu schaffen, das zukünftig noch vermehrt besonderen Nachfragebedürfnissen (z. B. der Betreuung zu außerordentlichen Zeiten) entgegenkommen soll. Aus praktischen Erwägungen wird von den Eltern eine Betreuung der Kinder möglichst nah am Wohnort gewünscht. Von der Wohnortentscheidung der Familien profitiert wiederum die Gemeinde bzw. die Region. Der Bürgermeister der Gemeinde Lahntal sieht dementsprechend darin, dass sich Kinder und Familien gut aufgehoben fühlen, eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen, obgleich die laufenden Kosten der Betreuung den Haushalt der Gemeinde auch stark belasten.

Das Betreuungsangebot kann darüber hinaus grundsätzlich auch aus unternehmerischer Sicht einen relevanten Standortfaktor darstellen und bei Ansiedlungsentscheidungen von Betrieben Berücksichtigung finden, wie in der Vergangenheit Anfragen im Rahmen potenzieller betrieblicher Neuansiedlungen in der Gemeinde Lahntal bereits gezeigt haben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Faktor für das regional verfügbare Arbeits- und Fachkräftepotenzial sowie dessen zeitliche Einsetzbarkeit. Zudem beeinflusst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Möglichkeiten zur Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften aus anderen Regionen.

Das gesellschaftliche und politische Interesse an der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung belegt außerdem die Bedeutsamkeit, die der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung mittlerweile im Hinblick auf die Start- und Entwicklungschancen von Kindern beigemessen wird. Die institutionelle (vor-)schulische Betreuung bzw. das soziale und pädagogische Angebot in diesem Rahmen

prägt neben dem Elternhaus die kindliche Entwicklung,[44] so dass die Qualität und die Zugänglichkeit der Kinderbetreuung bildungspolitische und volkswirtschaftliche Aufmerksamkeit verdienen.

Fazit

Durch die Maßnahme im Rahmen des Konjunkturprogramms wird ein geeignetes Umfeld zur Kindesentwicklung mit vielfältigen Möglichkeiten der Programmgestaltung geschaffen. Die Reaktionen auf die erfolgte Maßnahme sprechen dafür, dass es gelungen ist, eine großzügige und freundliche Umgebung zu gestalten, die Kindern und Mitarbeitern der Kindertagesstätte Mäuseburg zu Gute kommt. Dieser Eindruck hat sich auch im Gespräch mit dem Kindergarten-Förderverein Lahntal e. V. bestätigt.

Der An- und Umbau der Kindertagesstätte Mäuseburg in Lahntal-Goßfelden im Rahmen des Konjunkturprogramms wurde zu Beginn der Maßnahme und zur abschließenden Einweihung durch eine positive Presseberichterstattung begleitet, wie Artikel beispielsweise in der „Marburger Neue Zeitung“ oder der „Oberhessischen Presse“ belegen. Zur Einweihung der Erweiterung der Kindertagesstätte fand ein Festakt mit rund 150 Gästen statt.

44 Vgl. zu den Bildungseffekten eines Krippenbesuchs z. B. Fritschi, T. u. Oesch, T. (2008). Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, steigt der Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zu Folge bei einem vorherigen Krippenbesuch deutlich an, wodurch wiederum Effekte auf das Lebenseinkommen entstehen.

5.5 Fallbeispiel „Rathaus Kaufungen, Kaufungen“

Kurzbeschreibung:	Sanierung und Modernisierung des Rathauses Kaufungen
Anmeldender:	Gemeinde Kaufungen (Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel)
Investitionsvolumen:	rund 1,1 Mio. Euro
Finanzierungsstruktur:	Landesprogramm: 920 Tsd. Euro (5/6 Landesvolumen, 1/6 kommunales Volumen) zusätzliche Eigen- und Drittmittel: rund 182 Tsd. Euro
Inbetriebnahme:	Juli 2010 (Restarbeiten bis Dezember 2010)
Hintergrund:	Modernisierungs- und Sanierungsbedarf, Streben nach optimierten Arbeitsabläufen und Bürgerfreundlichkeit
Ergebnisse:	- zusätzliche Nachfrage im Rahmen der Leistungserstellung - Auswirkungen auf Sicherheit und Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen und der Bürger/innen - Verbesserung der Arbeitsabläufe und des Serviceangebots für die Bürger/innen - Sicherung der technischen Leistungsfähigkeit - Verbesserung der energetischen Effizienz - Stärkung des Ortskerns Oberkaufungen

Hintergrund und Ziel der Maßnahme

Das Rathaus der Gemeinde Kaufungen stammt baulich aus den 1960er Jahren und wurde zuletzt in den 1990er Jahren umfassend modernisiert und aufgestockt. Seitdem ist ein erheblicher Modernisierungs- und Sanierungsbedarf entstanden. Dieser Bedarf vor Maßnahmenbeginn erstreckt sich auf energetische und brandschutz-

technische Anforderungen, bezieht sich aber auch auf die teilweise beengten und verschachtelten räumlichen Gegebenheiten.

- Unter energetischen Gesichtspunkten war Sanierungsbedarf vor allem im Hinblick auf zugige Fenster und das Fehlen eine Fassadendämmung vorhanden. Weiterhin waren Beleuchtung und Sonnenschutz unzureichend.

- Die Fluchtwegesituation im Dachgeschoss wurde als mangelhaft eingeschätzt.

- Die Datenleitungen entsprachen nach Einschätzung der Gemeindeverwaltung nicht mehr den wachsenden Anforderungen, die an sie gestellt werden. Die EDV-Anlage war aufgrund der beengten Räumlichkeiten kaum noch zu erweitern und deren sachgemäße Belüftung schwierig.

- Viele Büros hatten keinen direkten Zugang zu den Fluren, die Wartebereiche für die Kunden der Gemeindeverwaltung reichten nicht aus und wirkten nach Ansicht der Gemeindeverwaltung eher dunkel und abweisend.

- Es fehlte ein Sozialraum für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie eine Räumlichkeit für die zeitweise Unterbringung von Prüfern oder Beratern.

Neben hohen Energiekosten haben die räumlichen Gegebenheiten vor der Modernisierung und Sanierung – so die Gemeindeverwaltung – zu einer suboptimalen Gestaltung der Arbeitsabläufe geführt und eine gebündelte Erledigung häufig nachgefragter Dienstleistungen erschwert. Das Rathaus in der bestehenden Form konnte den Ansprüchen an eine moderne Verwaltung und eine dienstleistungsorientierte Bürgerfreundlichkeit baulich bedingt nicht mehr gerecht werden. Die kommunalen Gremien sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung wünschten sich daher eine tiefgreifende bauliche Veränderung. Ziel war nach Angaben der Gemeindeverwaltung ein zeitgemäßes Rathaus, in dem sich einerseits die Bürgerinnen und Bürger gut betreut und beraten fühlen, andererseits auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert werden. Überlegungen zur Rathaussanierung oder einem Neubau scheiterten jedoch zunächst an den finanziellen Gegebenheiten. Gegen einen Neubau sprach der Wunsch, das Rathaus am bisherigen Standort im Ortskern von Oberkaufungen zu erhalten.

Beschreibung der Maßnahme

Die Konjunkturprogramme des Jahres 2009 haben der Gemeinde Kaufungen die Möglichkeit geboten, unter Berücksichtigung der energetischen und brandschutztechnischen Anforderungen in die Rathausmodernisierung und -sanierung zu investieren. Nach Bekanntgabe der Förderfähigkeit der beantragten Maßnahme durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen im Juni 2009 konnte der Maßnahmenbe-

ginn im Oktober 2009 verzeichnet werden, da zu diesem Zeitpunkt bereits wesentliche Aufträge zur Sanierung und Modernisierung des Rathauses vergeben werden konnten. Die Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten wurden im November begonnen und zügig abgewickelt. Obwohl es aufgrund des Umbaus zeitweise zu Beeinträchtigungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kam, konnte der Rathausbetrieb dabei aufrechterhalten werden. Lediglich das Einwohnermeldeamt musste vorübergehend verlagert werden. Die übrigen Ämter konnten sukzessive direkt in die sanierten Räumlichkeiten umziehen. Nach erfolgter Bauausführung konnte die Maßnahme dann im Juli 2010 in Betrieb genommen werden, wobei noch Restarbeiten bis Dezember 2010 anfielen.

Das Rathaus der Gemeinde Kaufungen liegt zentral im Ortskern von Oberkaufungen (vgl. Abbildung 13). Das Gebäude besteht aus Erdgeschoss, erstem und zweitem Obergeschoss sowie Dachgeschoss. Untergebracht sind in dem Verwaltungsgebäude das Hauptamt mit angegliedertem Ordnungsamt, das Bauamt und die Finanzabteilung. Zudem ist hier die Postagentur angesiedelt. Insgesamt haben somit 45 in Voll- oder Teilzeit tätige Personen ihren Arbeitsplatz im Rathausgebäude.

Abbildung 13: Rathaus in Kaufungen

Quelle: Gemeinde Kaufungen.

Die Maßnahme umfasste – neben Ausbesserungen an teilweise angegriffenen tragenden Bauteilen – Dämmungsarbeiten zur besseren Isolierung der Fassade und des Daches sowie des Heizungsvorlaufs und des Heizungsrücklaufs, den Austausch der Fenster, das Anbringen von Sonnenschutz, die Optimierung der Beleuchtung sowie die Erfüllung brandschutztechnischer Anforderungen. Die Fassade wurde dabei zur Wärmedämmung mit Platten von 16 cm Stärke versehen, die neuen Fenster entsprechen den Vorgaben der Energieeinsparverordnung. Bis auf wenige Räume des Dachgeschosses wurden alle Fenster auch mit einem Sonnenschutz ausgestattet. Zudem wurden Präsenzmelder installiert, die das Licht löschen sollen, wenn sich in einem Raum längere Zeit keine Personen aufhalten. Der Brandschutz beinhaltete die Installation von Feststellanlagen für die Brandschutztüren und den Anbau eines Balkons für das Dachgeschoss, von dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Brandfall über eine Leiter gerettet werden können. Weiterhin wurden die elektrischen Leitungen und die Verkabelung für das Computernetzwerk erneuert. Die EDV-Anlage konnte durch den Umbau in einem separaten Raum hinlänglicher Größe untergebracht werden.

Im gesamten Gebäude wurden zugleich die Räume umgestaltet. Im Erdgeschoss befinden sich seitdem – die als eine Art „Schiff“ ohne Glasfront gestaltete – modernisierte Informations- und Telefonzentrale, die von der Gemeindeverwaltung betriebene Postagentur mit Postschließfächern sowie die publikumsintensiven Ämter wie das Einwohnermeldeamt, das Standesamt und das Bestattungswesen, zudem die Vermietung der gemeindlichen Räume sowie das Gewerbeamt. Der Wartebereich bietet im Vergleich zur Ausgangslage mehr Platz. Daneben sind im Erdgeschoss nun erstmalig sanitäre Anlagen vorhanden. Ein Besprechungsraum ermöglicht unter anderem Sitzungen des Gemeindevorstands und sonstiger Gremien. Ferner können im Flurbereich Ausstellungen stattfinden, beispielweise von Künstlerinnen und Künstlern aus der Region oder den Partnergemeinden. Weitere Möglichkeiten für Ausstellungen oder kleinere Empfänge bietet der Flurbereich im ersten Obergeschoss. Im ersten und zweiten Obergeschoss sowie im Dachgeschoss befinden sich darüber hinaus die Büros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen sonstigen Ämter sowie des Bürgermeisters mit Sekretariat. Das Dachgeschoss war zuvor primär zum einen als Sitzungssaal, zum anderen als Trauzimmer genutzt worden. Durch den Umbau des Dachgeschosses wurde die für Büroräume zur Verfügung stehende Fläche insgesamt vergrößert. So sind großzügigere Büros entstanden, die zugleich auch alle einen direkten Zugang zu den Fluren haben. Auch für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten steht nun ein eigener Schreibtisch zur Verfügung, was vorher aus Platzgründen nicht möglich war. Bei der Anordnung der Ämter spielten funktionale Erwägungen eine Rolle. So tauschten Bauamt und Ordnungsamt die Flächen, damit das Liegenschaftsbüro räumlich in das Bauamt integriert werden konnte. Im Dachgeschoss entstand zudem eine Teeküche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. Beim gesamten Um-

bau wurde auf die Beseitigung von Barrieren geachtet, um den Rathausbesuch für Personen mit Behinderung, ältere Menschen sowie Personen in Begleitung von Kindern zu erleichtern.

Um die Kosten der Sanierung und Modernisierung im Rahmen zu halten, wurden Fußbodenbeläge und Büromöbel, deren Austausch nicht zwingend erforderlich war, möglichst weiterverwendet und gegebenenfalls durch einen Schreinerbetrieb geändert oder aufbereitet. Da es sich nicht um einen Neubau handelt, waren den baulichen Veränderungsmöglichkeiten zwar Grenzen gesetzt. Dennoch ist versucht worden, eine breite Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Planung und Bauausführung zu ermöglichen. Im Rahmen der Möglichkeiten wurden Verbesserungsvorschläge aufgegriffen und auch individuelle Wünsche, z. B. bei der Farbgestaltung der Büros, berücksichtigt.

Auftragsvergabe

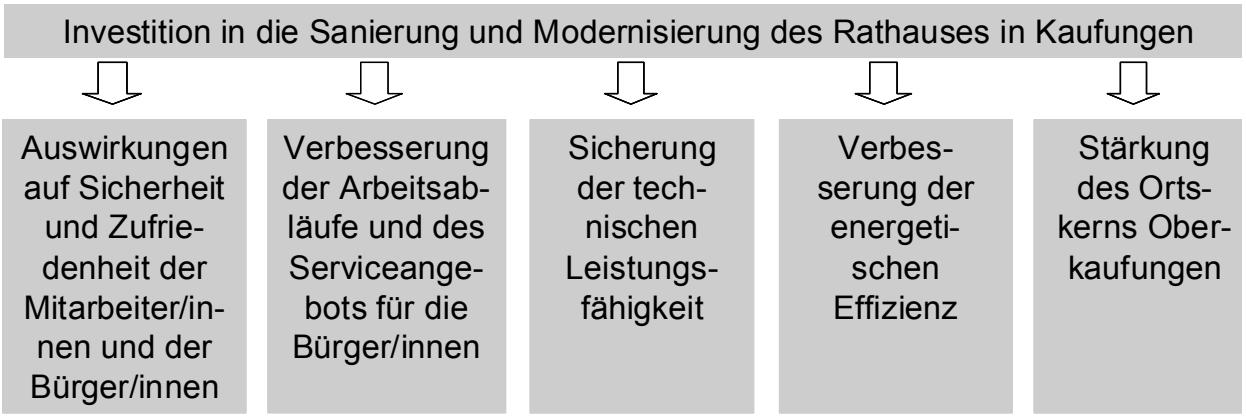
Von der Auftragsvergabe profitierten in hohem Maße Firmen aus der Region, zum Teil sogar unmittelbar aus der Gemeinde Kaufungen. Nach Aussage der Gemeinde sind rund 90 Prozent des Auftragsvolumens an Unternehmen aus der Gemeinde Kaufungen sowie aus der Stadt oder dem Landkreis Kassel geflossen. An der Bauausführung waren Betriebe aus unterschiedlichsten Branchen beteiligt. Neben Planungsarbeiten wurden u. a. Rohbau- und Dacharbeiten, Metallbauarbeiten, Dämmungs- und Putzarbeiten, Heizungs-, Sanitär- und Elektroarbeiten wie auch sonstige Trockenbau- und Innenausbauarbeiten ausgeführt. Engpässe hinsichtlich der personellen Kapazitäten der ausführenden Unternehmen konnten dabei nicht beobachtet werden. Lediglich beim Fensterbau wurden Engpässe hinsichtlich der Materiallieferung ersichtlich.

Leistungsabgabeseitige Effekte der Maßnahme

Trotz moderner Kommunikationsmöglichkeiten präferieren etliche der rund 12.600 Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Kaufungen nach Ansicht der Gemeindeverwaltung den persönlichen Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Besonders ehrenamtlich Tätige, Vereine und Verbände üben ihr Engagement in engem persönlichen Kontakt zur Gemeindeverwaltung aus.

Die nachstehende Abbildung zeigt schematisiert die leistungsabgabeseitige Wirkungsweise der Infrastrukturinvestition.

Abbildung 14: Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Rathaus“ in Kaufungen



Quelle: Hessen Agentur.

Ein wesentlicher Aspekt der Rathaussanierung und -modernisierung ist die Verbesserung der Zufriedenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Bürgerinnen und Bürgern. Die hell und freundlich gestalteten Räume und deren Beschattung bei Sonneneinstrahlung sowie die Einrichtung eines Sozialraums für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen dar. Zugleich werden die neu gestalteten Räumlichkeiten nach den Erfahrungen der Gemeindeverwaltung auch von den Besucherinnen und Besuchern des Rathauses als Verbesserung empfunden. Insbesondere im Bereich des Foyers ist bei der Neugestaltung auf Bürgerfreundlichkeit geachtet worden. So erlaubt die modernisierte Informationszentrale eine Kommunikation „auf Augenhöhe“ zwischen Verwaltungspersonal sowie Bürgerinnen und Bürgern. Als positiv sieht die Gemeindeverwaltung zudem, dass die Wege und Wartezeiten der Besucherinnen und Besucher durch den Umbau nun kürzer ausfallen. Die Anliegen können jetzt oftmals bereits im Rahmen des Bürgerservices im Erdgeschoss bearbeitet werden. Dort besteht eine Sichtbeziehung zwischen dem Wartebereich und den verschiedenen Büros. Weiterhin sind durch die direkte Zugänglichkeit aller Räume bisherige Unannehmlichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kunden, die aus dem Zugang mancher Räumlichkeiten nur über andere Büros resultierten, künftig ausgeschlossen. Außerdem hat die Maßnahme dazu beigetragen, die Sicherheit der Personen im Gebäude zu verbessern, Brandschutzauflagen zu erfüllen und Fluchtwege zu optimieren.

Die räumliche Umgestaltung führt zu einer Verbesserung der Arbeitsabläufe und damit zu einer Effizienzsteigerung der Verwaltung. So wurde beim Umbau auf die räumliche Zusammenfassung von ausgewählten Aufgabengebieten geachtet, woraus sich Synergieeffekte ergeben. Die Aufgabenerfüllung durch die Mitarbeiter wird

zudem dadurch erleichtert, dass der direkte Zugang zu den Büroräumen ein ungestörtes Arbeiten ermöglicht. Die Bürgerinnen und Bürger können von der Verbesserung des Serviceangebots profitieren, indem sie nun gebündelt Anliegen erledigen können. Beispielsweise können durch die Integration des Liegenschaftsbüros in das Bauamt Bürgerinnen und Bürger dort auf ihre Fragen nach einem Baugrundstück ebenso wie auf Fragen zum Bebauungsplan oder zur Erschließung Antwort bekommen. Die technische Leistungsfähigkeit der Verwaltung ist zudem durch die Überholung der Datennetze gesichert worden.

Mit der Maßnahme erfolgte insbesondere auch eine energetische Sanierung des Rathauses, die zum Klimaschutz beiträgt und zu Energie- sowie Kosteneinsparungen führt. Eine Einschätzung der Einsparungen durch die Gemeindeverwaltung ist aber nicht möglich, da durch den Umbau im Dachgeschoss und die daraus resultierende regelmäßige Nutzung dieser Räumlichkeiten zugleich neue Kosten entstanden sind.

Darüber hinausgehend trägt die Sanierung und Modernisierung des Rathauses in Kaufungen nach Angaben der Gemeindeverwaltung zur Stärkung des Ortskerns von Oberkaufungen bei. Das Verwaltungsgebäude wird aufgrund der angebotenen Dienstleistungen einschließlich des Postagenturservices, der auch samstags angeboten wird, stark frequentiert. Davon profitieren auch die umliegenden Geschäfte. Das Rathaus ist außerdem Anlaufstelle für Touristen, welche die 1000-jährige Geschichte des Ortes oder den umgebenden Kaufunger Wald erfahren möchten.[45] Sie können in der Informationszentrale beispielsweise Eintrittskarten für Veranstaltungen oder Werbeartikel der Gemeinde erwerben. Die wechselnden Ausstellungen tragen ebenfalls dazu bei, dass das Rathaus verstärkt frequentiert und in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gerückt wird.

Fazit

Der Umbau des Rathauses zeigt nach Ansicht der Gemeindeverwaltung, wie ein vorhandenes öffentliches Gebäude den heutigen modernen Ansprüchen durch eine umfassende Sanierung gerecht werden kann. Eine positive Presseberichterstattung in der „Hessischen / Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung“ anlässlich des im Juni 2010 durchgeführten Tags der offenen Tür zeugt von der Zustimmung der Besucherinnen und Besucher für die umgesetzte Maßnahme und deren Zufriedenheit. Die Bürgerinnen und Bürger hatten an diesem Tag der offenen Tür die Gelegenheit, ihr aus Mitteln des Konjunkturprogramms saniertes Rathaus näher kennenzulernen. Auch die Hessische Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich besuchte im Januar 2011 das sanierte Kaufunger Rathaus, um sich ein Gesamtbild von der gelungenen Maßnahme zu machen.

45 Für nähere Informationen zur Gemeinde Kaufungen vgl. http://www.kaufungen.eu, Stand: August 2011.

6 Entwicklung des Baugewerbes

Das Baugewerbe wird über die Leistungen bei der Bauerstellung in ausgeprägtem Maße vom Konjunkturprogramm tangiert. Es ist als wesentlicher „Transmitter“ für politisch induzierte Multiplikatoreffekte anzusehen. Das Baugewerbe wird daher einer differenzierten Betrachtung unterzogen. Diese Betrachtung soll dazu dienen, die Wirkungen der Konjunkturprogramme für die Entwicklung des Baugewerbes aufzuzeigen sowie die aktuelle branchenspezifische Konjunkturlage zu erfassen.

Zunächst wird auf die Entwicklung der öffentlichen Bauinvestitionen eingegangen. Anschließend wird die Dynamik im hessischen Baugewerbe anhand verschiedener Datenquellen skizziert. Ergänzend sind in diese Analyse Erkenntnisse aus im November 2011 geführten Expertengesprächen mit Vertretern der Bauwirtschaft in Hessen (Handwerkskammer, Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen, Bauindustrieverband Hessen-Thüringen) eingeflossen.[46] Diese Gespräche dienten dazu, die (aktuelle) Entwicklung im Bereich der Bauwirtschaft und die Rolle der investiven Ausgaben der öffentlichen Hand für die Baukonjunktur zu diskutieren.

Die Analyse zu Umsatz, Beschäftigung sowie Anzahl der Betriebe basiert auf Datenmaterialien des Hessischen Statistischen Landesamtes, wobei im Hinblick auf den baugewerblichen Umsatz eine Differenzierung nach den Bereichen Wohnungsbau, gewerblicher und industrieller Bau sowie öffentlicher und Verkehrsbau erfolgt.

Auf Basis von monatlichen Statistiken zu den Auftragseingängen und zum baugewerblichen Umsatz werden im Anschluss hieran die Entwicklung und gegenwärtige Konjunkturlage des hessischen Baugewerbes vertieft dargestellt. Die Differenzierung nach Baubereichen gibt Aufschluss darüber, ob die Zunahme der Nachfrage im öffentlichen Bau bei konjunkturbedingtem Rückgang der Nachfrage im gewerblichen und industriellen Bau wirksam geworden ist. Eine Vertiefung der Analyse erfolgt auf Grundlage von Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern.

In Zusammenhang mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme stellt sich auch die Frage nach etwaigen Preiserhöhungen. Um der Entwicklung der Baupreise Aufmerksamkeit zu zollen, wird der Verlauf unterschiedlicher für das Baugewerbe relevanter Preisindikatoren nachgezeichnet.

Darüber hinaus wird anhand der nationalen Input-Output-Tabelle für Deutschland aufgezeigt, wie das Baugewerbe mit anderen Wirtschaftsbereichen verbunden ist. Entlang der Wertschöpfungskette profitieren auch andere Wirtschaftsbereiche von einer Stimulierung der Bauwirtschaft.

46 Die Gesprächspartner aus der Bauwirtschaft sind dem Verzeichnis am Ende des Berichts zu entnehmen.

6.1 Öffentliche Bauinvestitionen in Hessen

Die jährliche Rechnungsstatistik weist die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Baumaßnahmen aus. Darunter fallen Ausgaben für Erweiterungs-, Neu-, Um- und Ausbauten im Hoch- wie im Tiefbau einschließlich damit in Zusammenhang stehender Baunebenkosten und Aufwendungen für Entwurf und Bauleitung, Abbruch und Aufschließung, technische Anlagen sowie Ähnliches. Die Nachfrage der öffentlichen Hand nach solchen Leistungen kommt dem Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zu Gute.

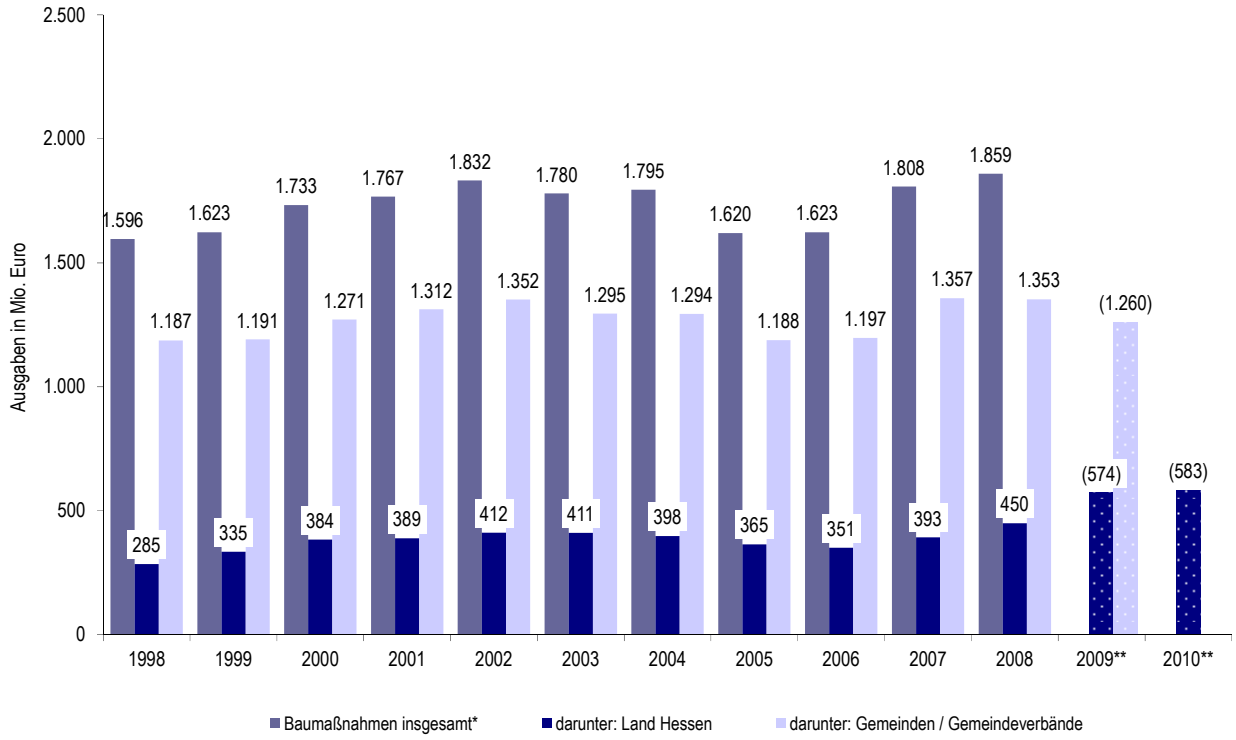
Im Jahr 2008[47], also weitgehend vor Krisenbeginn, wurden von den öffentlichen Haushalten in Hessen gemäß amtlicher Statistik Ausgaben für solche Baumaßnahmen in Höhe von fast 1,9 Mrd. Euro getätigt. Differenziert nach einzelnen Aufgabenbereichen beziehen sich rund 15 % der Bauausgaben der öffentlichen Haushalte in Hessen für das Jahr 2008 auf allgemeinbildende sowie berufliche Schulen und 10 % auf Hochschulen. Der Bildungsinfrastruktur kommt insofern gegenüber ihrem bisherigen Anteil an den Ausgaben der öffentlichen Haushalte ein hoher Stellenwert bezogen auf das Förderkontingent der Konjunkturprogramme zu. Dem Straßenbereich – Landesstraßen ebenso wie kommunale Straßen – lassen sich weitere knapp 29 % der Ausgaben für Baumaßnahmen der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2008 zuordnen. Baumaßnahmen der Krankenhäuser / Kliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen oder kaufmännisch buchende Zweckverbände sind in den Summen nicht enthalten, da diese Einrichtungen zu den öffentlichen Unternehmen statt zu den öffentlichen Haushalten gerechnet werden.

Abbildung 15 zeigt die Entwicklung der Bauausgaben der öffentlichen Haushalte seit 1998.[48] Nach 2002 waren die Bauausgaben der öffentlichen Haushalte zunächst tendenziell rückläufig. Für 2007 ist dann gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme der Investitionen festzustellen gewesen, und auch 2008 wurden in vergleichsweise hohem Maße Investitionen getätigt. Von den fast 1,9 Mrd. Euro getätigter Ausgaben für Baumaßnahmen sind auf Baumaßnahmen des Landes 450 Mio. Euro bzw. 24 % der Gesamtsumme entfallen. Bei den übrigen Baumaßnahmen handelt es sich in Höhe von nahezu 1,4 Mrd. Euro um Investitionen der Gemeinden und der Gemeindeverbände, die damit 73 % aller öffentlichen Bauausgaben realisieren. Hinzu kommen Baumaßnahmen der Zweckverbände in Höhe von 55 Mio. Euro.

47 Aktuellere Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts waren zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht verfügbar.

48 Für die kommunalen Haushalte konnten für das Jahr 2009 Jahresrechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte ergänzt werden. Für das Land Hessen wird ergänzend die Haushaltsrechnung des Landes herangezogen, die auf den Internetseiten des Hessischen Ministeriums der Finanzen veröffentlicht ist und zum Untersuchungszeitpunkt für 2009 und 2010 verfügbar war.

Abbildung 15: Entwicklung von Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Hessen für Baumaßnahmen



* einschließlich Zweckverbände

** Für 2009/2010 waren zum Zeitpunkt der Untersuchung keine Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts verfügbar. Die Angaben basieren auf den Jahresrechnungsergebnissen der kommunalen Haushalte für 2009 und den Haushaltsrechnungen des Landes für 2009 und 2010, die auf den Internetseiten des Hessischen Ministeriums der Finanzen veröffentlicht sind.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessen Agentur.

Im Jahr 2009 verringerten sich dann die Ausgaben der Gemeinden und der Gemeindeverbände für Baumaßnahmen auf knapp 1,3 Mrd. Euro. Da die Umsetzung der Baumaßnahmen im Rahmen der Konjunkturprogramme durch die Kommunen erst im Laufe des Jahres 2009 begann, werden sich die Konjunkturprogramme größtenteils erst im Jahr 2010 in den Daten zu den Ausgaben der Gemeinden und der Gemeindeverbände für Baumaßnahmen wiederspiegeln. Darauf deuten die vierteljährlich ermittelten Kassenergebnisse hin, die für die Ausgaben der hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände für Baumaßnahmen im Jahr 2010 einen deutlichen Anstieg verzeichnen (2010 rund 1,8 Mrd. Euro), aber nicht direkt mit den Jahresrechnungsergebnissen vergleichbar sind. Die Haushaltsrechnung des Landes wiederum weist für 2009 Ausgaben für Baumaßnahmen von rund 574 Mio. Euro und für 2010 von rund 583 Mio. Euro aus, also jeweils eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg der Landesausgaben für Baumaßnahmen hängt zum Teil auch mit den Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturprogramme zusammen.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose geht für Deutschland inzwischen von einer Abschwächung der Impulse aus den Konjunkturprogrammen hinsichtlich der Bauinvestitionen der öffentlichen Hand aus. Für das Jahr 2011 wird – auch aufgrund erwarteter Steuermehreinnahmen der Kommunen – für Deutschland insgesamt noch mit einer Zunahme der Bauinvestitionen der öffentlichen Hand gegenüber dem Vorjahr gerechnet, anschließend mit einem leichten Rückgang.[49]

6.2 Entwicklung des hessischen Baugewerbes im Zeitraum 2002 bis 2010

Nachfolgend wird im Zusammenhang mit den Impulsen aus den Konjunkturprogrammen und der gesamtwirtschaftlichen Lage die Entwicklung des hessischen Baugewerbes illustriert. Gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der amtlichen Statistik (WZ 2008) zählen zum Baugewerbe zwei Hauptbereiche, nämlich das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe.

Das Bauhauptgewerbe umfasst die Bereiche Hochbau (Bau von Gebäuden) und Tiefbau (Bau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken, Leitungstiefbau und Kläranlagenbau, sonstiger Tiefbau), ferner auch Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten sowie sonstige spezialisierte Bautätigkeiten. Neben der Errichtung von Hochbauten im Rohbau und der Ausführung von Tiefbauarbeiten rechnet man auch die Renovierung und Instandsetzung zum Bauhauptgewerbe.

Zum Ausbaugewerbe zählen die Bereiche Bauinstallation (z. B. Elektro-, Gas-, Wasser-, Heizungsinstallation und Dämmung) und sonstiges Ausbaugewerbe (z. B. Fußboden-, Fliesenlegerei, Tapeziererei, Malerei, Gipserei und Verputzerei).

Da es sich bei den Hauptbereichen Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe um zwei sehr verschiedene Segmente des Baugewerbes handelt und die amtliche Statistik für die beiden Bereiche in unterschiedlicher Tiefe vorliegt, werden im Folgenden die Entwicklungen im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbes separat dargestellt. Die hierbei berücksichtigten Angaben zum Bauhauptgewerbe stammen u. a. aus der Jahreserhebung zum Bauhauptgewerbe in Hessen, die sich auf die Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten erstreckt, sowie der jährlichen Ergänzungserhebung im hessischen Bauhauptgewerbe, die sämtliche Betriebe der Branche umfasst. Die Auswertung zum Ausbaugewerbe basiert auf der Jahreserhebung im Ausbaugewerbe in Hessen, in der die Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten berücksichtigt sind.

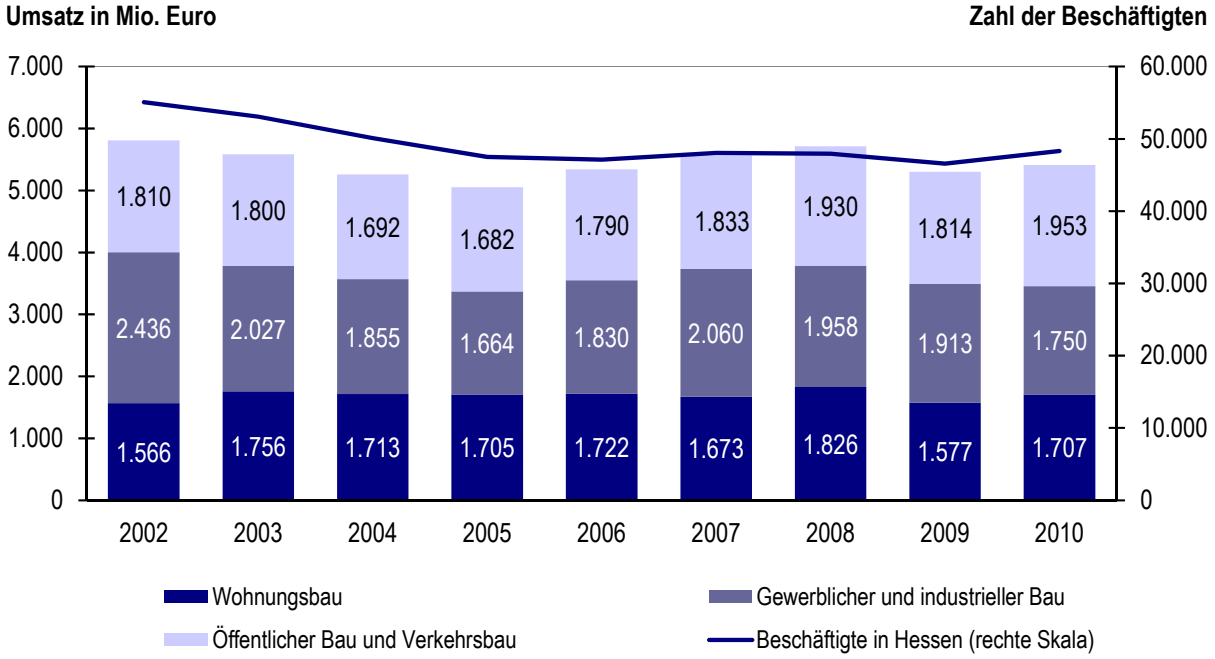
49 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.) (2011), S. 37.

6.2.1 Entwicklung des Bauhauptgewerbes

Die baugewerblichen Jahresumsätze im hessischen Bauhauptgewerbe folgen ähnlich wie die Gesamtkonjunktur einem markanten Zyklus. Der baugewerbliche Jahresumsatz verringerte sich von 2002 bis 2005 erheblich, nämlich von 5,8 Mrd. Euro auf 5,1 Mrd. Euro (vgl. Abbildung 16), um dann bis 2008 wieder auf 5,7 Mrd. Euro zu steigen. Nach einem deutlichen Rückgang im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise um 7 % auf 5,3 Mrd. Euro in 2009 erfolgte dann eine erneute Zunahme auf 5,4 Mrd. Euro in 2010, was einer Steigerung im Jahresvergleich um 2 % und 93 % des Werts für 2002 entspricht. Dies lässt sich sowohl auf die Konjunkturprogramme als auch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückführen.

Wird die Umsatzentwicklung getrennt nach den Bereichen Wohnungsbau, gewerblicher und industrieller Bau (Wirtschaftsbau) sowie öffentlicher Bau und Verkehrsbau betrachtet, so zeigen sich strukturell bedingt deutliche Entwicklungsunterschiede. Sich überlagernden Entwicklungen in diesen Teilbranchen bewirken im Konjunkturzyklus der gesamten Branche stabilisierende Effekte. Während etwa der gewerbliche und industrielle Bau mit zeitlichen Verzögerungen – über Ersatzinvestitionen und Erweiterungsinvestitionen – eng an den gesamtwirtschaftlichen Konjunkturverlauf gekoppelt ist, steht der Wohnungsbau unter dem Einfluss vielfältiger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und auch politischer Bestimmungsgrößen. Genannt seien hier exemplarisch die demografischen Gegebenheiten, das verfügbare Haushaltseinkommen und auch die staatliche Wohnungsbauförderung. Der öffentliche Bau und der Verkehrsbau hängen in hohem Maße von der Infrastrukturpolitik von Bund, Ländern und Kommunen ab. Gerade in diesem Bereich – also beispielsweise über den Neubau oder die Sanierung von öffentlichen Verwaltungsgebäuden, Schulen, Freizeiteinrichtungen und Straßen – gingen von den Konjunkturprogrammen maßgebliche Impulse auf die Bauwirtschaft aus. Das hierdurch generierte Geschäftsvolumen in der Bauwirtschaft hat auch zur Beschäftigungssicherung in diesem Wirtschaftszweig beigetragen.

Abbildung 16: Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes und die Anzahl der Beschäftigten im hessischen Bauhauptgewerbe* von 2002 bis 2010



* Angaben für sämtliche Betriebe; Umsätze auf Jahresbasis; Zahl der Beschäftigten jeweils zum 30. Juni eines Bezugsjahres (jährliche Ergänzungserhebung)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Der Wohnungsbau, auf den in 2010 rund 32 % des gesamten baugewerblichen Umsatzes in Hessen entfielen, folgt im langfristigen Trend einem vergleichsweise stabilen Pfad. Dies lässt sich unter anderem mit einer steigenden Zahl von Einpersonenhaushalten und einer zunehmenden Wohnfläche je Bewohner begründen. In jüngerer Zeit gingen im Betrachtungszeitraum mit zwei bedeutenden Gesetzesänderungen – nämlich dem Wegfall der Eigenheimzulage zum Ende 2005 und der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 – und der Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeprägte Schwankungen einher. Nach einem markanten Umsatzrückgang von 2008 auf 2009 erfolgte am aktuellen Rand von 2009 bis 2010 eine erhebliche Umsatzsteigerung um 8 %, was sich mit den wohnungsbaupolitischen Impulsen aus den staatlichen Förderprogrammen zur energetischen Sanierung und der jüngsten Konjunkturerholung in Deutschland erklären lässt.

Der baugewerbliche Umsatz im Wirtschaftsbau (gewerblicher und industrieller Bau), der in 2010 ebenfalls 32 % des gesamten baugewerblichen Umsatzes in Hessen ausmachte, folgte im Vergleich zu den Umsätzen im Wohnungsbau, aber auch im Vergleich zu volkswirtschaftlich sehr bedeutsamen Wirtschaftsbereichen wie dem Maschinenbau und der Elektroindustrie einem zeitlich verzögerten Konjunkturzyklus. Während im Jahresvergleich 2008/09 der baugewerbliche Umsatz trotz der Wirt-

schafts- und Finanzkrise zunächst nur schwach – nämlich um 2 % – zurückging und somit gleichsam stabilisierend auf die Gesamtentwicklung in der Baubranche einwirkte, kam es im Vergleich 2009/10 – im Kontrast zur damaligen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – dann doch zu einem deutlichen Einbruch, und zwar um 9 %. Diese Veränderungen lassen sich zum wesentlichen Teil damit erklären, dass der Wirtschaftsbau in seiner Entwicklung typischerweise als „konjunktureller Spätzünder" mit deutlichem zeitlichen Abstand den kapitalintensiven Teilen des produzierenden Gewerbes folgt, weil Entscheidungen über Kapazitätserweiterungen in den betreffenden Branchen, gleichsam im Sinne eines ausgeprägten Attentismus, erst nach positiven Absatzimpulsen getroffen werden.

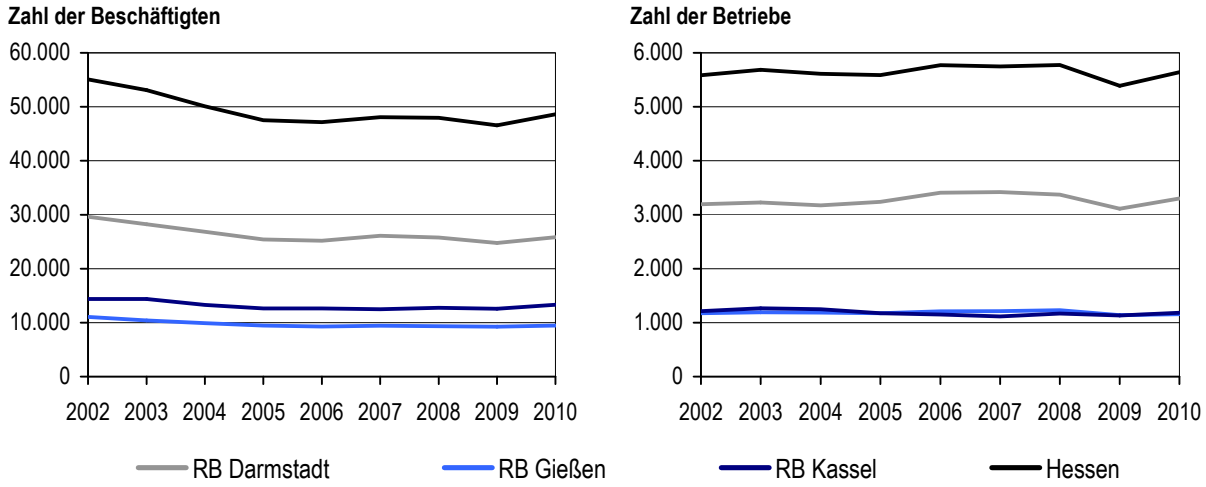
Auch der öffentliche Bau und der Verkehrsbau unterlagen in jüngster Zeit erheblichen konjunkturellen Schwankungen. Der schwachen Konjunktur im Jahre 2009 konnte sich auch dieser Bereich nicht entziehen, so dass sich von 2008 bis 2009 der baugewerbliche Umsatz in diesem Bereich erheblich – nämlich um 6 % – verringerte. Hieran schloss sich eine deutliche Umsatzerhöhung an, was sich auf die starken Impulse aus den Konjunkturprogrammen und das in jüngster Zeit gestiegene Steueraufkommen zurückführen lässt. Als Fazit lässt sich festhalten, dass im Zeitraum 2009 bis 2010 der Wirtschaftsbau als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise starke Umsatzeinbußen verzeichnete, während im Wohnungsbau ebenso wie im öffentlichen Bau und Verkehrsbau erhebliche Umsatzzuwächse zu verzeichnen waren. Somit konnten die Konjunkturprogramme den Nachfrageausfall infolge der Krise kompensieren.

Die Beschäftigungsentwicklung im Bauhauptgewerbe folgt zwar mit zeitlichen Verzögerungen der Umsatzentwicklung, gleichwohl werden die hierdurch bedingten Konjunkturschwankungen von säkularen Trends wie etwa dem technologischen Fortschritt, einer steigenden Arbeitsproduktivität und einem wachsenden Wettbewerbsdruck überlagert. All dies hat offenbar die hessischen Bauunternehmen in der Vergangenheit zu erheblichen Personalreduzierungen veranlasst, denn im Zeitraum 2002 bis 2010 verloren per Saldo 6.500 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, was verglichen mit dem Ausgangswert einem Personalabbau um 12 % entspricht (vgl. Abbildung 16). Am aktuellen Rand hat sich die Beschäftigung wieder stabilisiert, was auch die Branchenexperten bestätigen. Gleichzeitig zeigen sich in ausgewählten Berufsfeldern erste Anzeichen einer Fachkräfteknappheit.

Dieser Wandel kommt allerdings in regional unterschiedlicher Ausprägung zum Tragen. Während im Hinblick auf den Zeitraum 2002 bis 2010 für den Regierungsbezirk Darmstadt und den Regierungsbezirk Gießen Beschäftigungsrückgänge von 13 % bzw. 15 % zu beobachten sind, haben sich die Belegschaften im Regierungsbezirk Kassel in deutlich geringerem Ausmaß – nämlich um lediglich 7 % – reduziert. Offenbar war im Betrachtungszeitraum der Strukturwandel, was die Freisetzung von

Personal betrifft, im nordhessischen Raum weniger stark ausgeprägt als in anderen hessischen Landesteilen (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Entwicklung der Zahl der Beschäftigten* und der Zahl der Betriebe* im Bauhauptgewerbe in Hessen und den hessischen Regierungsbezirken von 2002 bis 2010



* Beschäftigte in sämtlichen Betrieben bzw. sämtliche Betriebe jeweils zum 30. Juni eines Bezugsjahres (jährliche Ergänzungserhebung).

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Über den Beobachtungszeitraum hinweg entwickelten sich die Beschäftigtenzahl und die Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe unterschiedlich. Gemäß den Daten aus der jährlichen Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe war die Gesamtzahl der Betriebe in Hessen in 2010 um 1 % höher als in 2002. Diese Zunahme ging mit einer Abnahme der an der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl gemessenen mittleren Betriebsgröße einher, denn diese ging von 9,9 Beschäftigten in 2002 auf 8,6 Beschäftigten in 2010 zurück. Eine Tendenz zu vergleichsweise geringen Betriebsgrößen haben auch die befragten Branchenvertreter ausgemacht.

Diese Entwicklung ähnelt dem gegenwärtigen Strukturwandel in anderen Gewerbezweigen wie etwa dem Maschinenbau und der Herstellung von Metallerzeugnissen, in denen sich während des hier betrachteten Zeitraums die Zahl der Beschäftigten je Betrieb ebenfalls merklich verringerte, was sich u. a. mit Produktivitätssteigerungen aufgrund eines zunehmenden Kapitalbesatzes begründen lässt.

Ähnlich wie die Beschäftigtenzahl entwickelte sich auch die Zahl der Betriebe im hessischen Bauhauptgewerbe regional unterschiedlich. Für den Regierungsbezirk Darmstadt, auf den in 2010 rund 60 % der hessischen Betriebe des Bauhauptgewerbes entfielen, ist im Vergleich zwischen den Jahren 2002 und 2010 eine Steigerung um rund 100 Betriebe bzw. 3 % zu erkennen. Das Baugewerbe im Rhein-Main-Gebiet konnte stark vom Wirtschaftsaufschwung profitieren. Demgegenüber waren

im Regierungsbezirk Gießen und im Regierungsbezirk Kassel, die in 2010 jeweils 20 % der Betriebe auf sich vereinten, Rückgänge der Betriebszahlen um rund 20 Betriebe (2 %) bzw. rund 30 Betriebe (3 %) zu verzeichnen.

6.2.2 Entwicklung des Ausbaugewerbes

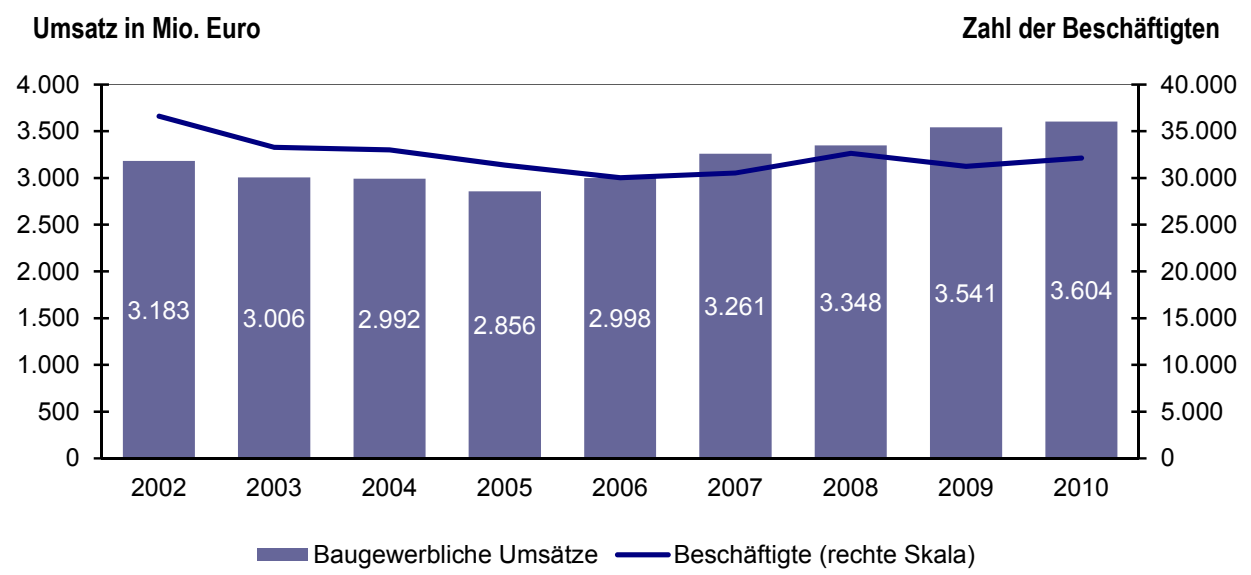
Im Zeitraum 2002 bis 2010 bewegte sich der baugewerbliche Umsatz des hessischen Ausbaugewerbes, dessen Konjunkturzyklus sich im Vergleich zu demjenigen des Bauhauptgewerbe weniger volatil gestaltete, in einer Bandbreite zwischen 2,8 Mrd. Euro und 3,6 Mrd. Euro (vgl. Abbildung 18). Letzterer Wert wurde im Jahre 2010 erreicht und entsprach 113 % des baugewerblichen Umsatzes im Jahre 2002. Offenbar konnte das Ausbaugewerbe einen Umsatzeinbruch direkt nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vermeiden, denn von 2005 bis 2010 nahmen die jährlichen baugewerblichen Branchenumsätze kontinuierlich zu, was sich mit unterschiedlichen Einflussfaktoren begründen lässt. Von 2005 bis 2007 folgte das Ausbaugewerbe dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung. Die sich hieran anschließenden Umsatzsteigerungen von 2008 bis 2009 um 6 % und von 2009 bis 2010 um weitere 2 % sind sicherlich zu einem großen Teil auf bauliche energetische Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der fiskalpolitischen Konjunkturstützung zurückzuführen. Derartige Maßnahmen wurden über die Konjunkturprogramme, in deren Fokus auch die energetische Gebäudesanierung stand, in umfangreichem Maße gefördert. Angesichts der vorstehend skizzierten Umsatzentwicklung bleibt festzuhalten, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise nahezu spurlos am hessischen Ausbaugewerbe vorübergegangen ist.

Vom gesamten baugewerblichen Umsatz, den das hessische Ausbaugewerbe im Jahre 2010 erzielte, wurden 66 % im Regierungsbezirk Darmstadt erwirtschaftet. Auf den Regierungsbezirk Gießen entfielen 13 % und auf den Regierungsbezirk Kassel 21 %. Es zeigen sich im Vergleich zwischen den Regierungsbezirken für die Umsatzveränderungen ausgeprägte regionale Disparitäten: So lag im Regierungsbezirk Darmstadt der baugewerbliche Umsatz des Jahres 2010 um 6 % über dem Umsatz des Jahres 2002. Im Vergleich hierzu fielen die entsprechenden Steigerungsraten für den Regierungsbezirk Gießen und den Regierungsbezirk Kassel mit 23 % bzw. 35 % wesentlich größer aus, was sich allerdings teilweise mit einem Basiseffekt begründen lässt.

Die Beschäftigung im hessischen Ausbaugewerbe verringerte sich von rund 36.600 Personen im Jahre 2002 auf rund 32.100 Personen im Jahre 2010 (vgl. Abbildung 18). Die intertemporalen Beschäftigungsverluste von rund 4.500 Personen entsprechen somit auf der Ebene des Landes Hessen rund 12 % des Ausgangswertes im Jahre 2002 und liegen demnach in einer vergleichbaren relativen Größenordnung wie diejenigen, die im Bauhauptgewerbe zu verzeichnen waren. Beachtlich ist zu-

dem, dass – jeweils im Vergleich zwischen den Jahren 2002 und 2010 – ein erheblich gestiegener Umsatz mit einer deutlich gesunkenen Beschäftigtenzahl erwirtschaftet wird.

Abbildung 18: Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes und der Zahl der Beschäftigten im hessischen Ausbaugewerbe* von 2002 bis 2010

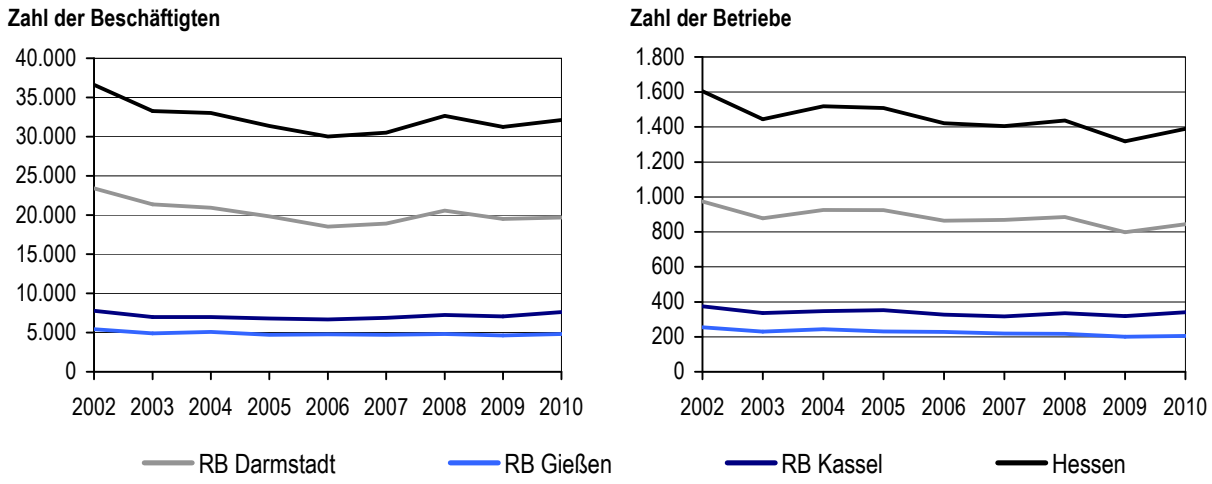


* Umsätze und Beschäftigte in den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (Jahreserhebung); Umsätze auf Jahresbasis; Zahl der Beschäftigten jeweils zum 30. Juni eines Bezugsjahres

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Bei einem regional differenzierten Blick auf die Beschäftigungsentwicklung in den hessischen Regierungsbezirken zeigen sich weitere Parallelen zur Entwicklung im Bauhauptgewerbe (vgl. Abbildung 19). Im Vergleich zwischen 2002 und 2010 fiel nämlich der relative Beschäftigungsrückgang im Regierungsbezirk Kassel mit 2 % erheblich moderater aus als in den Regierungsbezirken Gießen und Darmstadt, die Veränderungsraten von 11 % bzw. 16 % verzeichneten. Ob es sich bei den vorstehend skizzierten Beschäftigungsverlusten um Ausprägungen eines Strukturwandels handelt, der sich in ähnlicher Form zeitlich verzögert auch in Nordhessen vollziehen wird, ist bislang noch nicht abzusehen.

Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Beschäftigten* und der Zahl der Betriebe* im Ausbaugewerbe in Hessen und den hessischen Regierungsbezirken von 2002 bis 2010



* Beschäftigte in Betrieben mit 10 oder mehr Beschäftigten bzw. sämtliche Betriebe mit 10 oder mehr Beschäftigten jeweils zum 30. Juni eines Bezugsjahres (Jahreserhebung).

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Eine ähnliche regionale Differenzierung ist im hessischen Ausbaugewerbe auch für die Entwicklung der Zahl der Betriebe zu erkennen: Während im Vergleich 2002 bis 2010 für den Regierungsbezirk Kassel eine Verringerung der Betriebszahl um 9 % (Rückgang in absoluten Zahlen: 35 Betriebe) erfolgte, sind wiederum für die Regierungsbezirke Gießen und Darmstadt stärkere Rückgänge – nämlich um 13 % (50 Betriebe) bzw. 20 % (130 Betriebe) – festzustellen. Regional aggregiert reduzierte sich in Hessen die Zahl der Betriebe um ebenfalls 13 %, was auf einer Verringerung der absoluten Betriebszahl um 215 Betriebe beruhte. Letzteres lässt angesichts der oben illustrierten Zunahme der baugewerblichen Umsätze im hessischen Ausbaugewerbe darauf schließen, dass die Betriebe der Branche in der jüngeren Zeit bezüglich des im Mittel erzielten Umsatzes ein erhebliches Wachstum verzeichnen konnten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im vergangenen Jahrzehnt die hessische Bauwirtschaft im Bereich des Bauhauptgewerbes beachtlichen Umsatzschwankungen ausgesetzt war. Die aus der Wirtschafts- und Finanzkrise resultierenden Umsatzrückgänge im Wirtschaftsbau konnten jedoch durch die starken Umsatzimpulse aus den Konjunkturprogrammen ausgeglichen werden. Was die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe betrifft, so wirkt sich der langfristige Strukturwandel der Branche auf den Umfang der Belegschaften aus, denn von 2002 bis 2008 ging die Zahl der Mitarbeiter merklich zurück. Gleichwohl war im Hinblick auf Beschäftigung in jüngster Zeit eine leichte Aufwärtsbewegung erkennbar.

Die Umsatzentwicklung im Ausbaugewerbe folgte seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts einem deutlichen Aufwärtstrend, der auch durch den gesamtwirtschaftlichen Konjunktureinbruch im Zeitraum von 2008 bis 2009 nicht unterbrochen wurde. Offenbar haben sich die Nachfrageeffekte der Konjunkturprogramme in hohem Maße stabilisierend auf die Umsatzentwicklung ausgewirkt. Dies hat mit dazu beigetragen, dass die Zahl der Beschäftigten des hessischen Ausbaugewerbes derzeit erheblich höher ist als vor der Wirtschafts- und Finanzkrise.

6.3 Ausgewählte Konjunkturindikatoren für das Baugewerbe

6.3.1 Entwicklung der monatlichen Auftragseingänge und Umsätze im hessischen Bauhauptgewerbe

Anhand der monatlichen Auftragseingänge[50] lässt sich die Entwicklung des Bauhauptgewerbes zeitlich sehr differenziert illustrieren – und zwar sowohl hinsichtlich saisonaler Regelmäßigkeiten als auch bezüglich konjunktureller Zyklen. Was die saisonale Entwicklung anbelangt, so beleben sich die Auftragseingänge üblicherweise im Frühjahr und nach einer kurzen Kontraktion ein weiteres Mal im Sommer. Im Herbst folgt dann i.d.R., vor allem witterungsbedingt, ein mehr oder minder ausgeprägter Rückgang der Auftragseingänge. Im Hinblick auf die Konjunkturentwicklung ist anzumerken, dass ein Großteil der Auftragseingänge im Wirtschaftsbau auch noch gegen Ende eines Konjunkturaufschwungs erfolgt und somit – zeitlich verzögert – auch noch in Phasen eines beginnenden Konjunkturabschwungs auf die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes einwirkt. Analog hierzu benötigt es in der Startphase eines Konjunkturaufschwungs üblicherweise einige Zeit, bis sich die Unternehmen zu Erweiterungen ihrer baulichen Kapazitäten entschließen und hierdurch bedingt Bauaufträge erteilen.

Der gesamtwirtschaftliche Konjunkturaufschwung, der zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts seinen Anfang genommen hatte, schlug sich in einer merklichen Belebung der Auftragslage im Baugewerbe nieder (vgl. Abbildung 20). Dies kam in einer Steigerung der jährlich aggregierten Gesamtaufträge von 2,8 Mrd. Euro in 2004 bis auf 3,5 Mrd. Euro in 2008 zum Ausdruck.

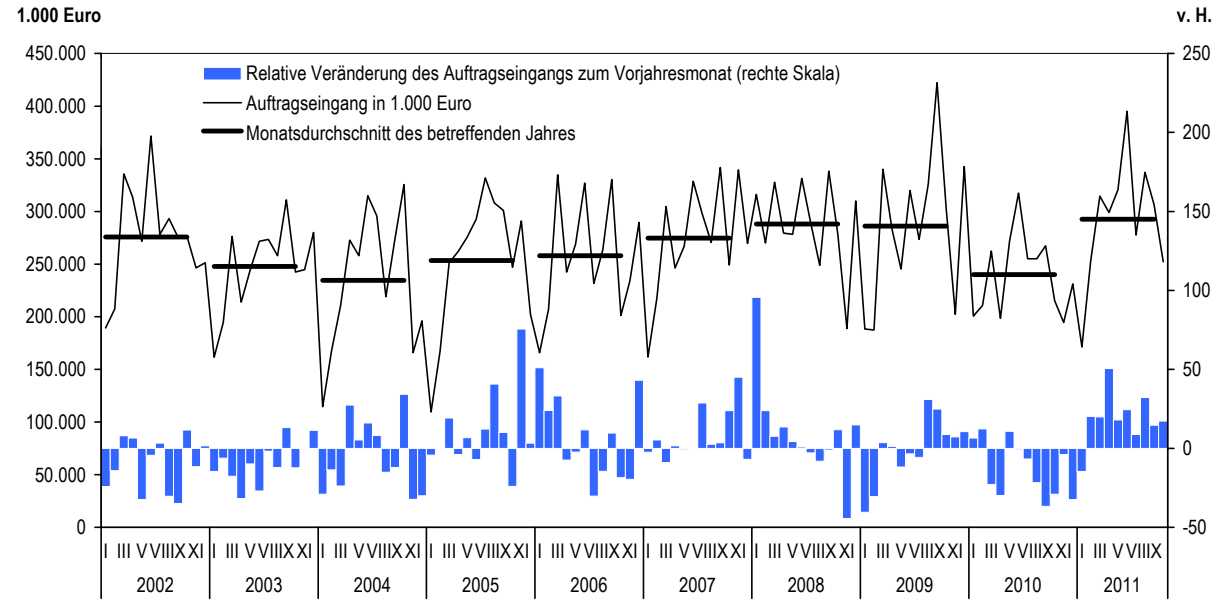
Kurz nach der Finanzkrise waren kaum Geschäftsrückgänge zu verzeichnen, denn die Aufträge des hessischen Bauhauptgewerbes im Jahre 2009 lagen nur unwesentlich unter der Größenordnung, die noch im Jahr zuvor erreicht worden war. Dies ist ein Resultat unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Zweigen des Baugewerbes. So musste der gewerbliche und industrielle Bau im Jahresvergleich 2009/2008 einen Rückgang des Volumens der Auftragseingänge um 16 % ver-

50 Angaben über den Auftragseingang sind nur für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten verfügbar.

zeichnen (vgl. Abbildung 21). Demgegenüber konnte der öffentliche Bau und Verkehrsbau einen Zuwachs um 13 % verbuchen, was sich großenteils auf die Konjunkturprogramme zurückführen lässt.

Im Anschluss hieran war ein Rückgang des Gesamtvolumens der Auftragseingänge zu beobachten. Gemessen am jeweiligen Monatsdurchschnitt wurde im Jahre 2010 ein um 16 % geringeres Auftragsvolumen an das Baugewerbe vergeben als im Jahre 2009, was wiederum ein Ergebnis disparater Veränderungen in den einzelnen Bereichen des Baugewerbes ist. Während nämlich etwa der Bereich gewerblicher und industrieller Bau einen Rückgang um 9 % verzeichnete, nahm das Auftragsvolumen im Bereich öffentlicher Bau und Verkehrsbau gar um 22 % ab. Letzteres hängt wohl teilweise damit zusammen, dass im Jahre 2009 aufgrund der öffentlichen Konjunkturprogramme ein im intertemporalen Vergleich sehr hohes Niveau des Auftragsvolumens im Bereich öffentlicher Bau und Verkehrsbau erreicht worden war und nachfolgend mit dem Abflauen dieser politisch induzierten Auftragswelle eine Kontraktion des Auftragsvolumens spürbar wurde.

Abbildung 20: Entwicklung des monatlichen Volumens der Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe* im Zeitraum 2002 bis 2011



* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

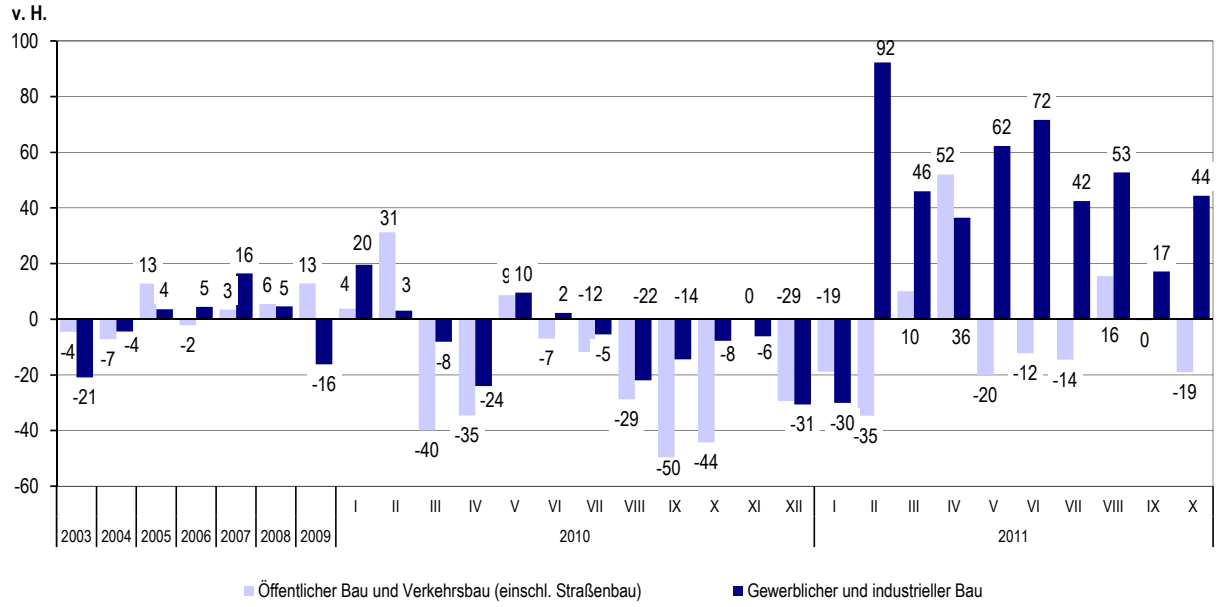
Im Vergleich zwischen 2011 und 2010 kann wieder von einer Stabilisierung der Auftragssituation gesprochen werden, denn das hessische Bauhauptgewerbe verzeichnete nach deutlichen Auftragszuwächsen im Februar, März und April 2011 auch in den Folgemonaten kräftige Nachfrageimpulse. Die hier skizzierte positive Entwick-

lung im Jahr 2011 wird auch durch die Einschätzung von Branchenexperten bestätigt, und auch für 2012 erwarten die Experten eine tendenziell günstige Auftragslage. Ein besonders umfangreiches Potenzial wird hierbei im Wirtschaftsbau und im Wohnungsbau gesehen. Die derzeitige Dynamik im Wohnungsbau liegt zum Teil auch darin begründet, dass Anleger gegenüber alternativen Finanzanlagen auf Immobilienvermögen ausweichen, was zu Neubautätigkeiten und Bestandssanierungen beiträgt.[51] Für den öffentlichen Bau rechnen die Branchenvertreter im Zuge des Auslaufens der Konjunkturprogramme und der zunehmenden Konsolidierungsbemühungen bei den öffentlichen Haushalten mit einer Zurückhaltung bei den Bauinvestitionen.

Die Auswertung von Daten aus der amtlichen Statistik lässt darauf schließen, dass am aktuellen Rand die Dynamik in der Bauwirtschaft weniger auf fiskalpolitische Impulse, sondern in großen Teilen auf die Belebung im konjunktursensiblen Bereich des gewerblichen und industriellen Baus zurückzuführen ist (vgl. Abbildung 21), denn dieser verzeichnete beispielsweise in den Monaten August, September und Oktober der Jahres 2011 – jeweils im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres – Zuwächse des Auftragsvolumens um 53 % bzw. 17 % und 44 %. Vergleicht man den Monatsdurchschnitt des Zeitraums Januar bis Oktober 2011 mit dem Monatsdurchschnitt des entsprechenden Zeitraums in 2010, so ergibt sich für den Bereich gewerblicher und industrieller Bau eine Steigerung des Auftragsvolumens um 43 %, die vor allem in einer regen Investitionstätigkeit bei Büro- und Industriebauten begründet liegt. Dem steht bei einem analogen intertemporalen Vergleich eine Verringerung um 5 % im Bereich öffentlicher Bau und Verkehrsbau gegenüber.

51 Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2011).

Abbildung 21: Entwicklung der Auftragseingänge des hessischen Bauhauptgewerbes* in den Bereichen öffentlicher Bau und Verkehrsbau (einschl. Straßenbau) sowie Wirtschaftsbau, Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in v. H. für den Zeitraum 2003 bis 2011



* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Während im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Januar bis Oktober 2010) in den Bereichen gewerblicher und industrieller Hochbau wie auch gewerblicher und industrieller Tiefbau Auftragszuwächse von 48 % bzw. 36 % erzielt werden konnten, musste der öffentliche Hochbau Auftragsrückgänge von 25 % realisieren. Der Straßenbau konnte einen Zuwachs von 1 % verzeichnen.

Betrachtet man den Zeitraum 2005 bis 2011, so lässt sich aus der Dynamik der baugewerblichen Auftragseingänge ein Grundmuster herauslesen: Bedingt durch zeitliche Verzögerungen bei der Transmission von Konjunktursignalen fungiert der Wirtschaftsbau in der Regel jeweils gegen Ende eines Konjunkturaufschwungs und zu Beginn eines Konjunkturabschwungs als Konjunkturmotor. Demgegenüber tritt in der Hauptphase eines Konjunkturabschwungs in zahlreichen Fällen der öffentliche Bau als stabilisierendes Element in Erscheinung. Letzteres war gemäß den vorstehend analysierten Daten zur Baukonjunktur vor allem im Zeitraum 2009 bis Anfang 2010 – also im Anschluss an die Finanz- und Wirtschaftskrise – der Fall, als von den öffentlichen Konjunkturprogrammen nachhaltige stützende Effekte auf die Bauwirtschaft ausgingen. Die zunehmende öffentliche Auftragsvergabe kompensiert zumindest teilweise die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise eingebrochene Nachfrage im Wirtschaftsbau.

Auf das im Rahmen der vorliegenden Untersuchung skizzierte Entwicklungsmuster der Baukonjunktur weisen auch die Ergebnisse einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hin.[52] In einer weiteren Untersuchung des DIW ließen sich ebenfalls stabilisierende Effekte der Konjunkturprogramme feststellen, die Autoren weisen gleichzeitig auf den zeitlich gestreckten Mittelabruf hin, der zum Teil umfangreiche Übertragungen in das Jahr 2011 nach sich zieht.[53] Es ist davon auszugehen, dass die Konjunkturprogramme auch im Jahr 2011 noch konjunkturstützende Effekte entfaltet haben.[54]

Bei einer Analyse der Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe ist die branchenspezifische Saisonfigur zu beachten, welche die zeitlichen Verzögerungen bei der Transmission von Bauaufträgen zu Bauumsätzen veranschaulicht. So braucht es typischerweise mehrere Monate, bis erteilte Aufträge in Umsätze der Bauunternehmen umgemünzt werden, was sich auch beim Vergleich zwischen Abbildung 20 und Abbildung 22 verdeutlicht. Dies gilt für sämtliche Bereiche des Baugewerbes, also u. a. für den Wirtschaftsbau und den öffentlichen Bau. Bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich im Vergleich zwischen 2008 und 2009 bzw. 2010 der Umsatz gemessen am Monatsdurchschnitt deutlich ermäßigt. Die Auftragsimpulse aus den Konjunkturprogrammen schlugen sich im Jahr 2009 zumeist noch nicht in den baugewerblichen Umsätzen nieder.

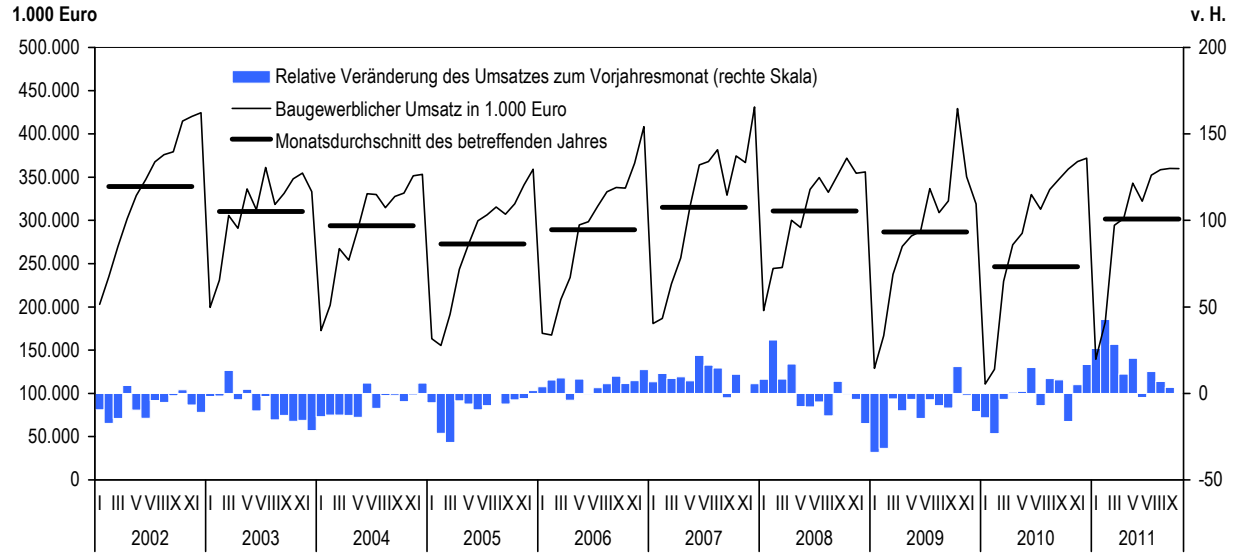
Am aktuellen Rand wirkt sich die günstige Auftragsentwicklung im hessischen Bauhauptgewerbe mittlerweile auch auf dessen Umsätze aus, denn für nahezu sämtliche Monate des Jahres 2011 lassen sich jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat erhebliche Umsatzsteigerungen feststellen (vgl. Abbildung 22). Beispielsweise konnten zu Jahresbeginn in den Monaten Januar, Februar und März Zuwachsraten von 26 % bzw. 43 % und 28 % erzielt werden. Auch der (jeweils auf Grundlage von zehn Monaten ermittelte) Vergleich der Monatsdurchschnitte deutet für 2011 gegenüber 2010 eine merkliche Aufwärtsbewegung an. Im Spätsommer 2011 hielt die Umsatzbelebung im Bauhauptgewerbe an, denn in den Monaten August und September wurden Umsatzzuwächse um 7 % und 4 % verzeichnet. Die Zuwachsrate im Oktober 2011 lag dann allerdings lediglich bei 0,1 %, woraus sich am aktuellen Rand die konjunkturelle Abschwächung ablesen lässt.

52 Vgl. Gornig, M. u. Weber, S. (2009), S. 815ff.

53 Vgl. Gornig, M. u. Hagedorn, H. (2010), S. 2ff.

54 Vgl. auch Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2011).

Abbildung 22: Entwicklung der monatlichen baugewerblichen Umsätze im hessischen Bauhauptgewerbe* im Zeitraum 2002 bis 2011

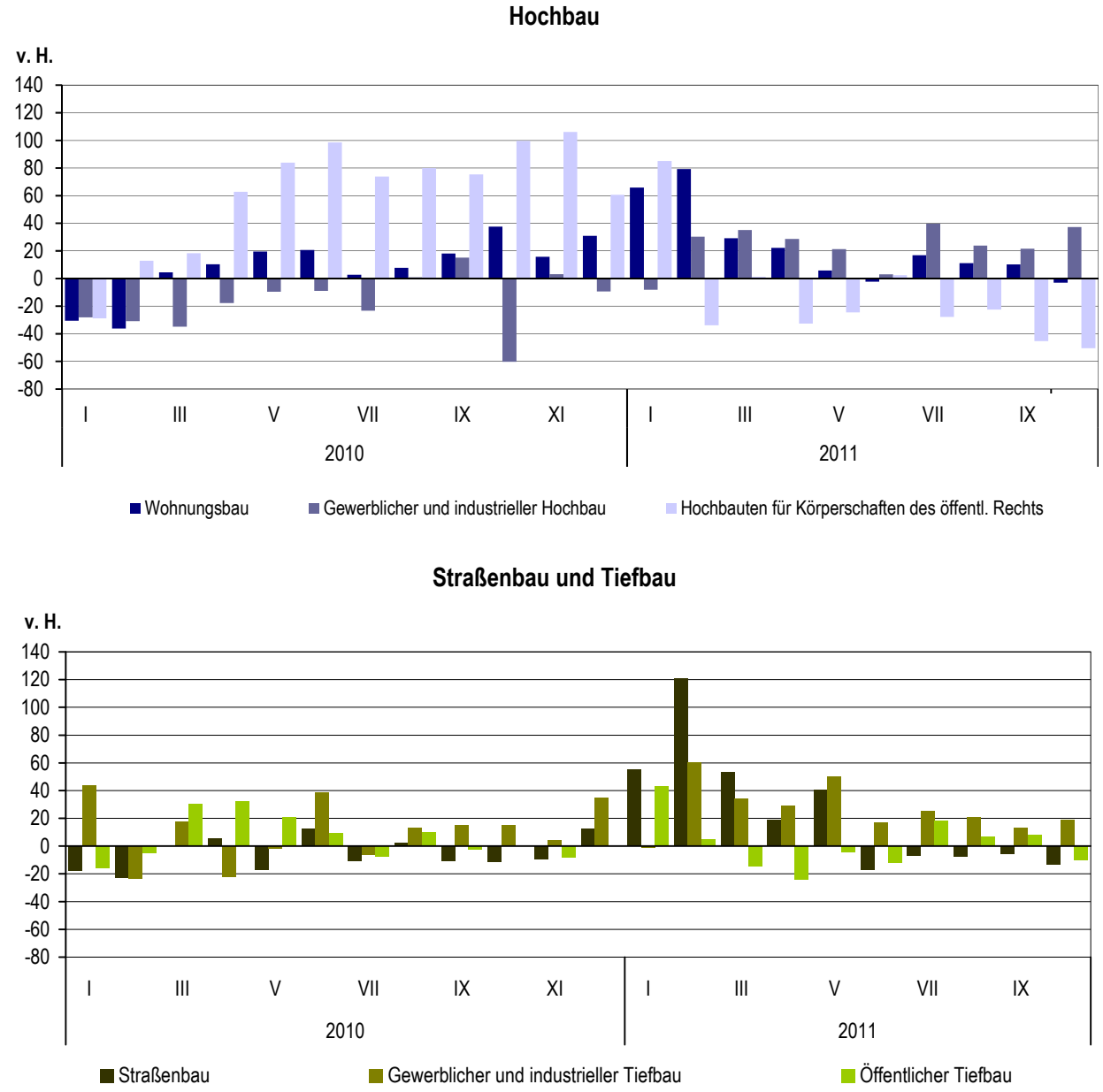


* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Im Querschnitt der verschiedenen Bauarten manifestieren sich erhebliche Unterschiede im jeweiligen Konjunkturverlauf. Was die Erstellung von Hochbauten für Körperschaften des öffentlichen Rechts betrifft, so konnte dieser Bereich – großenteils bedingt durch die Konjunkturprogramme – noch während des Jahres 2010 in nahezu sämtlichen Monaten jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat beachtliche Zuwächse erzielen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Steigerungsraten für die Monate August, September und Oktober, die sich auf 80 %, 75 % bzw. 100 % beliefen (vgl. Abbildung 23). Hieraus sind einmal mehr die im Hinblick auf den Konjunkturverlauf kompensierenden Wirkungen der Konjunkturprogramme ersichtlich.

Abbildung 23: Entwicklung der monatlichen baugewerblichen Umsätze im hessischen Bauhauptgewerbe* im Zeitraum 2010 bis 2011, Veränderungsraten in v. H. im Vergleich zum Vorjahresmonat



* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Im Verlauf des Jahres 2011 war dann eine Kontraktion in der Sparte Hochbauten für Körperschaften des öffentlichen Rechts erkennbar, die sich beispielsweise in den Monaten August, September und Oktober – jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat – in Umsatzrückgängen um 23 %, 45 % bzw. 51 % manifestierte.

Die Umsatzveränderungen im Wohnungsbau erklären sich ebenfalls zumindest teilweise aus politischen Impulsen, die vor allem aus staatlicherseits geförderten Sanierungsmaßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Wohngebäuden herrühren. Im Jahre 2011 beliefen sich die Veränderungsraten z. B. für die Monate August, September und Oktober auf plus 11 %, plus 10 % bzw. minus 3 %. Der Umsatzrückgang am aktuellen Rand weist auf eine zumindest leichte konjunkturelle Abkühlung im Wohnungsbau hin.

Auch im Straßenbau, dessen Aktivitäten größtenteils politisch induziert sind, machten sich nach einer starken Belebung im Frühjahr 2011 gegen Ende dieses Jahres deutliche Umsatzrückgänge bemerkbar. Dies ist exemplarisch aus den Verringerungsraten für die Monate August, September und Oktober von 8 %, 6 % bzw. 13 % ersichtlich.

Der Wirtschaftsbau (vgl. Abbildung 23) verzeichnete über das gesamte Jahr 2011 hinweg erhebliche – im Wesentlichen konjunkturbedingte – Umsatzzuwächse. Dies gilt vor allem für den gewerblichen und industriellen Hochbau, für den in den Monaten August, September und Oktober mit 24 %, 22 % und 37 % beachtliche Steigerungsraten erzielt wurden. Auch im gewerblichen und industriellen Tiefbau konnten in diesen Monaten vergleichsweise deutliche Umsatzsteigerungen, nämlich um 21 %, 13 % bzw. 19 %, realisiert werden. All dies lässt auf eine nach wie vor sehr starke Aktivität im privaten Wirtschaftsbau schließen.

Die vorstehend skizzierten Veränderungen bei Auftragseingang und Umsätzen des Bauhauptgewerbes sind auch vor dem Hintergrund der Variabilität des Klimas wie auch des Wetters zu sehen. Im Jahresverlauf folgt die Witterung in Abhängigkeit von den klimatischen Bedingungen einer – auch für den jahreszeitlichen Zyklus der Bautätigkeit bedeutsamen – grundlegenden Saisonfigur, die im Hinblick auf die physisch-geographischen Gegebenheiten im Land Hessen regional durchaus unterschiedlich ausfällt. So ist es für den zeitlichen Korridor, der für die Bauausführung besonders günstig ist, von großer Relevanz, in welcher hessischen Region die jeweiligen Gebäude oder Straßen erstellt werden. Besonders ausgeprägt zeigen sich diesbezügliche Unterschiede im Vergleich zwischen Mittelgebirgsregionen wie dem Hohen Vogelsberg, der Rhön oder dem Waldeckschen Upland, die durch vergleichsweise lange und harte Winter bzw. kurze Frühjahrsperioden geprägt sind, und klimatisch begünstigten Regionen wie etwa dem rhein-mainischen Großraum Frankfurt / Wiesbaden oder dem Limburger Becken. Auch gestaltet sich die konkre-

te Ausprägung der Saisonfigur der Witterung bekanntermaßen von Jahr zu Jahr variabel, was wiederum Folgewirkungen für den zeitlichen Verlauf der Bautätigkeit hat. Beispielsweise ist von der ausgeprägten Trockenheit im Spätwinter bzw. Frühjahr seit Februar 2011 sicherlich ein begünstigender Einfluss auf die Aktivität im Baugewerbe ausgegangen, und auch die sehr trockene Witterungsperiode im Spätsommer und Herbst seit September 2011 wird voraussichtlich nicht ohne Folgen für die hessische Baukonjunktur bleiben.

6.3.2 Ergebnisse ausgewählter Konjunkturumfragen

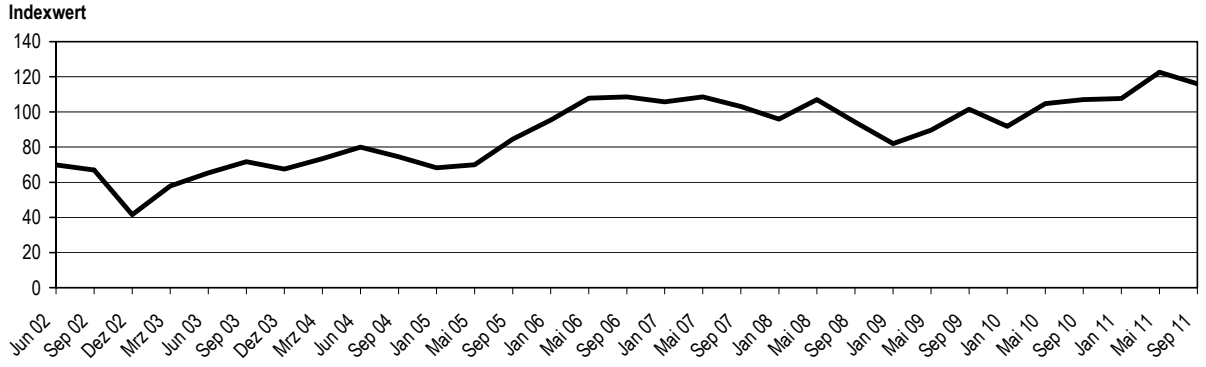
Zur konjunkturellen Entwicklung im Baugewerbe führen die Interessenverbände der Wirtschaft eigene Erhebungen durch. Im Folgenden werden aktuelle Befragungsergebnisse für das hessische Baugewerbe ausgewertet.

Der von den hessischen Industrie- und Handelskammern ermittelte Geschäftsklimaindex für die hessischen Bauwirtschaft beruht auf Befragungen von Unternehmen in den Bezirken der IHKs, die derzeit drei Mal jährlich – zu Jahresbeginn (Januar), im Frühsommer (Mai) und im Herbst (September) – durchgeführt werden. Der Geschäftsklimaindex setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen:

- Einschätzung der gegenwärtigen Geschäftslage durch die Unternehmen zum Zeitpunkt der Erhebung;
- Erwartung zur künftigen Geschäftslage der Unternehmen im Zeitraum der kommenden 12 Monate.

Laut Definition weist ein Indexwert von unter 100 Punkten auf eine negative Gesamtstimmung in der Bauwirtschaft hin. Liegt der Indexwert hingegen über 100 Punkten, so lässt sich dies als Anzeichen für eine positive Gesamtstimmung interpretieren. Was die Konjunkturentwicklung im hessischen Baugewerbe anbelangt, so überschritt der Geschäftsklimaindex, der im Zuge einer merklichen Verdüsterung der Branchenstimmung von Sommer 2008 bis Jahresbeginn 2009 infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise stark gesunken war, im Herbst 2009 wieder die 100 Punkte-Marke (vgl. Abbildung 24). Zu damaliger Zeit wurden offenbar bereits die ersten Auswirkungen der Konjunkturprogramme sichtbar.

Abbildung 24: IHK-Geschäftsklimaindex für die hessische Bauwirtschaft für den Zeitraum 2002 bis 2011



Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Industrie- und Handelskammern, Hessen Agentur.

Kurz unterbrochen von einer leichten Eintrübung zu Jahresbeginn 2010 setzte sich die Stimmungsaufhellung bis zum Frühsommer 2011 fort. Am aktuellen Rand – nämlich im Herbst 2011 – hat sich die Wirtschaftslage im Baugewerbe dann wieder leicht verschlechtert.[55]

Die nach wie vor günstige Wirtschaftslage im Baugewerbe spiegelt sich auch in weiteren Detailergebnissen aktueller IHK-Konjunkturumfragen wider: Gegenwärtig schätzen lediglich 7 % der Baubetriebe ihre Geschäftslage als schlecht ein, während 49 % eine gute Geschäftslage signalisieren. Zu Jahresbeginn 2011, als die Bauwirtschaft allenthalben noch durch einen harten Winter gebremst war, wurde die Geschäftslage von ebenfalls 9 % der Baubetriebe als schlecht und lediglich von 31 % als gut bezeichnet. Die Erwartungen zum künftigen Geschäftsklima haben sich allerdings seit Jahresbeginn eingetrübt, denn in der Umfrage vom Herbst 2011 haben nur noch 10 % der Befragten angegeben, eine Verbesserung der Geschäftslage zu erwarten. Im Vergleich hierzu hatten sich die Befragungsteilnehmer zu Jahresbeginn 2011 zu einem erheblich höheren Teil – nämlich 18 % – dieser Aussage angeschlossen.[56] Die Konjunkturexperten der Industrie- und Handelskammern schätzen die Konjunkturaussichten für den öffentlichen Bau eher ungünstig ein und begründen dies mit der gegenwärtig sehr angespannten Haushaltssituation in den Kommunen.[57]

Die jüngste Entwicklung der Geschäftslage schlägt sich nur schwach in den Veränderungen bei der Personalplanung nieder, denn im Vergleich zwischen Jahresbeginn 2011 und Herbst 2011 hat der Anteil der befragten Baubetriebe, die mit einer

55 Vgl. Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (Hrsg.) (2011), S. 3.

56 Vgl. ebenda.

57 Vgl. IHK-Forum Rhein-Main (Hrsg.) (2011), S. 15.

Zunahme der Beschäftigung rechnen, von 13 % auf 14 % zugenommen. In eine entgegengesetzte Richtung verändern sich die Investitionspläne, was in einer Ermäßigung des Anteils der Baubetriebe, die von einer Erhöhung ihrer Investitionen ausgehen, von knapp 16 % (Jahresbeginn 2011) auf gut 11 % (Herbst 2011) zum Ausdruck kommt. Gleichwohl zeigt sich in der Gesamtbetrachtung der vorstehend skizzierten Befragungsergebnisse, dass gegenwärtig in der hessischen Bauwirtschaft die positiven Konjunktursignale überwiegen.[58]

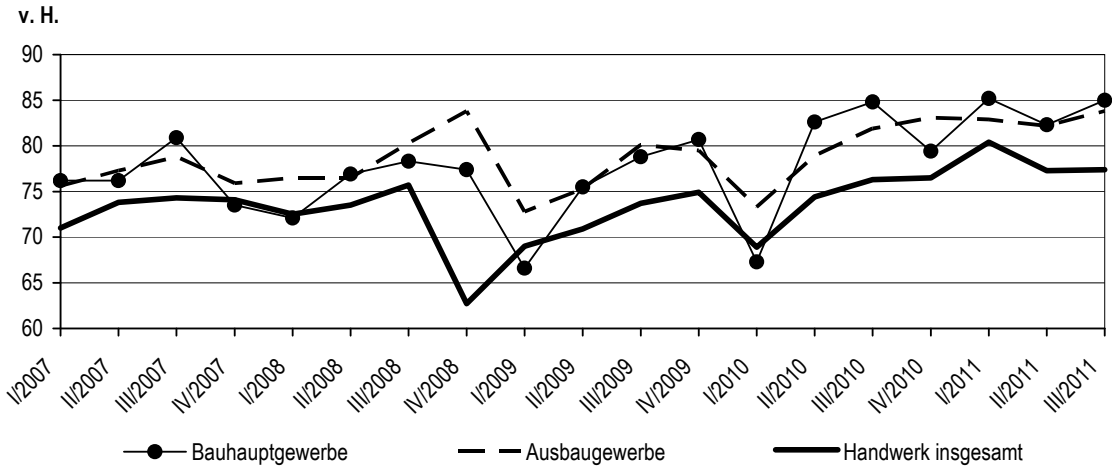
Die Handwerkskammern Kassel, Rhein-Main und Wiesbaden führen ebenfalls regelmäßige Konjunkturumfragen bei ihren Mitgliedsbetrieben im vierteljährlichen Rhythmus durch. Die Datenauswertung erfolgt – ähnlich wie bei den Erhebungen der amtlichen Statistik – differenziert nach Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe. Zu diesen beiden Teilbereichen zählen die folgenden Handwerksgruppen:

- Bauhauptgewerbe: Maurer, Betonbauer und Zimmerer, ferner Dachdecker, Straßenbauer sowie Gerüstbauer;
- Ausbaugewerbe: u. a. Fliesenleger, Maler und Lackierer wie auch Klempner, zudem Installateure und Heizungsbauer, Elektrotechniker, Tischler wie auch Glaser.

In den Konjunkturerhebungen der hessischen Handwerkskammern wird u. a. nach der durchschnittlichen Betriebsauslastung gefragt. Im Hinblick auf die jüngere Entwicklung dieses Indikators ist festzuhalten, dass sich vom vierten Quartal 2009 an – sicherlich konjunkturell wie auch saisonal bedingt – sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe die Betriebsauslastung deutlich verringerte (vgl. Abbildung 25). Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 2010 nahm die Betriebsauslastung dann in beiden Teilbranchen wieder kontinuierlich zu, bevor sich gegen Ende des Jahres 2010 – wiederum saisonal bedingt – im Bauhauptgewerbe die Betriebsauslastung merklich ermäßigte. Seit Jahresbeginn 2011 konnte dann – einmal abgesehen von einem temporären leichten Rückgang zur Mitte des Jahres 2011 – der im intertemporalen Vergleich außergewöhnlich hohe Auslastungsgrad in den Baubetrieben beibehalten werden.

58 Vgl. Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (Hrsg.) (2011), S. 3.

Abbildung 25: Betriebsauslastung im hessischen Handwerk im Zeitraum 2007 bis 2011 (Anteile in %)



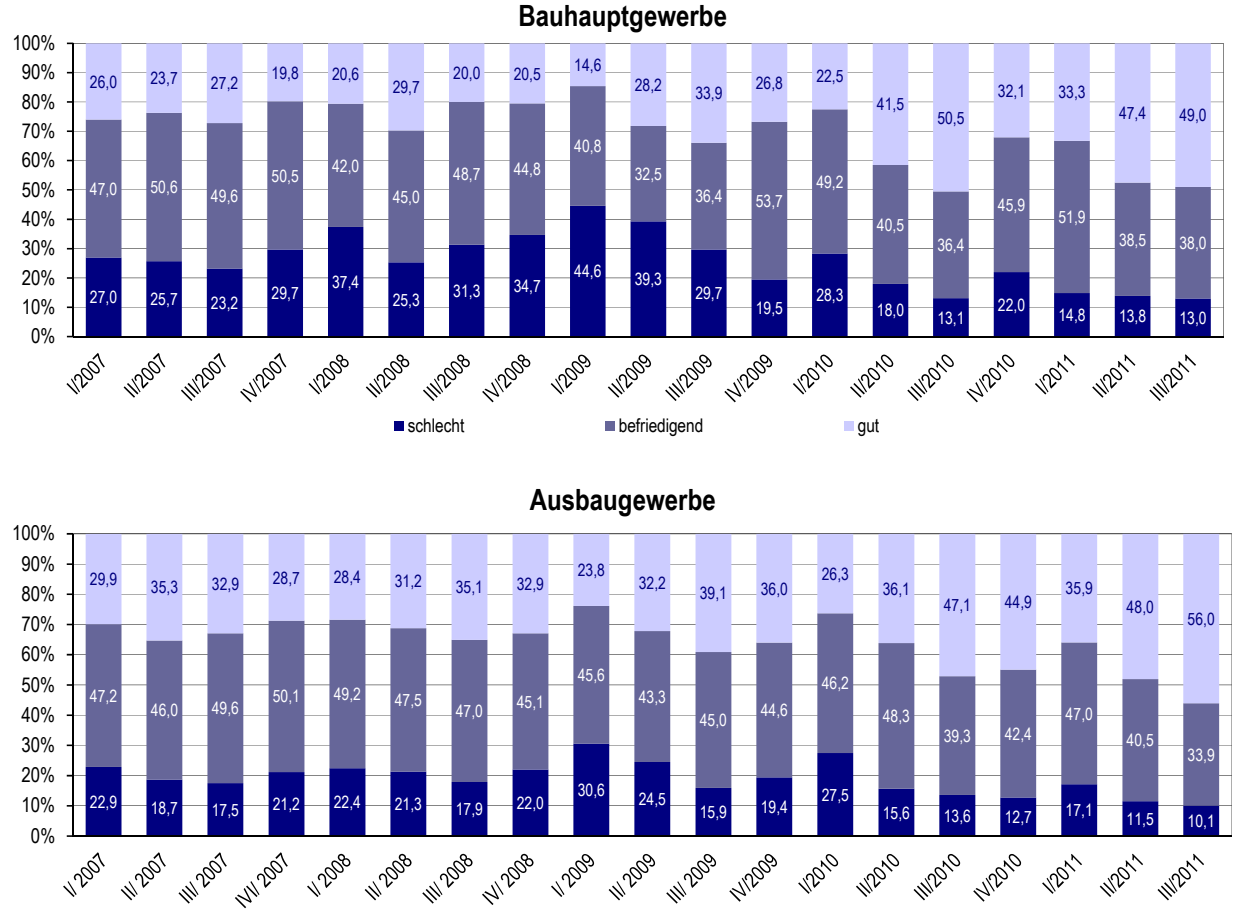
Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, Hessen Agentur.

Es zeigt sich, dass seit dem zweiten Quartal 2010 durchweg das Durchschnittsniveau der Betriebsauslastung in den beiden Zweigen des Baugewerbes deutlich über demjenigen im Handwerk insgesamt lag. Hierzu haben auch die Konjunkturprogramme einen wichtigen Beitrag geleistet. Für das Ausbaugewerbe ist eine entsprechende Differenz im Hinblick auf den gesamten Betrachtungszeitraum festzustellen. Auch im dritten Quartal 2011 war in Hessen die mittlere Betriebsauslastung im Bauhauptgewerbe ebenso wie im Ausbaugewerbe mit 85 % bzw. 84 % jeweils merklich höher als im Gesamtdurchschnitt des Handwerks, für den ein Vergleichswert von 77 % ermittelt wurde.[59] Die Werte für das dritte Quartal 2010 lagen bei 85 % (Bauhauptgewerbe), 82 % (Ausbaugewerbe) und 76 % (Handwerk insgesamt).[60] Insbesondere im Ausbaugewerbe hat offenbar während der vergangenen anderthalb Jahre nahezu ununterbrochen eine Konjunkturbelebung stattgefunden.

Zudem werden die Unternehmen zur Geschäftslage befragt. Laut den Ergebnissen dieser Befragungen hatte sich seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Laufe des Jahres 2008 auch in der Bauwirtschaft die Geschäftslage merklich eingetrübt, was in einem vergleichsweise hohen Anteil von Betrieben mit negativen Einschätzungen zur Geschäftslage seinen Ausdruck fand (vgl. Abbildung 26).

59 Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (Hrsg.) (2011), S. 8.
60 Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (Hrsg.) (2010), S. 8.

Abbildung 26: Geschäftslage in den Handwerksbetrieben des Baugewerbes im Zeitraum 2007 bis 2011 – Ergebnisse der Wirtschaftsbefragung der hessischen Handwerkskammern



Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, Hessen Agentur.

Im ersten Quartal 2009 schätzten 45 % der Unternehmen des Bauhauptgewerbes die Geschäftslage als „schlecht“ ein, und lediglich 15 % der Unternehmen bewerteten ihre Geschäftslage als „gut“ (vgl. Abbildung 26). Die Vergleichswerte für das Ausbaugewerbe hatten in diesem Quartal mit 31 % („schlecht“) und 24 % („gut“) ebenfalls Höchststände bzw. Tiefststände erreicht. Seitdem hat sich die Lage in den Betrieben offenbar merklich verbessert. Im Verlauf des Jahres 2010, also zu einer Zeit, als die Konjunkturprogramme ihre Wirkungen entfalteten, haben sich die Einschätzungen zur Geschäftslage deutlich aufgehellt.

Am aktuellen Rand – nämlich im dritten Quartal 2011 – stellt sich laut den Befragungsergebnissen die Geschäftslage im Baugewerbe recht positiv dar. Gleichwohl sind zwischen den zwei Teilbranchen persistente Unterschiede zu erkennen, denn der Anteil der Betriebe mit einer „guten“ Geschäftslage war nahezu während des gesamten hier betrachteten Zeitraums im Ausbaugewerbe beachtlich höher als im Bauhauptgewerbe. Im dritten Quartal 2011 haben sich von den Befragungsteilneh-

mern des Bauhauptgewerbes 49 % für die Bewertungskategorie „gut“ und 13 % für die Bewertungskategorie „schlecht“ entschieden, womit seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise hinsichtlich der Bewertungskategorie „schlecht“ ein Tiefstwert erreicht worden ist, was ein weiteres Indiz für die derzeit sehr günstige konjunkturelle Verfassung des Bauhauptgewerbes darstellt. Im Ausbaugewerbe wurde im dritten Quartal für die Bewertungskategorie „gut“ mit 56 % ebenfalls ein Spitzenwert erreicht, und der Wert für die Bewertungskategorie „schlecht“ unterschreitet mit 10 % den Vergleichswert des zweiten Quartals. Diese Entwicklung ist sicherlich zum Teil der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Dynamik geschuldet, denn diese bringt es mit sich, dass die Bauwirtschaft in hohem Maße von Investitionsaktivitäten profitieren kann.

Die Befragungsergebnisse der Hessischen Handwerkskammern lassen sich auch mit den Umfrageergebnissen zur Branchensituation, die in den Hessischen Mittelstandsberichten für die Jahre 2009 und 2010 enthalten sind, vergleichen. So zeigt ein intertemporaler Vergleich der Einschätzungen zur Finanzierungssituation im Baugewerbe, dass der Anteil der Unternehmensvertreter, die das betriebliche Größenverhältnis zwischen Fremdkapital und Eigenkapital als „sehr gut“ bezeichneten, im Sommer 2010 mit 18 % erheblich höher war als im Sommer 2009, in dem ein Vergleichswert von 13 % erreicht worden war. Für die Bewertungskategorie „gut“ erhöhte sich der entsprechende Anteilswert von 30 % in 2009 auf 38 % in 2010. All dies kann als weiterer Beleg für die nach der Krise durchaus günstige Konjunkturentwicklung im Baugewerbe dienen.[61]

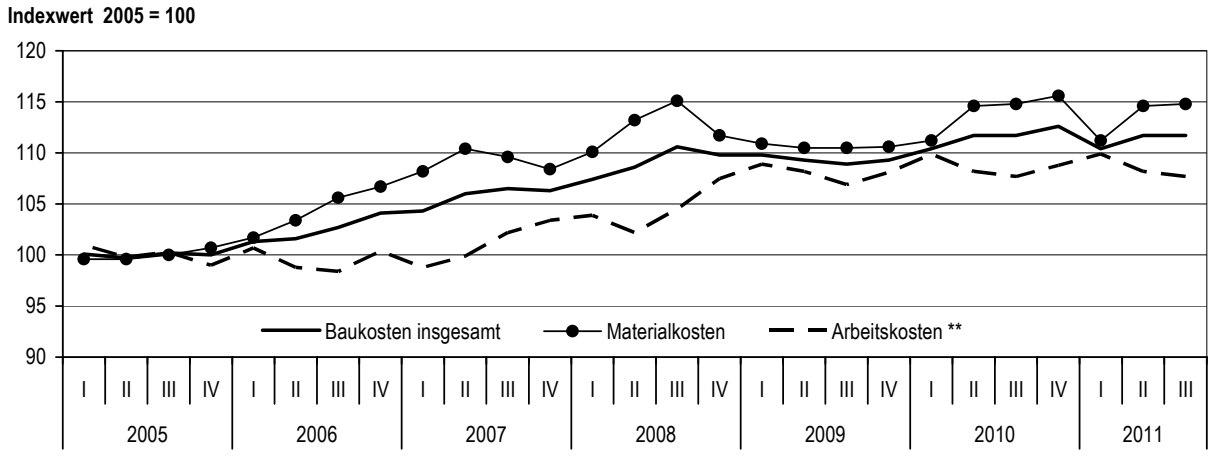
61 Vgl. Bauer, C., Frings, K. u. Harsche, J. (2009), S. 29f. sowie Bauer, C., Frings, K. u. Harsche, J. (2010), S. 74f.

6.4 Preisentwicklung im Baugewerbe

Zum Abschluss der vorliegenden Untersuchung der jüngeren Konjunkturentwicklung im Baugewerbe wird nachfolgend ein Blick auf die Preisentwicklung geworfen, weil gerade im Kontext von Konjunkturprogrammen regelmäßig die Frage nach politisch induzierten Preissteigerungen gestellt wird. Letztere können beispielsweise eine Folge von regional begrenzten Engpasskonstellationen im Baugewerbe sein, die u. U. aufgrund von öffentlichen Maßnahmen zur Konjunkturstützung hervorgerufen bzw. noch verschärft werden. Im Hinblick auf die Preisentwicklung im Baugewerbe finden nachstehend sowohl die Inputpreise als auch die Outputpreise Berücksichtigung.

Was die Inputpreise betrifft, so stellt beispielsweise der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Baukostenindex für den Neubau von Wohngebäuden die Entwicklung der Preise der von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren dar. Der Baukostenindex ist nur für Deutschland insgesamt verfügbar und misst die Kostenentwicklung im Wohnungsbau, und dies differenziert nach Materialkosten und Arbeitskosten (vgl. Abbildung 27).

Abbildung 27: Entwicklung der Baukosten* für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland 2005 bis 2011



* Ohne Umsatzsteuer

** Arbeitskostenindex für das Baugewerbe, kalender- und saisonbereinigt nach Census X-12-ARIMA

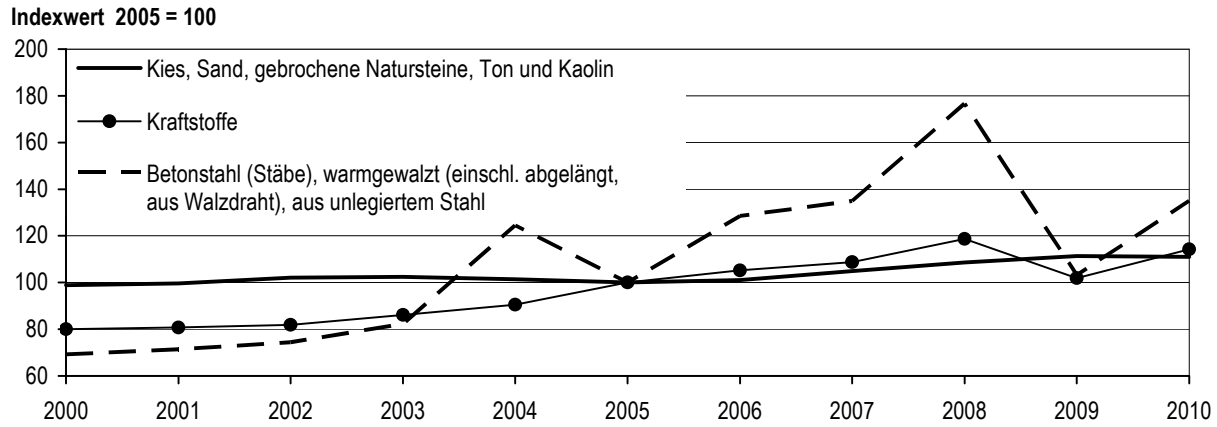
Quelle: Statistisches Bundesamt, Hessen Agentur.

Im Hinblick auf die vergangenen fünf Jahre ist festzustellen, dass die Materialkosten im Baugewerbe bis dato in mehreren Schüben – auch in Abhängigkeit von den Entwicklungen auf den internationalen Märkten für Rohstoffe und Halbwaren – stark gestiegen sind. Diese Feststellung wird auch durch die Aussagen in den Expertengesprächen gestützt. Die Aufwärtsentwicklung der Materialkosten setzte sich Mitte

des Jahres 2011 in geringem Maße fort. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Die Arbeitskosten haben sich hingegen zunächst deutlich moderater entwickelt, woran sich ein merklicher Anstieg seit dem dritten Quartal 2008 und dann nochmals seit dem zweiten Quartal 2010 anschloss. Seit dem ersten Quartal des Jahres 2011 haben sich gemäß den hier erörterten Indexwerten die Arbeitskosten in der Bauwirtschaft wieder ermäßigt.

Einen differenzierten Einblick in die jüngere Entwicklung der Baukosten ermöglichen auch die Indexreihen für die Preise in ausgewählten Kategorien von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen. Während etwa die Preise in der Gütergruppe „Kies, Sand, gebrochene Natursteine, Ton und Kaolin“ von 2005 bis 2009 kontinuierlich gestiegen und danach wieder leicht gesunken sind, ist für die Gütergruppe „Betonstahl (Stäbe)“ eine sehr volatile Preisentwicklung festzustellen, mit erheblichen Preissteigerungen seit 2007 und seit 2009 (vgl. Abbildung 28). Dies verdeutlicht, mit welch starken Preisschwankungen die Baubranche in einigen Inputsegmenten kalkulieren muss. Die Preiserhöhungen in der jüngeren Vergangenheit dürften zumindest teilweise auch dem einsetzenden allgemeinen Konjunkturaufschwung geschuldet sein. Die Preisentwicklung für Kraftstoffe unterliegt eigenen Gesetzmäßigkeiten, die teilweise von der Konjunktur, aber auch vor allem von weltweiten politischen Entwicklungen abhängen.

Abbildung 28: Entwicklung der Preise für ausgewählte Kategorien von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen* im Baugewerbe in Deutschland 2000 bis 2010



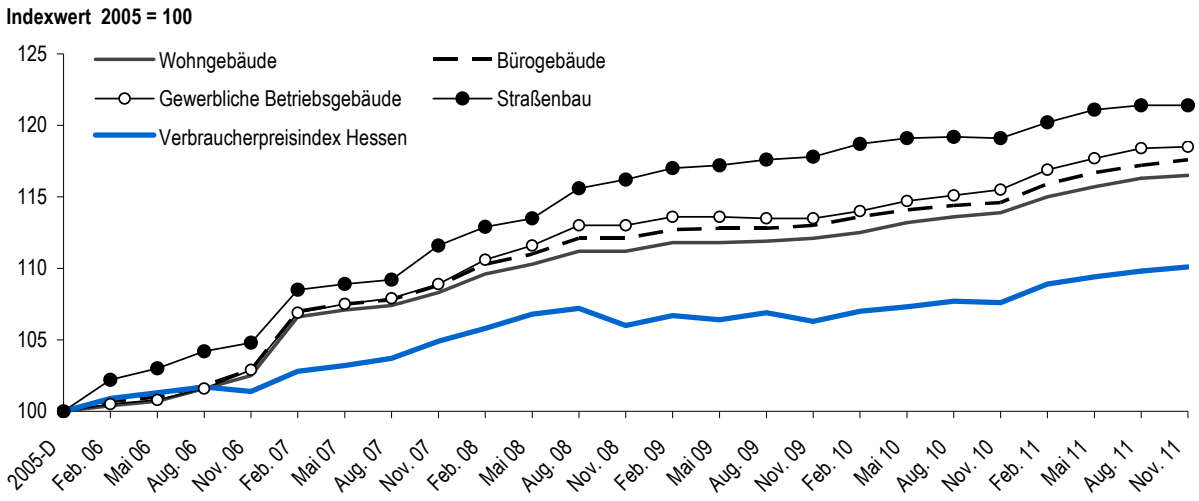
* ohne Umsatzsteuer, aber ggf. einschließlich Verbrauchsteuern (z.B. Mineralölsteuer)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hessen Agentur.

Die im Rahmen der amtlichen Statistik ermittelten vierteljährlichen Indizes für Bauleistungspreise stellen die Entwicklung der Preise für den konventionell gefertigten Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus sowie für Instandhal-

tungsmaßnahmen an Wohngebäuden dar. Die in den nachstehend erörterten Indizes abgebildeten Bauleistungspreise, bei denen es sich um die von den Bauherren tatsächlich gezahlten Preise handelt, unterliegen den Veränderungen der Produktivität und der Preisgestaltung der Bauunternehmen. In Hessen werden zur Ermittlung dieser Preise, die Marktpreise bei Auftragsvergabe und keine Angebotspreise darstellen, regelmäßig rund 500 repräsentativ ausgewählte Unternehmen des Baugewerbes befragt, die im jeweiligen Berichtsmonat (Februar, Mai, August und November) vertraglich vereinbarte Preise für ausgewählte Bauleistungen melden. Auf Grundlage dieses Datenmaterials wird nachfolgend auf die Entwicklung ausgewählter Preisindizes und auf deren Veränderungsraten eingegangen, wobei im Hinblick auf Letztere zwischen den Veränderungen zum Vorjahresmonat und den Veränderungen zum Vorberichtsmonat (zum vorherigen Erhebungsmonat des jeweiligen Bezugsjahres) unterschieden wird. Unter den hier berücksichtigten Preiskategorien haben seit dem Basisjahr 2005 in Hessen die Preise für Bauleistungen im Straßenbau am stärksten zugenommen, und zwar nach Maßgabe des entsprechenden Index um rund 21 % (siehe Abbildung 29). Im Vergleich hierzu haben sich die Preise in den anderen Branchensparten während des Betrachtungszeitraums moderater erhöht, was beispielsweise aus den Steigerungsraten der Bauleistungspreise für Wohngebäude (17 %) bzw. gewerbliche Betriebsgebäude (19 %) ersichtlich ist. Diese Veränderungsraten übertreffen allesamt den relativen Anstieg des Verbraucherpreisindex, der sich auf 10 % beläuft.

Abbildung 29: Preisindizes für Bauwerke in Hessen – Bauleistungen* am Bauwerk – 2005 bis 2011



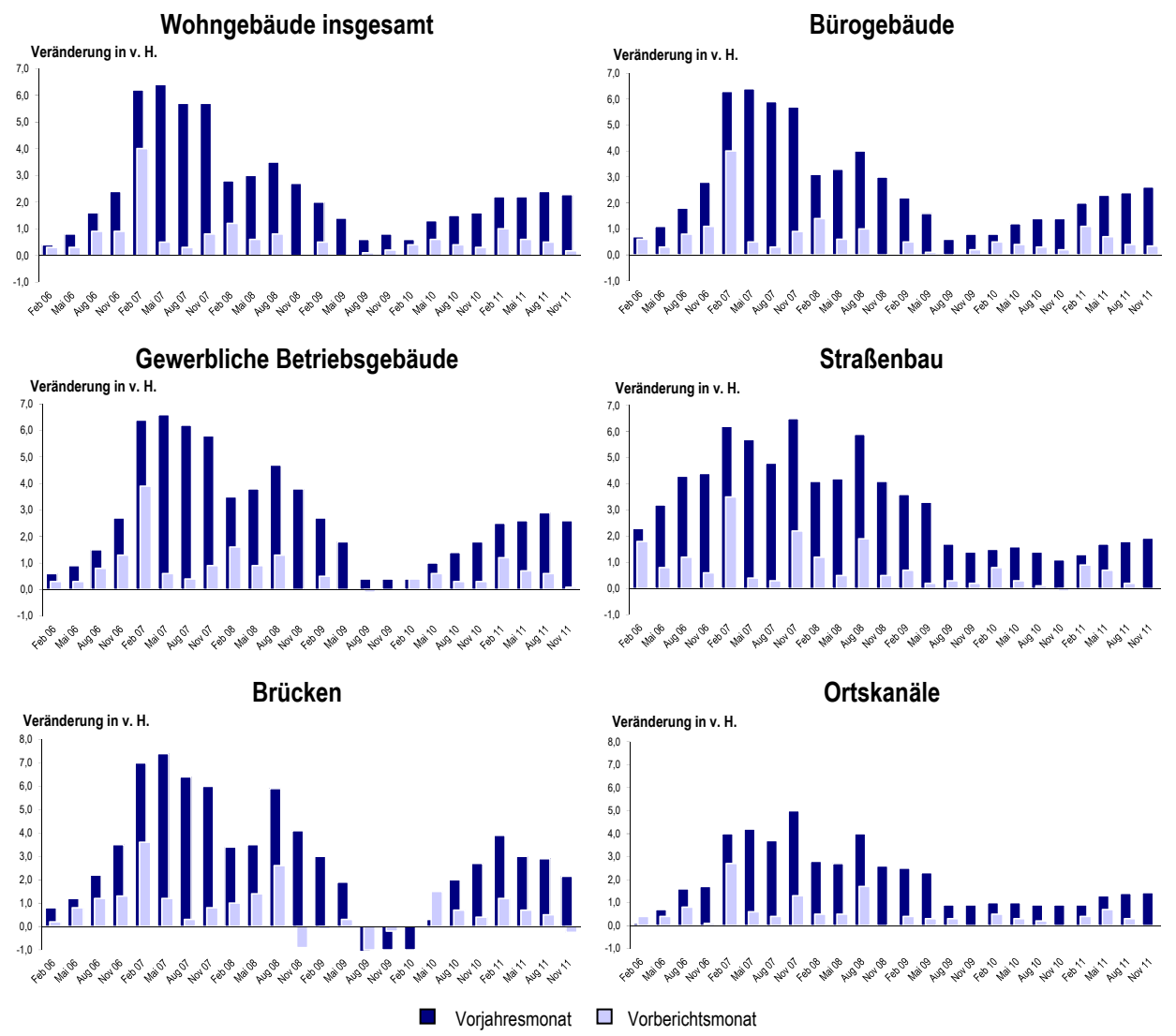
* Einschließlich Umsatzsteuer

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

Speziell in den Jahren 2009 und 2010 waren in Hessen keine gravierenden Preissteigerungen bei den Bauleistungen zu verzeichnen, und dies, obwohl im Rahmen der Diskussionen über die fiskalpolitische Konjunkturstützung befürchtet worden war, dass die zusätzlichen öffentlichen Investitionen zu Preiserhöhungen führen würden. Nimmt man die hier ausgewerteten Indizes zum Maßstab, so sind die Preise für Bauwerke in Hessen trotz der Konjunkturprogramme am aktuellen Rand relativ stabil geblieben.

In einzelnen Bereichen des Baugewerbes haben sich die Preise zwar leicht erhöht, die betreffenden Steigerungsraten für den November 2011 (bezogen auf den Vorberichtsmonat) lagen jedoch allesamt unter bzw. gleichauf mit der Anstiegsrate des Verbraucherpreisindex. Beispielsweise waren etwa im Bereich der gewerblichen Betriebsgebäude, der üblicherweise sehr konjunktursensitiv reagiert, für die letzten drei Erhebungsmonate des Jahres 2011 – Mai, August und November – im Vergleich zum Vorberichtsmonat (desselben Erhebungsjahres) Veränderungsraten von 0,7 % bzw. 0,6 % und 0,1 % festzustellen (siehe die hellblau markierten Säulen in Abbildung 30). Nimmt man den Vergleich zum Vorjahresmonat als Berechnungsgrundlage, so beliefen sich die Veränderungsraten für die betreffenden Monate auf 2,6 % bzw. 2,9 % und 2,6 % (siehe die dunkelblau markierten Säulen in Abbildung 30). Im Vergleich hierzu fielen die Veränderungsraten bezüglich des Vorjahresmonats beispielsweise im Straßenbau, der hierzulande nahezu ausschließlich der öffentlichen Hand obliegt, mit 1,7 % bzw. 1,8 % und 1,9 % geringer aus. Die Veränderungsraten bezüglich des Vorberichtsmonats beliefen sich auf lediglich 0,7 % bzw. 0,2 % und 0,0 %. Zuvor waren die Preissteigerungen im Straßenbau auch in der zweiten Hälfte der Jahres 2009 und während des Jahres 2010 relativ moderat ausgefallen. Dies ist ein Hinweis darauf ist, dass während der Konjunkturprogramme im Straßenbau keine gravierenden Preisbewegungen zu beobachten waren.

Abbildung 30: Entwicklung der Preisindizes für Bauwerke* in Hessen 2006 bis 2011 – Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahres- und Vorberichtsmonat in %



* Einschließlich Umsatzsteuer

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur.

6.5 Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungseffekte aufgrund von Verflechtungen des Baugewerbes mit anderen Wirtschaftsbereichen

Die nationale Input-Output-Rechnung als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt, wie das deutsche Baugewerbe in den gesamten Wirtschaftskreislauf eingebunden ist. Die Verflechtung mit anderen Branchen gibt Aufschluss darüber, welche Wirtschaftsbereiche von einer Stimulierung der Bauwirtschaft bzw. der beiden Bereiche „Vorbereitende Baustellen-, Hoch- und Tiefbauarbeiten“ sowie Bauinstallationsarbeiten und sonstigen Bauarbeiten“ besonders profitiert haben dürften.

Aus der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Input-Output-Tabelle[62] ergibt sich, dass die inländische Produktion an den Vorleistungen, auf welche das Baugewerbe zurückgreift, den weitaus größten Anteil hat. Der Anteil der Importe am Produktionswert fällt für das Baugewerbe niedriger aus als über alle Produktionsbereiche hinweg. Dies ist besonders auf den Bereich „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbauarbeiten“ zurückzuführen.

Eine nähere Betrachtung der Vorleistungen aus inländischer Produktion zeigt die Vielfalt der relevanten Waren und Dienstleistungen (vgl. Tabelle 5). Die gemessen an ihrem Anteil am Produktionswert im Jahr 2007 bedeutendsten Vorleistungen zu Herstellungspreisen waren bezogen auf den Bereich „Vorbereitende Baustellen-, Hoch- und Tiefbauarbeiten“ diejenigen aus den Bereichen „Keramik, bearbeitete Steine und Erden“, „Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens“ sowie „Unternehmensbezogene Dienstleistungen“. Für den Bereich „Bauinstallationsarbeiten und sonstige Bauarbeiten“ hatten Vorleistungen aus den Bereichen „Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.“, „Metallerzeugnisse“ sowie „Handelsvermittlungs- und Großhandelsleistungen“ den höchsten Stellenwert.

62 Aktuell lag zum Auswertungszeitpunkt die Input-Output-Tabelle des Jahres 2007 vor.

Tabelle 5: Zusammensetzung der Vorleistungen aus inländischer Produktion (2007)

	Anteil am Produktionswert (in %)		
	Baugewerbe insgesamt	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbauarbeiten	Bauinstallationsarbeiten und sonstige Bauarbeiten
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	6,3	11,1	1,9
Keramik, bearbeitete Steine und Erden	6,3	11,7	1,4
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	4,3	5,6	3,1
Handelsvermittlungs- und Großhandelsleistungen	4,2	2,6	5,6
Metallerzeugnisse	4,1	2,3	5,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.Ä.	3,7	0,0	6,9
Dienstleistungen der Vermietung beweglicher Sachen (ohne Personal)	2,7	3,9	1,6
Kunststoffwaren	2,7	1,5	3,7
Bauinstallations- und sonstige Bauarbeiten	2,4	4,7	0,3
Holz; Holz-, Kork-, Flechtwaren (ohne Möbel)	2,1	2,3	2,0
Dienstleistungen der Kreditinstitute	1,6	1,6	1,7
Vorb. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbauarbeiten	1,1	1,9	0,4
Chemische Erzeugnisse (ohne pharmazeutische Erzeugnisse)	0,9	0,1	1,6
Maschinen	0,8	0,1	1,5
Einzelhandelsleistungen; Reparatur an Gebrauchsgütern	0,8	0,4	1,2
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	0,8	1,0	0,6
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	0,6	1,4	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hessen Agentur.

Die so genannten inversen Koeffizienten drücken aus, wie stark Güter aus inländischer Produktion direkt und indirekt nachgefragt werden, um eine Werteinheit der Güter des Baugewerbes bereitstellen zu können. Neben den unmittelbaren Vorleistungen für die Produktion finden die weiter vorgelagerten Stufen entlang der Wertschöpfungskette Berücksichtigung. Über alle Gütergruppen hinweg ergaben sich für das Jahr 2007 bundesweit inverse Koeffizienten von rund 1,9 im Bereich „Vorbereitende Baustellen-, Hoch- und Tiefbauarbeiten“ sowie von 1,7 im Bereich „Bauinstallations- und sonstige Bauarbeiten“. Diese Verhältniszahl gibt an, dass um z. B. Güter im Bereich „Bauinstallations- und sonstige Bauarbeiten“ im Wert von 1 Euro bereitstellen zu können, direkt und indirekt Vorleistungen im Wert von 1,9 Euro benötigt werden, welche sich aus verschiedenen Gütergruppen zusammensetzen (z. B. aus Gütern der Bereiche „Keramik, bearbeitete Steine und Erden“ im Wert von 14 Cent, „Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens“ im Wert von 13 Cent etc.). Nach der Input-Output-Analyse für Deutschland ist daher zu erwarten, dass eine erhöhte Produktion im Baugewerbe über alle Produktionsbereiche hinweg weitere Effekte in nicht unbeträchtlicher Höhe auslöst. Die Veränderungen der exogenen Gegebenheiten im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie mögliche hessenspezifische Besonderheiten schränken die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf die konjunkturpolitischen Impulse jedoch ein.

7 Multiplikatoranalyse zur Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Impulse aus den Konjunkturprogrammen

7.1 Theoretische Grundlagen der Multiplikatoranalyse

Nach der Keynesianischen Konjunkturtheorie kann der Staat den konjunkturellen Verlauf durch finanzpolitische Maßnahmen beeinflussen, wobei zwischen direkten Nachfrageeffekten sowie indirekten und induzierten Effekten, den so genannten Multiplikatoreffekten, unterschieden wird. So haben die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen eine unmittelbare bzw. direkte Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auf das Bruttoinlandsprodukt. Da dieser primäre Nachfrageimpuls jedoch einen sekundären Wertschöpfungskreislauf in Gang setzt, geht der gesamte Nachfrageeffekt über die Höhe der zusätzlichen Staatsausgaben hinaus. Der Grund hierfür ist einerseits, dass die Unternehmen, auf die die zusätzliche Nachfrage entfällt, nun selbst auf der Nachfrageseite auftreten und bei Unternehmen vorgelagerter Produktionsstufen Leistungen und Vorprodukte einkaufen. Dies sind die indirekten Effekte. Andererseits fließt das in der ersten Stufe zusätzlich entstandene Einkommen den Privathaushalten in Form von Lohn- oder Gewinneinkünften zu und wird von diesen wiederum nachfragewirksam verausgabt. Diese induzierte zusätzliche Nachfrage führt zu einer weiteren, wenn auch geringeren Einkommenserhöhung im Vergleich zur ersten Stufe des Prozesses. Der Gesamtprozess schwächt sich von Stufe zu Stufe stark ab, bis er schließlich ausklingt. Den Multiplikatorprozess bremsende Faktoren sind zum einen die Ersparnisse der Privathaushalte sowie indirekte und direkte Steuern, die ebenfalls Konsumausgaben mindernd wirken. Zum anderen wird der Multiplikatoreffekt wesentlich durch den Grad der internationalen Verflechtung des Landes determiniert: Exportzunahmen lösen einen expansiven Multiplikatorprozess aus, weil die Nachfrage im Inland ansteigt; Importsteigerungen lösen einen kontraktiven Multiplikatorprozess aus, weil die Nachfrage nach inländischer Produktion sinkt, d.h. je höher die Importneigung, desto schwächer der Multiplikatoreffekt.

Anhand einer Multiplikatoranalyse soll im Folgenden der Gesamteffekt des Nachfrageimpulses der Konjunkturprogramme für Hessen abgeschätzt werden. Dabei muss beachtet werden, dass dem Multiplikatormodell verschiedene restriktive Annahmen zugrunde liegen. So wird vereinfachend angenommen, dass alle Haushalte die gleiche Konsumstruktur aufweisen. Darüber hinaus wird angenommen, dass die vorhandenen Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind, so dass es weder zu Preis- noch zu Lohnanpassungen kommt. Somit bietet die Multiplikatoranalyse eine Einschätzung darüber, wie groß der Gesamteffekt der zusätzlichen Staatsausgaben „im Idealfall“ sein wird. Bei der nachfolgenden Betrachtung handelt es sich um eine rein komparativ-statische Analyse, die nur ceteris paribus, d.h. unter der Annahme, dass alle Rahmenbedingungen gleich bleiben, gültig ist. Dies heißt unter anderem,

dass die Finanzierung der Staatsausgaben und mögliche Auswirkungen späterer Steueranpassungen oder staatlicher Sparprogramme im Rahmen dieses Modells keine Berücksichtigung finden.

Aussagen über die Dauer des Gesamtprozesses können mit dem hier verwendeten Modell ebenfalls nicht getroffen werden. Hinweise auf einen möglichen Zeitverlauf der Multiplikatorwirkung liefert z.B. der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2009/2010: Die Modellrechnungen weisen darauf hin, dass die positiven Output-Effekte der Konjunkturprogramme, die auf Staatsausgaben basieren, sich ausschließlich auf die (mehrjährige) Laufzeit der Programme beschränken. Nach dem Auslaufen der Programme kommt es dann zu negativen Multiplikatorwerten. Dies ist allerdings nicht per se als schlecht zu beurteilen, da das Hauptziel der Konjunkturprogramme eine Stabilisierung des Konjunkturverlaufs und hiermit dessen Glättung ist: Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts fällt gegebenenfalls nicht so stark aus wie ohne stabilisierende Konjunkturmaßnahmen. Im Gegenzug ist der folgende Aufschwung in der Regel schwächer. Es ist anzumerken, dass bei den ökonometrischen Simulationsmodellen, die für diese Schätzungen verwendet wurden, die langfristigen Wachstumswirkungen der Konjunkturprogramme, die sich über Produktivitätseffekte entfalten können, nicht erfasst sind.[63]

Die Ermittlung des regionalen Multiplikators für Hessen wird im Anhang zur Studie dargelegt. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Multiplikatoranalyse vorgestellt.

7.2 Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Konjukturprogramme für Hessen gemäß Multiplikatoranalyse

Im Folgenden wird auf Basis des für Hessen ermittelten regionalen Multiplikators[64] der Gesamteffekt des Nachfrageimpulses quantifiziert. Hierbei wird als Wert des Multiplikators der mittlere Wert von k = 1,38 zugrunde gelegt.

Der Gesamteinkommenseffekt ergibt sich aus dem Produkt des Multiplikators mit den zusätzlichen Ausgaben im Rahmen der Konjunkturprogramme, die in Hessen verbleiben. Der Primäreffekt stellt die Ausgaben im Rahmen der Konjunkturprogramme dar, die in Hessen verbleiben.[65] Der Sekundäreffekt wird durch Differenzbildung von Gesamteffekt und Primäreffekt ermittelt.

Zur Berechnung des Gesamteinkommenseffektes ist zunächst der regionale Verbleib der Ausgaben zu ermitteln. Hierüber gibt die Mitte 2010 von der Hessen Agen-

63 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2009), S. 169ff.

64 Vgl. Anhang zur Studie.

65 Hessen kann auch von den Ausgaben anderer Bundesländer im Rahmen des Konjunkturprogramms profitieren, wenn hessische Unternehmen Aufträge von außerhessischen Kommunen erhalten. Ohne genauere Untersuchung der Vergabepraxis anderer Bundesländer lässt sich allerdings dieser Effekt nicht quantifizieren.

tur durchgeführte Befragung der verantwortlichen Ansprechpersonen für die Maßnahmenumsetzung bei Kommunen und sonstigen Trägern Auskunft. Die Befragten waren gebeten, soweit möglich auch Unterauftragsvergaben durch Generalunternehmer zu berücksichtigen.[66] Die im Rahmen der Konjunkturprogramme beschlossene Senkung der Vergabegrenzen hat zu einer relativ starken regionalen Vergabe von kleineren Aufträgen beigetragen.[67]

Für Hessen insgesamt konnte für die regionale Verbleibquote ein Wert in Höhe von 80 % ermittelt werden, d.h. 80 % aller im Rahmen der Konjunkturförderprogramme vergebenen Aufträge verblieben in Hessen.[68] Würden im Extremfall die Ausgaben komplett in Hessen verbleiben, wäre die Verbleibquote 100 %, d.h. die Importquote läge bei 0. Dies ist ein unrealistisches Szenario. Ebenfalls für Hessen insgesamt nur eingeschränkt realistisch dürfte eine Verbleibquote von 50 % sein, ein Wert der im Rahmen einer empirischen Untersuchung für die Wirkungen des hessischen Sonderinvestitionsprogramms am Beispiel des Hochtaunuskreises für Hessen ermittelt wurde.[69] Die Verzerrung beruht insbesondere darauf, dass der Hochtaunuskreis mit seinem gering ausgeprägten Bausektor nicht repräsentativ für Hessen ist. Hinzu kommt die Änderung des Vergaberechts in Hessen, die sich – wie bereits erwähnt – positiv auf den regionalen Verbleib ausgewirkt haben dürfte. Nachfolgend wird eine Verbleibquote von 50 % jedoch als ein „Minimalszenario“ einbezogen.

Aufgrund der nur beschränkten Sicherheit des empirischen Werts der regionalen Verbleibquote sollen im Folgenden bei der Berechnung der regionalen Einkommenswirkungen durch die Konjunkturprogramme insgesamt vier Szenarien für den regionalen Verbleib betrachtet werden. Neben dem Minimalszenario wird im Referenzszenario von einer Verbleibquote von 80 % ausgegangen. Zusätzlich sollen in zwei weiteren Szenarien Abweichungen von jeweils 10 %-Punkten nach oben und unten betrachtet werden.

Minimalszenario:	Verbleibquote	= 50 %
Szenario untere Variante:	Verbleibquote	= 70 %
Referenzszenario:	**Verbleibquote**	**= 80 %**
Szenario obere Variante:	Verbleibquote	= 90 %

In der folgenden Tabelle 6 sind die Einkommenseffekte der Konjunkturprogramme für Hessen für die verschiedenen Szenarien bzw. Verbleibquoten dargestellt. Ge-

66 Vgl. Frings, K. u. Petkova, G. (2011), S. 6ff.

67 Vgl. Ebenda, S. 20ff.

68 Anzumerken ist hierzu, dass zum Befragungszeitpunkt die Aufträge noch nicht vollständig vergeben waren, insbesondere für einzelne Großprojekte und im Bereich Landesstraßenbau.

69 Vgl. Götz, D. (2009), S. 5f. Die Verbleibsquote von 50 % bezieht sich auf Aufträge, die der Hochtaunuskreis vergeben hat und die in Hessen verblieben sind.

mäß den Berechnungen reichen die Ergebnisse von rund 2,4 Mrd. Euro (Minimalszenario) bis rund 4,2 Mrd. Euro, die durch die Investitionen erreicht werden. Im Referenzszenario mit einer Verbleibquote in Höhe von 80 % wird durch die im Rahmen der Konjunkturprogramme verausgabten Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. Euro Investitionsvolumen beispielsweise ein Gesamteffekt in Höhe von rund 3,8 Mrd. Euro generiert.

Diese Berechnungen beruhen auf den im vorherigen Abschnitt abgeleiteten mittleren Multiplikator für Hessen in Höhe von 1,38, dem eine Importquote von 44 % und eine Konsumquote von 80 % zugrunde liegen.

Tabelle 6: Einkommenseffekte der Konjunkturprogramme für Hessen

	Minimalszenario	Szenario untere Variante	Referenzszenario	Szenario obere Variante
Verbleibsquote	50 %	70 %	80 %	90 %
Einkommenseffekt	**in Mill. Euro**			
Primäreffekt	1.704	2.386	2.727	3.068
Sekundäreffekt	648	907	1.036	1.166
Gesamteffekt	2.352	3.293	3.763	4.233

Quelle: Hessen Agentur.

Bei der Ermittlung von Beschäftigungseffekten gilt als Ausgangsüberlegung, dass das in der Region zusätzlich entstandene Einkommen zu einer Ausweitung der Produktion und damit zu mehr Beschäftigung führt. Dieser Gedanke basiert auf der Annahme, dass eine feste Beziehung zwischen Wertschöpfung und Beschäftigung besteht und mit wachsender Nachfrage die Beschäftigung ansteigt. Beschäftigungseffekte kann man sehr vereinfacht über Arbeitsplatzkoeffizienten (Kehrwert der Produktivität) ermitteln:

Beschäftigungseffekt = (1 / Produktivität) * zusätzliche Nachfrage

Dabei ist die zusätzliche Nachfrage gleich dem Einkommenseffekt.

Die Primäreffekte des Konjunkturprogramms wirken vor allem im Baugewerbe, die Sekundäreffekte (Multiplikatoreffekte) über die ganze Wirtschaft. Daher werden die Beschäftigungseffekte differenziert ermittelt: Bei den Primäreffekten wird die Produktivität im Baugewerbe angewandt, bei den Sekundäreffekten die gesamtwirtschaftliche Produktivität:

=> primärer Beschäftigungseffekt = (1 / Produktivität $_{\text{Baugewerbe)}}$ * zusätzliche Nachfrage $_{\text{Primäreffekte}}$

=> sekundärer Beschäftigungseffekt = (1 / Produktivität $_{\text{Gesamtwirtschaft)}}$ * zusätzliche Nachfrage $_{\text{Sekundäreffekte}}$

Ein Erwerbstätiger in der Bauwirtschaft in Hessen erwirtschaftete im Jahr 2010 durchschnittlich 46.227 Euro. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem) lag nach Angaben des Hessischen Statistischen Landesamts mit 64.398 Euro noch darüber.

Daraus ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 7: Beschäftigungseffekte der Konjunkturprogramme für Hessen

	Minimalszenario	Szenario untere Variante	Referenzszenario	Szenario obere Variante
Verbleibquote	50 %	70 %	80 %	90 %
Beschäftigungseffekt	**Erwerbstätige**			
Primäreffekt	36.866	51.612	58.985	66.358
Sekundäreffekt	10.056	14.079	16.090	18.101
Gesamteffekt	46.922	65.690	75.075	84.459
Arbeitsplätze pro 100.000 Euro Investitionsvolumen	1,38	1,93	2,20	2,48

Quelle: Hessen Agentur.

Die Beschäftigungseffekte, die durch die Konjunkturprogramme generiert werden, reichen demnach für Hessen von rund 47.000 (Minimalszenario) über rund 75.000 (Referenzszenario) bis rund 84.000 Beschäftigte (obere Variante). Bezieht man diese Ergebnisse auf die Investitionssumme in Höhe von 3,4 Mrd. Euro, so ergeben sich je 100.000 Euro Investitionen zwischen 1,4 und 2,5 Arbeitsplätze für Hessen.

Allerdings kann man hier nicht von zusätzlichen Arbeitsplätzen sprechen. Vielmehr ist Ziel der Konjunkturprogramme, durch zusätzliche Staatsnachfrage den konjunkturellen Nachfrageeinbruch in der Wirtschaft zu kompensieren. In diesem Sinne ist es eher sinnvoll, von Beschäftigungssicherung zu sprechen. Betrachtet man allein das Baugewerbe (Primäreffekt) wären den Berechnungen nach rund 59.000 Arbeitsplätze gesichert worden (Referenzszenario). Da die Investitionssumme weitestgehend über drei Jahre (2009, 2010, 2011) fließt, konnten im Durchschnitt jährlich fast 20.000 Arbeitsplätze im hessischen Baugewerbe gesichert werden.

8 Fazit

Die Untersuchung der Hessen Agentur, welche die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes und des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms begleitet hat, veranschaulicht die Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen. Die Analyse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verdeutlicht, dass die hessische Wirtschaft in beträchtlichem Maße von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war, sich aber rasch wieder erholen konnte. Für das Jahr 2012 herrscht bundesweit und auch für Hessen ein verhaltener Optimismus hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Investitionen, die infolge der Konjunkturprogramme getätigt wurden, haben sich sowohl nachfrageseitig im Rahmen der Leistungserstellung als auch angebotsseitig im Zuge der Leistungsabgabe niedergeschlagen. Im Rahmen der Förderung wurden mehr als 2,6 Mrd. Euro für Investitionsmaßnahmen der öffentlichen Hand in Hessen bereitgestellt. Insgesamt ermöglichte dies über alle hessischen Regionen hinweg weit über 5.000 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen insgesamt (einschließlich zusätzlich aufgebrachter Eigen- oder Drittmittel) von rund 3,4 Mrd. Euro. Die Untersuchungsergebnisse belegen, dass ein Großteil der grundsätzlich zusätzlichen Maßnahmen zügig beauftragt und umgesetzt wurde.

Der konjunkturpolitische Impuls wird zunächst bei den Auftragnehmern wirksam, welche die Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand umsetzen. Schwerpunktmäßig handelt es sich hierbei um das Bau- und Ausbaugewerbe am Standort Hessen, wie die Ergebnisse der Mitte 2010 von der Hessen Agentur durchgeführten schriftlichen Befragung [70] der verantwortlichen Ansprechpersonen für die Maßnahmenumsetzung bei Kommunen und sonstigen Trägern gezeigt haben. Rund 68 % der Aufträge wurden demnach im jeweils heimischen Regierungsbezirk vergeben. Unter Berücksichtigung der Vergabe in die jeweils anderen beiden hessischen Regierungsbezirke wurden rund 80 % der Aufträge innerhalb Hessens vergeben, was als eine sehr hohe Verbleibquote eingeschätzt werden kann. Der Vergabebeschleunigungserlass hat sich dabei positiv auf den regionalen Verbleib der Aufträge in Hessen ausgewirkt.

Die Datenanalyse zur Entwicklung des Baugewerbes sowie die Expertengespräche mit Branchenvertretern aus der Bauwirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 lassen darauf schließen, dass die Mittel aus den Konjunkturprogrammen die infolge der Wirtschaftskrise befürchtete negative Entwicklung der Bauinvestitionen kompensieren und zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen konnten. Eine weitgehend antizyklische Wirkung der Konjunkturprogramme ist demnach zu erkennen. Dabei weisen die befragten Experten aus der Bauwirtschaft und die

70 Vgl. Frings, K. u. Petkova, G. (2011), S. 6ff., S. 10ff. und S. 20ff.

kommunalen Vertreter darauf hin, dass die Erfahrungen bei der Umsetzung des Landes- und des Bundeskonjunkturprogramms differenziert zu betrachten sind. Vor allem das Landesprogramm, welches auf einen zügigeren Maßnahmenbeginn gesetzt hat und von der Art der Maßnahmen breiter als das Bundesprogramm ausgelegt war, wird positiv bewertet. Die Auslastung der Baubranche im Jahr 2009 und Anfang 2010 sei eher niedrig gewesen, so dass die zusätzlichen öffentlichen Aufträge den von der Krise betroffenen Betrieben geholfen hätten. Im weiteren Verlauf des Jahres 2010, als auch die private Nachfrage eine Belebung verzeichnete, seien zwar vereinzelt Kapazitätsengpässe und Preisanstiege zu beobachten gewesen, ohne dass nach Ansicht der Branchenvertreter von einem generellen und ursächlich unbedingt auf die Konjunkturprogramme zurückzuführenden Phänomen ausgegangen werden könne. Die Datenanalyse zur Entwicklung des Baugewerbes in Hessen zeigt hinsichtlich der Bauleistungen insgesamt moderate Preissteigerungen für die Jahre 2009 und 2010.

Die deutliche Stabilisierung der Auftragssituation im hessischen Bauhauptgewerbe im Jahr 2011 resultiert jenseits der Konjunkturprogramme auch aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Branchenexperten erwarten für das Jahr 2012 ebenfalls eine günstige Auftragslage. Die Stimmung spiegele das Vertrauen der Branche in die Zukunft wider. Potenzial wird vor allem im Wirtschafts- und Wohnungsbau gesehen. Für den öffentlichen Bau wünschen sich die Experten grundsätzlich eine Verstetigung der Auftragslage, gehen aber zunächst von einer stärkeren Investitionszurückhaltung aus. Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung im hessischen Baugewerbe zeichnet sich nach Einschätzungen der Branchenexperten – nach vor allem strukturell bedingten Personalreduzierungen in der Vergangenheit – eine Stabilisierung ab. Zum Teil sind nach Expertenansicht in ausgewählten Berufsfeldern Anzeichen einer Fachkräfteknappheit erkennbar.

Der primäre Nachfrageimpuls der Konjunkturprogramme setzt einen sekundären Wertschöpfungskreislauf in Gang. Zur Abschätzung des Gesamteffekts wurde im Rahmen der vorliegenden Untersuchung eine Multiplikatoranalyse durchgeführt. Für das Referenzszenario kann demnach bei der im Juni/Juli 2010 ermittelten Verbleibquote in Hessen in Höhe von 80 % und einem Investitionsvolumen im Rahmen der Konjunkturprogramme von 3,4 Mrd. Euro (2,6 Mrd. Euro Fördervolumen plus zusätzlich eingebrachte Eigen- und Drittmittel) von einem Gesamteinkommenseffekt in Höhe von 3,8 Mrd. Euro ausgegangen werden. Zudem wird eine Beschäftigungssicherung von im Durchschnitt jährlich knapp 20.000 Arbeitsplätzen im hessischen Baugewerbe geschätzt (Primäreffekt über drei Jahre).

Zugleich haben die Investitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung beigetragen. Sie haben vielfach einen unabhängig von der Krise vorhandenen Bedarf befriedigt bzw. eine auch auf lange Sicht

sinnvolle Verbesserung der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns bewirkt. Von den Investitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme haben vor allem der Schul- und Hochschulbereich sowie die sonstige kommunale Infrastruktur (Brandschutz, Sportstätten, Kindertageseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäuser, Kultureinrichtungen, sonstige bauliche Maßnahmen der sozialen Infrastruktur, Straßen), aber auch die kommunalen Krankenhäuser und der Landesstraßenbau profitiert. Die im Rahmen der Untersuchung betrachteten ausgewählten Fallbeispiele des Landeskonjunkturprogramms belegen die Vielfalt der damit einhergehenden Effekte. Hierzu zählen beispielsweise die positiven Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Quantität und Qualität der örtlichen Versorgung, Standortattraktivität und regionales Image. Zu nennen sind auch die Effekte auf die Effizienz einer Einrichtung und auf die kommunale Haushaltslage, auf die Zufriedenheit des Personals der Einrichtung und auf die Zufriedenheit der Bürgerschaft. Neben der nachfrageseitig positiven Wirkung der Konjunkturprogramme lassen sich somit auch angebotsseitig positive Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen feststellen.

Schlussendlich haben die Konjunkturprogramme für Hessen dazu beigetragen, den negativen Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Das Baugewerbe hat dabei besonders profitiert: das Bauhauptgewerbe hat rasch wieder einen Wachstumspfad erreicht; im Ausbaugewerbe konnte ein konjunktureller Einbruch vermieden werden. Zudem haben die konjunkturpolitischen Maßnahmen insgesamt geholfen, die Arbeitsplätze im Baugewerbe zu sichern. Wesentlich ist darüber hinausgehend, dass die Konjunkturprogramme an einem vorhandenen Bedarf angesetzt und zu einer Verbesserung der Infrastrukturausstattung geführt haben. Mit Mitteln der Konjunkturprogramme konnte ein Teil des bestehenden Investitionsstaus behoben werden. Die Fallstudien belegen in diesem Kontext, dass sich die Verbesserung der Infrastruktur auf vielfältige Weise für die einzelnen Kommunen und deren Bürger sowie letztlich für den Standort Hessen positiv ausgewirkt hat.

Anhang: Ausführungen zur Multiplikatoranalyse

Die Gesamtnachfrage Hessens setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

- dem Konsum der privaten Haushalte (C),
- den Investitionen privater Unternehmen (I),
- dem Konsum und den Investitionen öffentlicher Haushalte (G),
- dem Nachfrageüberschuss aus dem Ausland / aller übrigen Regionen (X-M).

Für das Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten (Volkseinkommen) gilt die nachfolgende Gleichung:

(1) $Y = C + I + G + (X\text{-}M) - T_{ind}$

Die einzelnen Bestimmungsgrößen der regionalen Nachfrage werden wie folgt definiert:

(2) $C = C_{aut} + c\ Y_{verf}$

(3) $Y_{verf} = Y - T_{dir} + U$

(4) $T_{dir} = t\ Y$

(5) $U = u\ Y$

(6) $M = M_{aut} + mC$

(7) $T_{ind} = i\ C$

(8) $I = I_{aut}$

(9) $G = G_{aut}$

(10) $X = X_{aut}$

Benennung der Variablen:

Y = Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten

C_{aut} = autonomer Konsum

c = marginale Konsumquote

Y_{verf} = verfügbares Einkommen der Haushalte

T_{dir} = direkte Steuern, inklusive Sozialbeiträge

T_{ind} = indirekte Steuern

t = Einkommensteuersatz

i = indirekter Steuersatz

U = staatliche Transferzahlungen (inkl. der Leistungen aus dem Sozialversicherungssystem)

u = marginaler Transfersatz

I_{aut} = private autonome Nettoinvestitionen

G_{aut} = autonome Staatsausgaben (staatliche Investitionen plus staatlicher Konsum)

X_{aut} = autonomer Export

M_{aut} = autonomer Import

m = marginale Importquote

Es ergibt sich folgende Gleichung für den Nachfrageeffekt, bedingt durch eine autonome Veränderung von Konsum, Investitionen, Staatsausgaben, Im- und Export:

$$(11) \qquad Y = \frac{1}{1 - c(1 - t + u)(1 - m - i)} * \left[(1 - m - i)C_{aut} + I_{aut} + G_{aut} + X_{aut} - M_{aut}\right]$$

In dem speziellen Fall der aktuellen Konjunkturprogramme wird der zusätzliche Nachfrageeffekt hauptsächlich durch Infrastrukturinvestitionen, die als autonome Staatsausgaben interpretiert werden können, erzeugt. Demzufolge ist der Wirkungsmechanismus über die Variable G relevant. Zwischen Inlandsprodukt und Staatsausgaben besteht der nachfolgende Multiplikatorzusammenhang:

$$(12) \qquad k = \frac{1}{1 - c(1 - t + u)(1 - m - i)}$$

Mit diesem Multiplikator lassen sich nun die Einkommenseffekte quantifizieren, die durch die zusätzlichen Staatsausgaben entstehen. Der Multiplikator ist dabei umso größer, je höher die Konsumquote c der privaten Haushalte ist. Er steigt auch mit wachsender Transferquote u, da diese Transfers das verfügbare Einkommen erhöhen. Die regionalen Multiplikatoreffekte werden umso geringer ausfallen, je höher die Importquote ist und je mehr Nachfrage durch direkte und indirekte Steuern (einschließlich Sozialabgaben) versickert.

Um die Höhe des Multiplikators für Hessen berechnen zu können, müssen folgende Variablen landesspezifisch ermittelt werden:

- marginale Konsumquote,
- direkte Steuerquote,
- Transferquote,

- indirekte Steuerquote,
- Importquote.

Hierfür werden an erster Stelle die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herangezogen. Für die Berechnung der **marginalen Konsumquote** werden Angaben der Verwendungsrechnung über die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie Angaben der Verteilungsrechnung über das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte herangezogen. Ausgehend von der absoluten Einkommenshypothese Keynes' wird ein stabiler und linearer Zusammenhang zwischen dem realen verfügbaren Einkommen und dem realen Konsum unterstellt. Entsprechend dem zugrunde liegenden makroökonomischen Modell, das den Konsum und das verfügbare Einkommen in realen physischen Einheiten misst, werden die Daten vor ihrer Analyse preisbereinigt. Die Höhe des verfügbaren Einkommens determiniert als exogene Variable die Höhe des Konsums (siehe Gleichung (2)). Mit wachsendem Einkommen erhöhen die Wirtschaftssubjekte im Durchschnitt ihren Konsum. Gleichwohl steigt der Konsum in geringerem Maße als das verfügbare Einkommen an. Die marginale Konsumquote ist somit positiv, aber kleiner als eins. Durch die Berechnung einer Regressionsfunktion wird die Höhe der marginalen Konsumquote für Hessen bestimmt.

Die aus den vorliegenden Daten ermittelte Regressionsgerade lautet:

$$C = 11.405 + 0{,}801\ Y_{verf}$$

$$R^2 = 0{,}9852$$

Die marginale Konsumquote für Hessen beträgt damit 0,801, also 80,1 Prozent.[71] Das Bestimmtheitsmaß (R^2) in Höhe von 0,9852 bestätigt die Annahme eines linearen Zusammenhangs zwischen Konsum und verfügbarem Einkommen. Bestimmt man darüber hinaus das 95-Prozent-Konfidenzintervall für die Konsumquote, so ergibt sich ein Wertebereich zwischen 0,735 und 0,866. Bei einem Konfidenzniveau von 99 Prozent liegt die Konsumquote zwischen 0,719 und 0,882.

(13) $c = 0{,}80$

Die **direkte Steuerquote** für Hessen wird folgenderweise geschätzt: Aus der Verteilungsrechnung der VGR für das Jahr 2009 werden die Angaben über die geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern der privaten Haushalte und über die geleistete Sozialbeiträge der privaten Haushalte summiert und ins Verhältnis zum Primäreinkommen der privaten Haushalte (Verteilungsrechnung) gesetzt. Dies ergibt eine Steuerquote von 0,42, d.h. die Belastung der den hessischen Haushalten zugeflos-

71 Marginale Konsumquoten erweisen sich im Zeitverlauf als sehr stabile Größen. Für Hessen bewegen sie sich seit 1991 nur mit geringen Abweichungen um den Wert von 80 %.

senen Einkünfte mit direkten Steuern und Sozialabgaben liegt bei 42 %. Seit 2003 ist die so errechnete direkte Steuerquote annähernd stabil.

(14) $t = 0{,}42$

Den Haushalten fließen neben den Haupteinkünften aus selbständiger und unselbständiger Arbeit auch Transferzahlungen des Staates (Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung usw.) zu. Die **Transferquote** gibt an, welcher Anteil des Einkommens der Haushalte auf staatliche Transferzahlungen zurückzuführen ist. Die Transferquote für Hessen wird als das Verhältnis zwischen den empfangenen monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte und dem Primäreinkommen der privaten Haushalte definiert. Für das Jahr 2009 ergibt sich somit eine Transferquote von 0,24.[72]

(15) $u = 0{,}24$

Der **indirekte Steuersatz** gibt an, welcher Teil der Konsumausgaben in Form von indirekten Steuern (Gütersteuern) an den Staat fließt. Da die indirekten Steuern sehr unterschiedlich gestaltet sind, ist es ohne weiteres nicht möglich einen durchschnittlichen Steuersatz zu errechnen. Auf Landesebene ist das Problem noch größer, da viele der Statistiken bei weitem nicht in der Detailliertheit wie auf der Bundesebene vorliegen. Aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbraucherstichprobe können zwar hessenspezifische Angaben zum Konsumverhalten der privaten Haushalte gewonnen werden. Theoretisch sollte es auch möglich sein, für jede Ausgabengruppe einen spezifischen Steuersatz zu bestimmen, um nachher einen durchschnittlichen Steuersatz als gewichteten Mittelwert zu errechnen. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass einige der Verbrauchsteuerarten sich nicht als Verhältnis „Steuersumme zur Ausgabensumme“ errechnen lassen. So werden z. B. die Energiesteuern pro „Energieeinheit“ (Liter, kw/h, usw.) und nicht auf den Umsatz erhoben. Da die Ausgaben für Kraftstoffe und Energie eine immer prominentere Rolle bei den Konsumausgaben einnehmen, würden grobe Schätzungen in diesem Bereich so große Ungenauigkeiten aufweisen, dass die resultierende Quasi-Genauigkeit eines hessenspezifischen indirekten Steuersatzes nicht gerechtfertigt werden kann. Daher wird im Rahmen dieser Untersuchung auf eine Schätzung des indirekten Steuersatzes auf Bundesebene zurückgegriffen. Eine ausführliche Studie über die Inzidenz von Bundesmitteln[73] gibt erste Ansätze zur Beurteilung von Steuerbelastung der Konsumausgaben. Dort wird die Belastung der Konsumnachfrage durch Mehrwertsteuer und spezifische Verbrauchsteuern (Gütersteuern) in Deutschland auf ca. 12 % eingeschätzt.[74] Die Studie benutzt allerdings eine Statistik, die vor

72 Die so definierte Transferquote kann als relativ stabil betrachtet werden, da sie seit 1996 zwischen den Werten 0,25 und 0,23 schwankt.

73 Vgl. Färber, G. et al. (2007).

74 Vgl. ebenda, S. 26.

der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 erhoben wurde. Somit dürfte der indirekte Steuersatz heute etwas höher liegen. Eine einfache Schätzung des indirekten Steuersatzes erlauben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. das gesamtwirtschaftliche Güterkonto.[75] Die Summe der Gütersteuern im Verhältnis zu den Konsumausgaben gibt einen Schätzwert für die Belastung der Konsumausgaben mit indirekten Steuern: 13,8 %. Somit wird in der Multiplikatoranalyse für Hessen eine indirekte Steuerquote von 0,138 angenommen.

(16) $i = 0{,}138$

Die nächste Schwierigkeit ist die Schätzung der regionalen **Importquote**. Die genaue Ermittlung einer regionalen Importquote würde exakte Kenntnisse der interregionalen Handels- und Konsumverflechtungen erfordern (z.B. in Form einer aktuellen regionalen Input-Output-Tabelle), die aber auf Landesebene nicht vorliegen. Demzufolge wurden auch in vergleichbaren Studien verschiedene Annahmen zur Höhe der regionalen Importquote getroffen. Aussagegehalt und Wert der Importquote variieren in den unterschiedlichen Studien stark, wie beispielhaft der Tabelle 8 zu entnehmen ist.

Tabelle 8: Regionale Importquoten in vergleichbaren Studien

Jahr	Autor/Quelle	Untersuchungsraum	Regionale Importquote in %
2008	Pavel, F. (2008)	Berlin	45
2006	Färber, G. et al. (2007)	Großraum Berlin	47
2006	Färber, G. et al. (2007)	Ruhrrevier	21
2005	Spehl, H. et al. (2005)	Rheinland-Pfalz	43
2007	Input-Output-Tabelle 2007	Bundesrepublik	16
2002	Franz, P., Rosenfeld, M. T. W., Roth, D. (2002)	Sachsen-Anhalt	55
1995	Oser, U. u. Schröder, E.(1995)	Baden-Württemberg	26

Quelle: Hessen Agentur.

Hessenspezifische Ergebnisse wurden beispielsweise durch eine Unternehmensumfrage erhoben, die dazu diente den Anteil der importierten Vorleistungen am regionalen Produktionswert von Nordhessen für verschiedene Produktionsbereiche zu ermitteln. Die Importquoten variieren demnach von 17,3 % bei den nichtmarktbestimmten Dienstleistungen bis 55 % im Produktionsbereich Eisen/Stahl. Das Baugewerbe weist eine Importquote von 27 % auf.[76]

Die folgenden regionalen Importquoten wurden für die hessischen Raumordnungsregionen geschätzt.

75 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2011), S. 626.
76 Vgl. Blume, L. u. Fromm, O. (2000), S. 35.

Tabelle 9: Regionale Importquoten und Einkommensmultiplikatoren für die Raumordnungsregionen in Hessen

Raumordnungsregion	Importquote in %	Einkommensmultiplikator
Nordhessen	49,8	1,31
Mittelhessen	49,1	1,32
Osthessen	56,9	1,26
Rhein-Main	37,7	1,41
Starkenburg	48,3	1,32

Quelle: Färber, G. et al. (2007).

Wie zu erwarten ist, besteht ein Zusammenhang zwischen der Größe des betrachteten Gebietes und der jeweiligen Importquote. So wird für die Bundesrepublik insgesamt eine Importquote von 16 % ausgewiesen. Ein relativ kleines Bundesland wie Sachsen-Anhalt hingegen hat einen Wert von 55 % (vgl. Tabelle 8). Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch innerhalb Hessens (vgl. Tabelle 9). Die Raumordnungsregion Rhein-Main hat die geringste Importquote mit knapp 38 %; Osthessen, das sind die beiden Landkreise Fulda und Hersfeld-Rotenburg, kommt hingegen auf knapp 57 %. Werden die in Tabelle 9 ausgewiesenen Importquoten z.B. mit den regionalen nominalen Bruttoinlandsproduktangaben des Jahres 2009 gewichtet, so ergibt sich für Hessen insgesamt eine Importquote von 44 %. Dieser Wert lässt sich konsistent in die Angaben der Tabelle 8 einordnen und wird in den folgenden Rechnungen als plausibel angenommen.

(17) $m = 0,44$

Auf der Grundlage der getroffenen Annahmen lässt sich der Multiplikatorwert für Hessen quantifizieren. Setzt man die berechneten Parameter in Gleichung (12) ein, so ergibt sich ein Wert in Höhe von 1,38.

(18) $k = 1,38$

Da alle Koeffizienten, die die Höhe des Multiplikators beeinflussen, auf Schätzungen beruhen, ist dieser Wert mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Die Transferquote und die direkte Steuerquote zeigten sich als relativ stabil im Zeitverlauf, so dass mit diesen relativ wenig Unsicherheit verbunden ist. Der direkte Steuersatz ist eine Definitionsgröße, für die sich kein Konfidenzintervall ermitteln lässt. Eine Betrachtung im Zeitverlauf ist für die Zielsetzung dieser Studie daher wenig sinnvoll (ungleiche gesetzliche Bestimmungen).

Besonders sensibel reagiert der Multiplikator auf eine Veränderung der Konsumquote. Deshalb ist es sinnvoll, verschiedene Szenarien im Rahmen des ermittelten Konfidenzintervalls der Konsumquote zu prüfen. Die Importquote ist der Koeffizient, der

mit der größten Unsicherheit behaftet ist. Daher soll der Multiplikator in Abhängigkeit von verschiedenen interregionalen Verflechtungsgraden abgeschätzt werden. Tabelle 10 gibt einen Überblick über die verschiedenen Werte des Multiplikators je nach gewählten Werten für die Konsum- und Importquote. Unter den getroffenen Annahmen zeigt sich eine Spannbreite für den Multiplikatorwert von 1,23 bis 1,54.

Tabelle 10: Multiplikatorwerte bei veränderter Importquote bzw. Konsumquote

Importquote / Konsumquote	**0,35**	**0,44**	**0,55**
0,75	1,46	1,35	1,24
0,80	1,51	1,38	1,26
0,85	1,55	1,42	1,28

Quelle: Hessen Agentur.

Der mittlere Wert des Multiplikators in Höhe von 1,38 liegt im Rahmen der Ergebnisse zu den regionalen Einkommensmultiplikatoren für die hessischen Raumordnungsregionen (vgl. Tabelle 9). Eine aktuelle empirische Untersuchung zur regionalökonomischen Bedeutung der Universität Kassel kam im Jahr 2011 auf einen Multiplikatorwert von 1,31.[77] Gemäß einer Literaturauswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen zeigt sich, dass die Auswirkungen von Konjunkturprogrammen im Rahmen der Leistungserstellung meist eher klein sind. Die Multiplikatoren sind im Zeitablauf tendenziell gesunken.[78]

77 Vgl. Beckenbach, F., Daskalakis M. u. Hofmann, D. (2011).

78 Vgl. Brügelmann, R. (2009).

Verzeichnis der Gesprächspartner/innen

Name:	Institution:
Expertengespräche zur Bauwirtschaft in Hessen:	
Eckart Drosse	Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e. V.
Bernhard Mundschenk	Handwerkskammer Wiesbaden
Otto Kuhn	Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V.
Fallbeispiel „Astrid-Lindgren-Schule, Fulda“:	
Frank Volmer	Stadt Fulda
Kurt Stein	Stadt Fulda
Thomas Rixner	Stadt Fulda
Werner Schäfer	Stadt Fulda, Ansprechpartner Fulda Galerie
Gabrielis Steinberger	Astrid-Lindgren-Schule Fulda
Rolf Kemmler	Reith+Wehner Architekten
Fallbeispiel „Grundschule Seckmauern, Lützelbach“:	
Dietrich Kübler	Odenwaldkreis, Landrat
Oliver Grobeis	Odenwaldkreis, 1. Kreisbeigeordneter
Christian Weyrich	Odenwaldkreis, Energiebeauftragter
Rolf Anthes	Odenwaldkreis
Björn Uhrig	Odenwaldkreis
Florian Voigt	Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH

Fallbeispiel „Hallenbad Kostheim, Wiesbaden“:

Isabel Messer	Landeshauptstadt Wiesbaden
Ralph Patzelt	Landeshauptstadt Wiesbaden
Jörg Höhler	mattiaqua – Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit, Betriebsleiter
Michael Syska	mattiaqua – Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit
Martin Weber	mattiaqua – Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit

Fallbeispiel „Kindertagesstätte Mäuseburg, Lahntal“:

Manfred Apell	Gemeinde Lahntal, Bürgermeister
Sandra Riehl	Gemeinde Lahntal
Simone Karcher	Kinder sind unsere Zukunft e. V.
Angela Dammasch	Kindertagesstätte Mäuseburg
Michael Nies	Kindergarten-Förderverein Lahntal e. V.

Fallbeispiel „Rathaus Kaufungen, Kaufungen“:

Arnim Roß	Gemeinde Kaufungen, Bürgermeister
Jürgen Christmann	Gemeinde Kaufungen
Susanne Schmidt-Osterberg	Gemeinde Kaufungen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung		Seite
1	Entwicklung des Auftragseingangs im hessischen Verarbeitenden Gewerbe	4
2	Effekte von Investitionsmaßnahmen	8
3	Verteilung des Förderkontingents nach Förderbereichen	13
4	Verteilung des Investitionsvolumens der Maßnahmen nach Förderbereichen	16
5	Astrid-Lindgren-Schule in Fulda	26
6	Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Astrid-Lindgren-Schule“ in Fulda	27
7	Heizungsanlage der Grundschule Seckmauern in Lützelbach	33
8	Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Grundschule Seckmauern“ im Odenwaldkreis	34
9	Sanierung des Hallenbads Kostheim in Wiesbaden	40
10	Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Hallenbad Kostheim“ in Wiesbaden	43
11	Kindertagesstätte Mäuseburg in Lahntal-Goßfelden	49
12	Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Kindertagesstätte Mäuseburg“ in Lahntal-Goßfelden	50
13	Rathaus in Kaufungen	55
14	Schematische Darstellung der Wirkungszusammenhänge im Fallbeispiel „Rathaus“ in Kaufungen	58
15	Entwicklung von Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Hessen für Baumaßnahmen	62
16	Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes und die Anzahl der Beschäftigten im hessischen Bauhauptgewerbe von 2002 bis 2010	65
17	Entwicklung der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe in Hessen und den hessischen Regierungsbezirken von 2002 bis 2010	67
18	Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes und der Zahl der Beschäftigten im hessischen Ausbaugewerbe von 2002 bis 2010	69
19	Entwicklung der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Betriebe im Ausbaugewerbe in Hessen und den hessischen Regierungsbezirken von 2002 bis 2010	70
20	Entwicklung des monatlichen Volumens der Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe im Zeitraum 2002 bis 2011	72
21	Entwicklung der Auftragseingänge des hessischen Bauhauptgewerbes in den Bereichen öffentlicher Bau und Verkehrsbau (einschl. Straßenbau) sowie Wirtschaftsbau, Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in v. H. für den Zeitraum 2003 bis 2011	74
22	Entwicklung der monatlichen baugewerblichen Umsätze im hessischen Bauhauptgewerbe im Zeitraum 2002 bis 2011	76

23 Entwicklung der monatlichen baugewerblichen Umsätze im hessischen Bauhaupt gewerbe im Zeitraum 2010 bis 2011, Veränderungsraten in v. H. im Vergleich zum Vorjahresmonat 77

24 IHK-Geschäftsklimaindex für die hessische Bauwirtschaft für den Zeitraum 2002 bis 2011 80

25 Betriebsauslastung im hessischen Handwerk im Zeitraum 2007 bis 2011 82

26 Geschäftslage in den Handwerksbetrieben des Baugewerbes im Zeitraum 2007 bis 2011 – Ergebnisse der Wirtschaftsbefragung der hessischen Handwerkskammern 83

27 Entwicklung der Baukosten für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland 2005 bis 2011 85

28 Entwicklung der Preise für ausgewählte Kategorien von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Baugewerbe in Deutschland 2000 bis 2010 86

29 Preisindizes für Bauwerke in Hessen – Bauleistungen am Bauwerk – 2005 bis 2011 87

30 Entwicklung der Preisindizes für Bauwerke in Hessen 2006 bis 2011 – Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahres- und Vorberichtsmonat 89

Tabellenverzeichnis

Tabelle **Seite**

1 Verteilung der Maßnahmen nach Programmen 15

2 Verteilung des Investitionsvolumens der Maßnahmen nach Regionen 17

3 Verteilung der Maßnahmen nach Gemeindegrößenklassen 18

4 Verteilung der Maßnahmen nach Größenklassen 19

5 Zusammensetzung der Vorleistungen aus inländischer Produktion (2007) 91

6 Einkommenseffekte der Konjunkturprogramme für Hessen 95

7 Beschäftigungseffekte der Konjunkturprogramme für Hessen 96

8 Regionale Importquoten in vergleichbaren Studien 104

9 Regionale Importquoten und Einkommensmultiplikatoren für die Raumordnungs-regionen in Hessen 105

10 Multiplikatorwerte bei veränderter Importquote bzw. Konsumquote 106

Literaturverzeichnis

Abberger, K. (2012): ifo Konjunkturtest Dezember 2011 in Kürze, in: ifo Schnelldienst Nr. 1/2012, http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/Indices/KTIK/KTIK_Container/KTiK_2011-12_D.pdf, Stand: Januar 2012.

Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (Hrsg.) (2010), Konjunkturbericht des hessischen Handwerks – III. Quartal 2010. Wiesbaden.

Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (Hrsg.) (2011): Konjunkturbericht des hessischen Handwerks – III. Quartal 2011, Wiesbaden.

Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (Hrsg.) (2011): Die Konjunktur in Hessen – Herbst 2011, Frankfurt am Main.

Bauer, C., Frings, K. u. Harsche, J. (2009): Unternehmen in schwierigen Zeiten – Strategien des hessischen Mittelstands, Hessischer Mittelstandsbericht 2009, HA-Report Nr. 767, Wiesbaden.

Bauer, C., Frings, K. u. Harsche, J. (2010): Hessischer Mittelstand – Fit für die Zukunft?!, Hessischer Mittelstandsbericht 2010, HA-Report Nr. 794, Wiesbaden.

Beckenbach, F., Daskalakis M. u. Hofmann, D. (2011): Die ökonomische Bedeutung der Universität Kassel für die Region Nordhessen, Sonderdruck der Universität Kassel.

Blume, L. u. Fromm, O. (2000): Regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.

Brügelmann, R. (2009): Präsentation zur Steuerausschusssitzung des VCI am 11. September 2009.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2011): Bericht zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft 2011, Bonn.

Dimitrova, G., Frings, K. u. Schippers, B. (2010): Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen – Umfang und Struktur der konjunkturpolitischen Maßnahmen / – Entwicklung des Baugewerbes, Hessen Agentur Report Nr. 787, Wiesbaden.

Eichhorst, W. u. Thode, E. (2010): Vereinbarkeit von Familie und Beruf 2010, IZA Research Report Nr. 30, Bonn.

Färber, G. et al. (2007): Die Formale und Effektive Inzidenz von Bundesmitteln, Endbericht. Erarbeitet vom Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV), Speyer in Zusammenarbeit mit der Prognos AG.

Franz, P., Rosenfeld, M. T. W., Roth, D. (2002): Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle, Institut für Wirtschaftsforschung Halle Diskussionspapiere Nr. 163, Halle (Saale).

Frings, K. u. Petkova, G. (2011): Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen – Ergebnisse einer Befragung, Hessen Agentur Report Nr. 795, Wiesbaden.

Fritschi, T. u. Oesch, T. (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland – Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_30351_30352_2.pdf, Stand: April 2011.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.) (2009): Kleine Klassen – große Klasse! Argumente für einen sachlichen Umgang mit einer umstrittenen Frage, Frankfurt.

Gornig, M. u. Weber, S. (2009): Bauwirtschaft: Konjunkturprogramme zeigen Wirkung, in: DIW Wochenbericht Nr. 47/ 2009, S. 812-820.

Gornig, M. u. Hagedorn, H. (2010): Konjunkturprogramme: Stabilisierung der Bauwirtschaft gelungen, befürchtete Einbrüche bleiben aus, in: DIW Wochenbericht Nr. 47/ 2010, S. 2-11

Götz, D. (2009): Eine wirtschaftspolitische Evaluation des hessischen Sonderinvestitionsprogramms, unveröffentlichtes Manuskript.

Helaba Landesbank Hessen-Thüringen (Hrsg.) (2011): Kapitalmarktausblick 2012: Den Gordischen Knoten lösen, Frankfurt am Main.

Hessischer Handwerkskammertag (Hrsg.) (2011): Konjunkturbericht des hessischen Handwerks 2010 und Ausblick auf 2011, Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2011): Konjunkturprognose Hessen 2012, Wiesbaden.

IHK-Forum Rhein-Main (Hrsg.) (2011): Beschäftigungs- und Konjunkturprognose FrankfurtRheinMain 2012, Hanau.

Oser, U. u. Schroeder, E. (1995): Die Universität Konstanz als Wirtschaftsfaktor für die Region, Konstanz.

Pavel, F. (2008): Wirtschaftsfaktor TU Berlin: Welchen Einfluss hat die TU Berlin auf die Berliner Wirtschaft?, DIW econ, Berlin.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.) (2011): Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011, Essen.

Räth, N. (2009): Rezessionen in historischer Betrachtung, in: Wirtschaft und Statistik Nr. 3/2009, S. 203-208.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2009): Jahresgutachten 2009/10: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2011): Jahresgutachten 2011/12: Verantwortung für Europa wahrnehmen (vorläufige Fassung), Wiesbaden.

Spehl, H. et al. (2005): Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz: Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch Bau und Betrieb der Einrichtungen, Trier.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2011): Statistisches Jahrbuch 2011 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012): Bruttoinlandsprodukt 2011 für Deutschland – Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 11. Januar 2012, Wiesbaden.

Wenzel, W. (2009): Ein kleines Gesundheitszentrum, in: Wiesbadener Kurier vom 23. Oktober 2009, S. 6.

Werner, B. (2011): Kurzarbeit in Hessen, Hessen Agentur Report Nr. 803, Wiesbaden.

Hessisches Sonderinvestitionsprogrammgesetz als Artikel 1 des Gesetzes zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen vom 09. März 2009, GVBl. I Nr. 4, S. 92ff.

Verordnung über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen, unter http://www.kultusministerium.hessen.de, Stand: Oktober 2011.

Verordnung zur Neuregelung der Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 17. Dezember 2008, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, Nr. 25, 30. Dezember 2008.

Zukunftsinvestitionsgesetz als Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009, BGBl. I Nr. 11, S. 416ff.

http://www.bioregio-odenwald-bergstrasse.de/pdf/Abschlussbericht%202009_Web_ohne_Kostenabr.pdf, Stand: Mai 2011.

http://www.cesifo-group.de/de/link/10indexgsk, Stand: Januar 2012.

http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d1index/13ktdl, Stand: Januar 2012.

http://www.dvgw.de, Stand: Oktober 2011.

http://www.fulda-galerie.de, Stand: Oktober 2011.

http://www.gs-seckmauern.de, Stand: September 2011.

http://www.hessen-gemeindelexikon.de, Stand: Januar 2012.

http://www.hmdf.hessen.de, Stand: September 2011.

http://www.kaufungen.eu, Stand: August 2011.

http://www.ksuz.de/index.php/kitas/kita-gossfelden, Stand: August 2011.

http://www.lahntal.de, Stand: August 2011.

http://www.odenwaldkreis.de, Stand: August 2011.

http://www.wiesbaden.de/sport/baeder/kostheim/index.php, Stand: Oktober 2011.